

ETATANTRÄGE HAUSHALT 2023

DIE LINKE.
FRAKTION IM RÖMER

Inhaltsverzeichnis

Integration und Antidiskriminierung

- Förderung für den CSD Frankfurt e.V.
- „Mama lernt Deutsch“ langfristig sichern

Ordnung und Sicherheit

- Parkraumbewirtschaftung
- Unwürdige Behandlung von Ausländer*innen beenden
- Quartierslösungen rund um den Oeder Weg
- Mainkai für die Menschen – dauerhaft!

Stadtplanung

- Sozialbindungen nachhaltig fördern und sichern!
- Wohnungspolitik ernst nehmen: Stellen schaffen und besetzen
- Höchster Fährhaus sanieren
- Beteiligung durch Begegnung – „Babbel-Bänksche“ in jedem Ortsbezirk

Nahverkehr und ÖPNV

- Einhausung A661: Weitergehenden Lärm- und Gesundheitsschutz realisieren
- E-Ladeinfrastruktur ausbauen
- Barrierefreien Ausbau des ÖPNV beschleunigen
- Kinder kostenlos mitnehmen
- (E-)Lastenradförderung erneut auflegen
- Machbarkeitsstudie über den Nulltarif
- ÖPNV umfassend ausbauen
- Straßburger Modell: Park+Ride-Anlagen aus- und neubauen
- Busnahverkehr rekommunalisieren
- Kostenloses Schüler*innenticket
- In Zukunft Nulltarif, 365-Euro-Ticket jetzt
- Nahmobilität im Alter gewährleisten: ÖPNV-Zuschuss für Senior*innen-Tickets
- ÖPNV sozialer gestalten
- Fußverkehrsbeauftragte*r
- Autokorrektur: Mehr Lebensqualität in den Stadtteilen
- Mehr Personal für die VGF

Wohnen

- ABG Holding: Investieren statt städtischen Haushalt füllen
- Maximal ein Drittel des Einkommens für Miete – Mietzuzahlung einführen

Soziales

- Sanierung öffentlicher Spielplätze
- Arbeitsbedingungen von Hebammen verbessern
- Bibliotheken kostenfrei benutzen

- Boardinghouse schaffen
- Frankfurt-Pass anpassen
- Programm „Aktive Nachbarschaft“ auf Jugendliche ausweiten
- Senior*innenermäßigung für Rentner*innen in Frankfurt
- Kommunales Beschäftigungsprogramm – Investition in die Zukunft
- Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff
- Einrichtung einer Monitoringstelle
- Förderung für Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung Frankfurt e.V.: Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* bekämpfen und Istanbul-Konvention umsetzen
- Städtische Kampagne zur Beseitigung von Geschlechterstereotypen
- Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit stärken
- Erhöhung der Förderung für das FeM Mädchen*haus Frankfurt
- Frankfurter Familienbildungsstätten stärken
- Förderung einer Sockelfinanzierung der IFF Trägerverbund Initiative Frankfurter Frauenbildungsträger
- Fortsetzung von Gewaltpräventionskursen an Frankfurter Grundschulen durch Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung Frankfurt e.V. (FIB)
- Programm „Aktive Nachbarschaft“ ausbauen
- Zuschüsse der freien Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) endlich erhöhen
- Hilfe für die Opfer des schweren Erdbebens in Nordsyrien

Gesundheit

- Kommunaler Fonds für Leistungen im Gesundheitsbereich
- Pflege in den Stadtteilen
- Personal im Gesundheitsamt aufstocken
- AED (Automatisierter externer Defibrillator) in Saalbauten

Bildung

- Jugendhilfe an Schulen stärken
- Konzept zur Rekommunalisierung an Schulen
- Frankfurt braucht einen Jugendverkehrsgarten
- Kostenlose Kinderbetreuung in der Kinderkrippe und Tagespflege
- Kostenfreies und gesundes Frühstück und Mittagessen an Schulen
- Referent*innenstellen für Frankfurter Kinderbüro
- Geplante Einsparungen bei nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen zurücknehmen
- Honorarerhöhung bei Kursleitenden der VHS
- Tagesfamilien angemessen fördern

Kultur, Freizeit und Sport

- Ein Haus für die freie Szene
- Ein Stadthaus für alle
- Stärkung der Frankfurter Clubszene
- Erhöhung der institutionellen Förderung des Filmhaus Frankfurt e.V.
- Kultur für alle

- Stärkere Förderung der freien Theaterszene
- Stärkere Förderung des Stoffel-Festivals
- Corona-Pandemie Langzeitfolgen: Fonds für Kulturschaffende
- Digitalisierung und Provenienzforschung in Museen, Bibliotheken und Archiven
- Institutionelle Förderung für VirusMusik / Kick e.V.
- Mieten für Räume der Saalbauten senken
- Sofortmaßnahmen für die Freie Szene des Kulturbetriebs in Frankfurt am Main

Umwelt

- Wasser- und Abwasserkonzepte: Jetzt handeln!
- Energie sparen und Ressourcen schonen
- Klimaschutzfonds
- Investitionen ins Stadtgrün

Stadtmarketing

- Fördertopf für Straßenfeste

Finanzen

- Aktive Liegenschaftspolitik
- Vorkaufsrechte wahrnehmen und Milieuschutzsatzungen ernst nehmen
- KEG ausschließlich in öffentliche Hand

Grundstücks- und Gebäudemanagement

- Kostenlose öffentliche Toiletten für alle ausbauen – Gendergerechtigkeit mitdenken
- Mehr Mülleimer an öffentlichen Plätzen
- Solarkraft umfassend ausbauen

Wirtschaftsförderung

- Zuschuss für Tourismus + Congress GmbH nicht erhöhen, sondern einfrieren

Zentrale Finanzwirtschaft

- Keine Subventionierung von Hungerlöhnen
- Investitionsstau beenden - 500 Millionen Euro zusätzlich für die Infrastruktur
- Was kommunal ist, sollte auch der Kommune gehören
- Lärmzuschlag für Kurzstreckenflüge
- Mehr Steuerfahnder*innen einsetzen - Gewerbesteuereinnahmen erhöhen
- Gewerbesteuerhebesätze moderat erhöhen
- Bedarfsgerechte Stellenplanung

Integration und Antidiskriminierung

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Förderung für den CSD Frankfurt e.V.

Produktbereich: 10 Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten
Produktgruppe: 10.03 Integration und Antidiskriminierung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden 69.000 Euro zur Förderung des CSD Frankfurt e.V. eingestellt, um die Ausrichtung des jährlichen Christopher-Street-Days (CSD) durch den Verein sicherzustellen.

Begründung:

Der CSD Frankfurt ist eine fest verankerte, ideelle Großveranstaltung in der LSBTIQ*-Szene und darüber hinaus ein wichtiges und symbolkräftiges Ereignis in der Stadt Frankfurt. Die Mitglieder und der Vorstand des ausrichtenden CSD Frankfurt e.V. arbeiten alle ehrenamtlich und stemmen die Organisation dieser Großveranstaltung innerhalb ihrer Freizeit.

Die Mitgliederversammlung des Vereins Ende 2022 hat ergeben, dass es nicht mehr möglich ist, alle umfangreichen Aufgaben rund um diese Großveranstaltung ehrenamtlich zu stemmen. Ebenfalls ist dies in manchen, fachlich komplexen Bereichen weder kapazitär leistbar noch fachlich zu verantworten. Der CSD nimmt immer mehr Dimensionen an, die

verlangen, Teilbereiche des CSD extern zu vergeben, um die vorhandene Last auf mehr Schultern zu verteilen. Um Aufgaben extern abgeben zu können und um die gestiegenen Lieferant*innenkosten stemmen zu können, benötigt der CSD Frankfurt e.V. zusätzliche finanzielle Mittel. Mit dem Betrag von 69.000 Euro im Jahr kann die Ausrichtung des jährlichen CSD sichergestellt werden, auch im Hinblick auf die Bewerkstelligung der steigenden Kosten durch die andauernde Inflation, die für viele Veranstaltungen wie Stadt- und Straßenfeste derzeit eine enorme Herausforderung darstellen und sogar zu kompletten Veranstaltungsabsagen führen. Mit der geforderten städtischen Förderung kann der CSD vor diesem Szenario bewahrt werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

„Mama lernt Deutsch“ langfristig sichern

Produktbereich: 10 Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten
Produktgruppe: 10.03 Integration und Antidiskriminierung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 ff werden jeweils Fördergelder in Höhe von 100.000 Euro für das Angebot „Mama lernt Deutsch“ der ASB Lehrerkooperative gGmbH eingestellt.

Begründung:

Bei dem Angebot „Mama lernt Deutsch“ der ASB Lehrerkooperative gGmbH handelt es sich um niederschwellige Sprachkurse, die Mütter auf die Integrationskurse vorbereiten sollen und sie langsam an die deutsche Sprache heranführen. Angestrebt wird das Sprachniveau A1 bis maximal A2 des Europäischen Referenzrahmens. Die Teilnehmerinnen arbeiten in einem besonders fördernden Lernklima Themen aus dem Familienalltag heraus: Erziehung, Ernährung, Rechte der Kinder, das deutsche Schulsystem, Gesundheit, Orientierung und Mobilität im Stadtteil. Dabei liegt der Schwerpunkt immer auf das Verstehen und Verstanden werden.

Die Kurse richten sich an Mütter mit Kindern von 0 bis 10 Jahren. Nicht institutionell betreute Babys und Kleinkinder werden kostenlos in einem separaten Spielzimmer während der Kurse betreut.

Das Angebot hat neben der Sprachvermittlung ebenso einen pädagogischen Anspruch. So werden auch beispielsweise Exkursionen mit den Teilnehmerinnen unternommen sowie Bildungs- und Migrationsberater*innen eingeladen.

Um dieses wichtige Angebot langfristig zu gewährleisten und dauerhaft in der Stadt anbieten zu können, wird eine Fördersumme von 100.000 Euro benötigt. So wird eine Basis geschaffen, in der die wichtigsten Stadtteile abgedeckt werden und eine Planungssicherheit besteht. Mit zusätzlichen Geldern wie etwa Stiftungsgeldern besteht dann die Möglichkeit das Programm aufzustocken.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Ordnung und Sicherheit

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Parkraumbewirtschaftung

Produktbereich: 11 Ordnung und Sicherheit
Produktgruppe: 11.05 Verkehrssteuerung und -überwachung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 ff. werden die notwendigen Mittel und Personalressourcen, u.a. zusätzliche Personalstellen zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs, eingestellt, um in Frankfurt bis zum Ende der laufenden Wahlperiode eine möglichst flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit vergünstigten Tarifen für Anwohner*innen und Lieferzonen für Gewerbebetriebe einzuführen.

Begründung:

Die Frankfurter Stadtregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten:

„Wir führen schnellstmöglich eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit einer Anwohner*innenregelung ein, um Verdrängungseffekte in Bereiche ohne Parkraumbewirtschaftung zu verhindern. Gewerbebetriebe erhalten die Möglichkeit Gewerbeparkausweise zu erwerben, deren Preis ggf. nach der Anzahl der benötigten Ausweise ansteigend gestaffelt wird. Kostenloses Parken wird es mittelfristig nur an Mobilitätsstationen (z. B. P+R Anlagen) am Stadtrand geben, um das Pendeln mit dem ÖPNV zu vereinfachen.“

Der Koalitionsvertrag hat, gesetzt den Fall, dass die Stadtregierung beieinanderbleibt, eine Gültigkeit bis zum Ende der laufenden Wahlperiode. Um das Vorhaben einer weitestgehend flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung bis dahin umzusetzen, bedarf es umfangreicher Investitionen und zusätzlicher Personalstellen zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Unwürdige Behandlung von Ausländer*innen beenden

Produktbereich: 11 Ordnung und Sicherheit

Produktgruppe: 11.04 Ordnung und Sicherheit

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Bei den Wirkungsdimensionen der Arbeit der Ausländerbehörde wird analog zu denen der Bürgerämter der Indikator „Maximale Wartezeit von 15 Minuten für 80 Prozent der Kund*innen“ eingeführt.
2. Die nötigen Stellen für das Erreichen der Wirkungsdimension werden neu geschaffen.
3. Die nötigen Mittel für die Erfüllung dieses Ziels werden in den Haushalt 2023 eingestellt.

Begründung:

Die Ausländerbehörde Frankfurt hat in der Vergangenheit negative Schlagzeilen aufgrund von langen Wartezeiten gemacht. Es ist leider weiterhin traurige Realität, dass Menschen trotz digitaler Terminvergabe mehr als einen Monat auf einen Termin warten müssen, um in ihrer Angelegenheit angehört zu werden.

Laut Presseberichten vom November 2022 weist die Ausländerbehörde in Frankfurt desaströse Verhältnisse auf: Es gab zu diesem Zeitpunkt einen Rückstau von 15.000

unbeantworteten Anträgen und Anfragen. Die Menge an nicht bearbeiteten E-Mails zeigt die strukturellen Defizite innerhalb der Ausländerbehörde.

Der im Sommer 2021 angestoßene organisatorische Umbau der Ausländerbehörde ist nicht ausreichend, um den wachsenden Herausforderungen innerhalb der Behörde zu begegnen. Laut Stellenplan 2022 sind im Ordnungsamt, welchem auch die Ausländerbehörde zugeordnet ist, 100 vorgesehene volle Stellen bisher nicht besetzt (B 200/2023). Von einer Unterbesetzung bzw. weiterhin hohen Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden in der Ausländerbehörde ist auszugehen. Um die Arbeitssituation in der Behörde zu verbessern, eine hohe Fluktuation bei den Mitarbeitenden zu vermeiden und schnell Termine vergeben zu können, müssen dringend neue Stellen geschaffen werden. Trotz Verbesserung durch die digitale Terminvergabe ist die bisherige durchschnittliche Wartezeit für einen Termin von sechs Wochen zu lang. Oftmals müssen Betroffene sogar mehrere Monate auf einen Termin warten.

Allen Frankfurter*innen muss unabhängig von ihrer Herkunft die gleiche Servicequalität zur Verfügung stehen: 15 Minuten in 80 Prozent der Fälle.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Quartierslösungen rund um den Oeder Weg

Produktbereich: 11 Ordnung und Sicherheit
Produktgruppe: 11.05 Verkehrssteuerung und -überwachung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 ff. werden Planungsmittel für nachhaltige Verkehrsberuhigung für das Gebiet zwischen Eschersheimer Landstraße, dem Alleenring, der Eckenheimer Landstraße und dem Anlagenring eingestellt. Pilotierend sollen bereits während der Testphase der Umgestaltung des Oeder Wegs als fahrradfreundliche Nebenstraße im Sinne von Quartierslösungen erste Quartiere so verkehrlich beruhigt werden, dass sie zwar weiter mit dem Auto erreichbar bleiben, der Durchgangsverkehr allerdings stark verringert wird.

Begründung:

Schon jetzt wurde durch die Modalfilter im Oeder Weg, welche als Mittel zur Verkehrsberuhigung erbaut wurden, sowie Bänke und Begrünung, die Lebensqualität der Anwohner*innen erheblich erhöht. Die Umgestaltung einer Straße als fahrradfreundliche Nebenstraße zeigt allerdings erwartungsgemäß immer Auswirkungen auf umliegende Straßen. Um den Durchgangsverkehr auf große Grundnetzstraßen zu lenken, ist ein größeres Umfeld miteinzubeziehen. Wo das so umgesetzt wird (Beispiel Barcelona) funktionieren diese Verkehrsregelungen gut. Mit Planungen für solche Maßnahmen sollte angesichts der Offensichtlichkeit der zu regelnden Situationen nicht erst die Testphase der fahrradfreundlichen Nebenstraße am Oeder Weg und die Evaluation abgewartet werden,

sondern reagierend auf die Effekte der offensichtlichen Verkehrsverlagerung mit der Vorplanung für entsprechende Quartierslösungen (Super- bzw. Midi- und Miniblocke) begonnen werden.

Das Konzept der Superblocks kommt aus der spanischen Stadt Barcelona. Grundsätzlich geht es um die Vermeidung von Durchgangsverkehr und die Erhöhung von Lebensqualität, sowie Verkehrsberuhigung der Blocks. Doch nicht nur der Verkehr wird beruhigt, der gesamte Raum wird neu zwischen den Verkehrsteilnehmer*innen aufgeteilt. Die Stadt wird zugunsten von Bürger*innen neugestaltet, anstatt Autos zu priorisieren. Diese ‚best practice‘ wird mittlerweile auch in andere europäischen Großstädten aufgenommen und erfährt auch in Hessen und Frankfurt zunehmend Interesse.

Frankfurt sollte nicht abgeschlagen hinter anderen deutschen Städten bleiben, ganz im Gegenteil, im Bereich Verkehrsberuhigung und Verbesserung der Lebensqualität könnte die Stadt Vorreiterin in ganz Deutschland werden. Die Wünsche der Bürger*innen sollten ernst nehmen und durch die Schaffung von Superblocks die Lebensqualität erhöht. Dafür sollte im Haushalt Mittel eingeplant werden und auch Personalstellen geschaffen werden. Für die Gestaltung sollen Anwohner*innen in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Mainkai für die Menschen – dauerhaft!

Produktbereich: 11 Ordnung und Sicherheit
Produktgruppe: 11.05 Verkehrssteuerung und -überwachung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 ff. werden Mittel bereitgestellt, um das innerstädtische nördliche Mainufer zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke ab September 2023 dauerhaft für den Fuß- und Radverkehr zu öffnen. Eine Nutzung durch den allgemeinen motorisierten Verkehr entfällt. Der Raum wird städtebaulich unter Einbindung der Bürger*innen zugunsten der Aufenthaltsqualität und der Geh- und Radnutzung neugestaltet und bepflanzt. Die bisherigen verkehrlichen Maßnahmen im Umfeld werden angepasst und der Verkehrsfluss nach klarer Kommunikation mit den Bürger*innen permanent umgeleitet.

Begründung:

Der Mainkai wird diesen Sommer von Dienstag, 27. Juni, bis Freitag, 1. September, umgenutzt und wieder temporär für den Autoverkehr gesperrt. Erst am Ende der aktuellen Amtsperiode der Stadtverordnetenversammlung soll eine Umwidmung und damit dauerhafte Öffnung des Mainkais für die Menschen erfolgen.

Eine frühere, dauerhafte Öffnung wäre allerdings nachhaltiger und auch günstiger. So wurden für den temporären „Sommer am Main“ letztes Jahr rund 250.000 Euro ausgegeben.

Wie aus den Evaluationen der letzten temporären Maßnahmen mittlerweile eindeutig belegt ist, ist der Schlüssel zum Erfolg für eine Annahme und Akzeptanz die Steigerung der Aufenthaltsqualität, es braucht zudem mehr Grün und mehr Schatten.

Durch die wissenschaftliche Begleitung des „Sommer am Main“ Programms wurde die Umgestaltung des Mainkais genug erprobt, die Frankfurter*innen sollten nicht weiter auf eine dauerhafte Öffnung warten müssen. Wichtig ist vonseiten der Stadt einleuchtend mitzuteilen wie der Verkehrsfluss permanent neugeleitet wird.

Die Öffnung ist als erster Schritt hin zu einer umfassenden Verkehrswende in der Stadt Frankfurt zu verstehen, von der Innenstadt ausgehend bis in die einzelnen Stadtteile hinein. Da es sich ab September dann nicht mehr nur um eine temporäre Maßnahme zum Zwecke einer Untersuchung der stadträumlichen und verkehrlichen Folgewirkungen handelt, können und sollen im gesperrten Bereich bauliche Veränderungen vorgenommen werden, um die Aufenthaltsqualität merklich zu steigern. Für die notwendigen baulichen Veränderungen sind entsprechend Haushaltsmittel einzustellen. Bürger*innen, die den Mainkai mit ihren Ideen bereichert und belebt haben, sind in die städtebauliche Neukonzeption des autofreien Mainkais in geeigneter Weise einzubinden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Stadtplanung

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Sozialbindungen nachhaltig fördern und sichern!

Produktbereich: 13 Stadtplanung
Produktgruppe: 13.01 Stadtplanung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die veranschlagten Wohnungsbaufördermittel werden erhöht: Für die Haushaltsjahre 2023 wird der Haushaltsposten der Investitionsmaßnahme 5.001232 auf jeweils 275 Millionen Euro erhöht. Die Vergabe von Wohnungsbaufördermitteln wird an eine unbefristete Mietpreisbindung gekoppelt, um den geförderten Wohnraum zu erhalten.

Begründung:

In Frankfurt fehlt bezahlbarer Wohnraum. Die Bestrebungen, weiteren geförderten Wohnraum zu errichten, müssen in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden, wenn der Bedarf gedeckt werden soll. Insbesondere im ersten Förderweg müssen vermehrt Mittel zur Verfügung gestellt werden. Im Haushalt 2023 sind jährlich 122.399 Millionen Euro zur Unterstützung des Wohnungsbaus eingestellt. Darin sind die Mittel für die Unterstützung von Zinsen und die Bezuschussung des Baus von Wohnungen im ersten sowie im zweiten Förderweg zusammengefasst. Die Erhöhung der Mittel im Vergleich zum Vorjahr ist begrüßenswert, jedoch angesichts des eklatanten Mangels an gefördertem Wohnraum und der steigenden Anzahl an Haushalten, die beim Amt für Wohnungswesen auf der Warteliste für eine Sozialwohnung stehen, nicht ausreichend.

Diese Summe reicht bei Weitem nicht aus gegen die rückläufige Zahl von geförderten Wohnungen. Bis 2022 sind laut M 126/2019 weitere 4.900 Wohnungen aus der Bindung gefallen. Das sind 16 Prozent des Gesamtbestandes aller geförderten Wohnungen. Besonders der Bestand an Sozialwohnungen in Frankfurt schmilzt beständig weiter ab. Zwischen 2016 und 2021 sind mindestens 4.874 Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen (vgl. F 2072/2019, F 255/ 2021). Die Zahl der auslaufenden Sozialbindungen übersteigt dabei die Zahl der neu gebauten Sozialwohnungen deutlich: Im gleichen Zeitraum wurden lediglich 524 neue Sozialwohnungen fertiggestellt.

Indem 275 Millionen Euro eingestellt werden, kann der Bau von jährlich 2.000 Wohnungen verschiedener Größe mit den maximalen Förderbeträgen nach der Neufassung des Förderwegs 1 von Mai 2018 zwischen 16.351 Euro (1-Personen-Haushalt) und 36.085 Euro (4-Personen-Haushalt) nach Stufe 1 (Miethöhe von 5 Euro pro Quadratmeter) gefördert werden. Zusätzlich steht Geld für die Förderung nach Stufe 2 (mit einer Miete von 6,50 Euro pro Quadratmeter) und für Wohnungen nach dem Mittelstandsprogramm (mit Mieten zwischen 8,50 und 10,50 Euro pro Quadratmeter) zur Verfügung.

Die neu entstehenden Wohnungen sollen unbefristet der Belegung durch das Amt für Wohnungswesen zur Verfügung stehen, denn der Wegfall der Bindungen nach spätestens 30 Jahren führt zu einer extremen Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Zugleich ist der Rückkauf von Belegrechten teuer und bedeutet zum größten Teil eine Quersubventionierung der Gewinne der städtischen Wohnungsgesellschaften (vgl. B 123/2017). Die Entfristung der Mietpreisbindungen führt dagegen zu einer dauerhaften Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Wohnungspolitik ernst nehmen: Stellen schaffen und besetzen

Produktbereich: 13 Stadtplanung

Produktgruppe:

Produktbereich: 14 Geoinformation und Grundstücksordnung

Produktgruppe:

Produktbereich: 15 Bauaufsicht und Denkmalschutz

Produktgruppe:

Produktbereich: 17 Wohnen

Produktgruppe: 17.01 Wohnen

Produktbereich: 31 Finanzen

Produktgruppe: 31.08 Abwicklung von Grundstücksgeschäften

Produktbereich: 34 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den für die Wohnungspolitik und städtischen Liegenschaften zuständigen Ämtern (darunter das Amt für Wohnungswesen, Amt für Bau und Immobilien, die Bauaufsicht u.a.) werden ausreichend zusätzliche Stellen geschaffen, um eine aktive Wohnungs- und Liegenschaftspolitik zu betreiben.

Begründung:

Schon jetzt werden neu ausgewiesene Stellen nicht besetzt. Das führt dazu, dass laut Stellenplan 2023 in der Stadtplanung 27 vorgesehene volle Stellen bisher nicht besetzt sind. Trotzdem sind zur Zeit nur vier Stellen im Stadtplanungsamt ausgeschrieben (Stand: Mai 2023). In den weiteren Produktgruppen, denen wohnungspolitische Aufgaben zugeordnet werden, sieht es nicht anders aus – auch in der Bauaufsicht (nicht besetzte Stellen: 17; ausgeschrieben: 0), beim Wohnen (22; 0), beim Amt für Bau und Immobilien (98: 1) sind jeweils deutlich mehr Stellen vorgesehen als besetzt oder ausgeschrieben sind. Von Jahr zu Jahr steigt diese Differenz weiter.

Die unbesetzten Stellen müssen endlich besetzt werden. Denn nicht nur durch zusätzliche Personalengpässe aufgrund von Krankheit, Elternzeiten oder aus anderen Gründen ist dieser Zustand unhaltbar. Auch die Aufgaben, die auf diese Ämter zukommen, sind zahlreicher geworden.

Schließlich ist die Aufgabe, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten, eine der dringendsten für Frankfurt. Um eine ambitionierte Änderung der Wohnungspolitik zu erreichen, müssen die eingeplanten Stellen in den dafür zuständigen Ämtern endlich besetzt werden – und weitere Stellen mit sicheren Beschäftigungsverhältnissen geschaffen werden.

Denn schon lange sind die Beschäftigten der Bauaufsicht mit der ständig steigenden Zahl der Baugenehmigungen an ihrer Kapazitätsgrenze. Auch die Aufstellung neuer Bebauungspläne und die Umsetzung des neuen Baulandbeschlusses wird die Ämter weiter belasten. Für diese Aufgaben muss endlich zusätzliches Personal eingestellt werden.

Ein weiterer Missstand zeigt sich darin, dass der Sanierungsstand städtischer Liegenschaften – wie z. B. der Schulen – den Ansprüchen hinterherhinkt. Zudem fallen Beteiligungsverfahren immer häufiger dadurch auf, dass Bürger*innen sich übergangen fühlen – auch hier fehlt es offensichtlich an Personal.

Für die Umsetzung der sechs im Jahr 2018 endlich neu erlassenen Erhaltungssatzungen zum Schutz der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (sogenannte Milieuschutz-satzungen) müssen neue Mitarbeiter*innen eingestellt werden. Schon mit der Anwendung der bestehenden Satzungen wie beispielsweise in Bockenheim und in der Knorrstraße kommen die Ämter nicht hinterher.

Mit weiteren Bodenpreissteigerungen werden sich die Fälle häufen, in denen die Ausübung des Vorkaufsrechts oder die Aushandlung einer starken Abwendungsvereinbarung notwendig sind, um die Bevölkerung vor Verdrängung zu schützen. Dafür müssen schon jetzt Stellen geschaffen werden.

Doch bereits heute zeichnet sich ab, dass die neuen Milieuschutzsatzungen nicht ausreichen. Für die Aufstellung neuer Satzungen und die Prüfung einer Erweiterung dieses Instruments müssen neue Stellen vorgesehen werden. Damit wird eine zusätzliche Belastung der vorhandenen Kräfte vermieden und gleichzeitig ein fundierter Austausch mit anderen Kommunen zu diesem komplexen Instrument der Wohnungspolitik ermöglicht.

Desweiteren wird immer wieder deutlich, dass die Bestandspflege und -renovierung von den stadteigenen Wohnungsgesellschaften teilweise jahrzehntelang außer Acht gelassen wurde. Die Wohnqualität im städtisch geförderten Wohnraum ist teilweise mangelhaft; denkmalgeschützte Siedlungen verfallen zum Teil wegen fehlender Sanierungen. Dies können zusätzliche Mitarbeiter*innen im Auge behalten, um eine gute Wohnqualität (wieder)herzustellen und zu erhalten.

Mit einer seit Jahren stark steigenden Anzahl an Menschen, die Anspruch auf geförderten Wohnraum haben, steigt auch die Anzahl an Vermittlungsaufgaben und der Beratungsbedarf. Außerdem führt die erfolgreiche Arbeit des Netzwerks Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen dazu, dass immer mehr genossenschaftliche Wohnprojekte nach Wohnraum suchen. Eine mit dem Liegenschaftsfonds angestoßene aktivere Liegenschaftspolitik und Beratung muss entsprechend personell ausgestattet sein.

Um schließlich eine Neuorientierung der Bodenpolitik hin zu einer langfristigen Strategie zu gewährleisten, müssen weitere neue Stellen geschaffen werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Höchster Fährhaus sanieren

Produktbereich: 13 Stadtplanung
Produktgruppe: 13.01 Stadtplanung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden im Programm "Schöneres Frankfurt" zusätzliche Mittel eingestellt, um das Höchster Fährhaus im Einklang mit Auflagen des Denkmalschutzes zu sanieren. Die Sanierung soll umgehend erfolgen.

Begründung:

Für den Fährbetrieb zwischen Höchst und Schwanheim wird ein jährlicher Zuschuss von 50.000 Euro für 2023 gezahlt. Diese Mittel wurden im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Lediglich der Zuschuss für die Treibstoffkosten wurde von 15.000 auf 25.000 Euro erhöht (ST 546/2023). Während die Stadt Frankfurt den hohen Stellenwert der Mainfähre anerkennt, stellt sie keine ausreichenden Mittel zur Verfügung, um den Betrieb dauerhaft zu sichern. Die bisher vorgesehenen Zuschüsse müssen angesichts steigender Energiekosten und des enormen Sanierungsstaus deutlich erhöht werden.

Das Höchster Fährhaus zwischen Maintor und Zollturm verfällt zunehmend. Seit Jahren verspricht die Stadt die Sanierung des alten Hauses, aber passiert ist nichts. Eine Nutzung des Gebäudes ist aufgrund des schlechten baulichen Zustandes momentan nicht möglich

(F 475/2022). Seit im März 2021 Steine aus der Mauer gebrochen sind und der eiserne Zaun abgeknickt ist, stehen unansehnliche rotweiße Warnbaken vor dem Haus. Die Ausschreibung für die Sanierung der Einfriedungsmauer lässt auf sich warten.

Das Haus soll dem Fährbetreiber als Büro und als offizielle Adresse des Fährbetriebs dienen. Seit mindestens 30 Jahren ist es nicht saniert worden. Angrenzend an die historische Stadtmauer ist es ein Aushängeschild des Stadtteils. Daher ist eine behutsame Sanierung in Einklang mit dem Denkmalschutz zügig zu starten.

Die Sanierung muss jetzt schnell in Angriff genommen werden, da im laufenden Jahr ein besonderes Jubiläum bevorsteht: 2023 jährt sich die urkundliche Ersterwähnung der Mainfähre zum 400. Mal.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Beteiligung durch Begegnung – „Babbel-Bänksche“ in jedem Ortsbezirk

Produktbereich: 13 Stadtplanung
Produktgruppe: 13.01 Stadtplanung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

"Babbel-Bänksche" werden als Beteiligungsform und als eines der Ergebnisse des Demokratiekonvents stadtweit dauerhaft eingerichtet. Dabei werden folgende Kriterien beachtet:

1. Je Ortsbezirk wird unter Beachtung der Mitbestimmung der Ortsbeiräte ein "Babbel-Bänksche" auf einem zentralen, frequentierten und gut erreichbaren Platz fest installiert.
2. Die Konstruktion beinhaltet nach Möglichkeit zwölf Sitzplätze und einen Tisch zum Arbeiten, Schreiben, Basteln, Reparieren etc.
3. Die "Babbel-Bänksche" werden mit einer regenfesten Überdachung ausgestattet.
4. Mit dem Babbel-Bänksche wird eine Photovoltaik-Anlage installiert.
5. Die Konstruktion des "Babbel-Bänksche" wird durch Begrünung verschattet.
6. Durch fest installierte Steckdosen kann der von der Photovoltaikanlage erzeugte Strom kostenlos geladen werden (Smartphones, Tablets, E-Bikes etc.).
7. An zwei Seiten werden Fahrradständer fest installiert.
8. Mit der Umsetzung wird noch in 2023 begonnen.

Begründung:

Der Demokratiekonvent „Mehr als wählen“ hat 2021 verschiedene Handlungsempfehlungen für mehr demokratische Teilhabe erarbeitet. Als ein Ergebnis wurde „Babbel-Bänksche“ vorgestellt.

"Babbel-Bänksche" ist ein Projekt für mehr Partizipation der Bevölkerung, das zum Diskutieren im Stadtteil einladen soll. Sie sollen „nachhaltige und soziale Begegnungsorte für ALLE im öffentlichen Raum“ sein, auf dem ein intensiver Austausch ermöglicht wird (<https://usercontent.one/wp/www.demokratiekonvent.de/wp-content/uploads/2021/12/Handlungsempfehlung-Demokratiekonvent-2021.pdf>).

Die "Babbel-Bänksche" sollen folglich nicht nur zum Verweilen, sondern zum gemeinsamen Entwickeln von Ideen für Frankfurt anregen, vor allem in Bezug auf Klimaschutz.

Die Bänke sollen für alle gut erreichbar sein und deshalb in jedem Ortsbezirk auf einem zentralen oder frequentierten Platz installiert werden. Damit möglichst viele Menschen miteinander diskutieren können, braucht es ca. zwölf Sitzplätze und eine regenfeste Überdachung. Die Konstruktion ist mit einer Photovoltaik-Anlage ausgestattet und zudem begrünt. Der von der Photovoltaik-Anlage erzeugte Strom kann dafür genutzt werden, um Handys und Tablets aufzuladen. Außerdem sind an zwei Seiten Fahrradständer befestigt. Die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten sowie die ökologische und ansprechende Gestaltung sollen zum Verweilen einladen.

"Babbel-Bänksche" schaffen wichtige Begegnungen und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Als Handlungsempfehlung des Demokratiekonvents sollten sie schnellstmöglich umgesetzt werden.

Die Arbeit des Demokratiekonvents wurde bisher vom Magistrat gefördert. Auf einer öffentlichen Podiumsveranstaltung am 24. Februar 2023 wurden die Arbeit und die Ergebnisse von den Magistratsmitgliedern R. Heilig, B. Bergerhoff und E. O'Sullivan ausdrücklich gelobt. Auch die Idee der Babbel-Bänksche wurde für gut befunden. Die Babbel-Bänksche sind nur ein Teil der erarbeiteten Ergebnisse und sind relativ schnell und unkompliziert realisierbar. Es ist eine Partizipationsmethode, um in den Ortsbezirken strukturiert und dauerhaft zu Diskussionen und Ideen zum Klimaschutz zu kommen. Diese partizipative und niedrighschwellige Maßnahme sollte unterstützt werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Nahverkehr und ÖPNV

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Einhausung A661: Weitergehenden Lärm- und Gesundheitsschutz realisieren

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.03 Verkehrsanlagen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Damit die Anwohner*innen entsprechend den Vorgaben des Bundesimmissionschutzgesetzes vor Lärm und Schadstoffen geschützt werden, wird die BAB 661 im Bereich von bestehenden oder zukünftigen Wohngebieten innerhalb des Stadtgebiets komplett eingehaust und das Bauwerk mit einer Luftfilteranlage versehen. Die dafür notwendigen Planungsmittel werden in den Haushalt 2023 eingestellt und die Stadt bemüht sich um eine Kostenübernahme der Baumaßnahmen durch Bund und Land.

Begründung:

Die Verantwortung für den Lärm und die Schadstoffbelastung an den Autobahnen haben die Autofahrer*innen als Verursacher*innen und der Bund als der Zuständige für die Autobahnen, nicht die Anwohner*innen. Wenn der Bund die vollständige Kostenübernahme verweigert, müssen die Stadt Frankfurt und das Land Hessen die notwendigen Kosten der Komplett-Einhausung tragen, denn sie haben die Verantwortung für die Gesundheit ihrer Bürger*innen bzw. verfolgen den weiteren Autobahnausbau. Die von der Stadt Frankfurt beschlossene Einhausungsvariante L2 greift zu kurz und lässt tausende Menschen in den östlichen Stadtteilen weiterhin unter Dauerlärm und Abgasen leiden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

E-Ladeinfrastruktur ausbauen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es werden die notwendigen Mittel in den Haushalt 2023 ff. eingestellt, um das Angebot an öffentlichen und einheitlichen Schnellladestationen mit Strom aus erneuerbaren Energien mit einer Zielvorgabe von durchschnittlich 25 neu zu errichtenden Ladestationen pro Monat auszubauen. Dabei werden bestehende Fördermittel des Bundes optimal ausgenutzt.

Begründung:

Angesichts von bis 2025 bereitstehenden Fördermöglichkeiten seitens des Bundes kommt Frankfurt beim Ausbau der E-Ladeinfrastruktur nicht schnell genug voran. Zuletzt gab es in Frankfurt insgesamt nur 443 öffentliche Ladepunkte an rund 240 Ladesäulen-Standorten. Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, dass bis 2030 875 öffentliche Lademöglichkeiten geschaffen werden sollen. Dieser Zielwert ist zu knapp bemessen und muss nach oben korrigiert werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Barrierefreien Ausbau des ÖPNV beschleunigen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.11 Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden die zusätzlich erforderlichen Personalstellen und Finanzmittel eingestellt, die zur schnellstmöglichen Planung und Umsetzung des barrierefreien Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere der Straßenbahnhaltstellen und Bushaltestellen, nötig sind, damit die gemäß dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) seit dem 1. Januar 2022 überfällige völlige Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr Frankfurts erreicht wird.

Begründung:

Das Ziel der vollständigen Barrierefreiheit bis 1. Januar 2022 konnte in Frankfurt aufgrund fehlenden Personals und fehlender Finanzmittel nicht erreicht werden. Obwohl Bundesmittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) langjährig gesichert sind, durch das Finanzausgleichsgesetz (FAG) Mittel vom Land zur Verfügung stehen und durch die Stellplatzablässe Einnahmen der Stadt explizit für „investive Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs“ vorgesehen sind, geht der barrierefreie Ausbau des ÖPNV in Frankfurt viel zu langsam voran.

Immer noch fahren Straßenbahnen mit Einstiegsstufen durch die Stadt. Von den insgesamt 139 Tramhaltestellen sollten 90 bis Anfang 2022 barrierefrei ausgebaut sein. Davon ist die Stadt weit entfernt, augenblicklich sind 72 ausgebaut. Bei den Bushaltestellen steht immer noch ungefähr der Hälfte der Haltepositionen der barrierefreie Umbau bevor. Zuletzt hieß es, dass momentan 780 von 1400 Haltestellen barrierefrei sind, das entspricht etwa 55 Prozent.

Nicht verständlich ist auch das Vorgehen des zuständigen Amts für Straßenbau und Erschließung, das Haltestellen nicht entsprechend der Prioritätenliste umbaut. Stattdessen werden zunächst eher die leicht umzubauenden Haltestellen bearbeitet, die gerade nicht in den wichtigen Problemzonen liegen. Solche Zonen sind vor allem Straßen mit Haltestellen mitten auf der Straße wie entlang der Mainzer oder der Friedberger Landstraße. An diesen Haltestellen sind alle Fahrgäste dem Fließverkehr ausgesetzt.

Um die eindeutige Zielvorgabe des PBefG herzustellen, ist die personelle und finanzielle Planung so zu verändern, dass das Ziel der vollständigen Barrierefreiheit schnellstmöglich erreicht wird.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Kinder kostenlos mitnehmen!

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden die notwendigen Mittel eingestellt, damit Kinder bis zu einem Alter von einschließlich 14 Jahren in den Tarifgebieten 5000 und 5090 kostenlos fahren, sofern sie von einer Person mit gültiger Fahrkarte begleitet werden.

Begründung:

Die Preise im Frankfurter Nahverkehr sind zu teuer. In den letzten Jahren sind zwar immer wieder Vergünstigungen und individuelle Kostenbefreiungen für einzelne Nutzer*innen-Gruppen erreicht worden. Allerdings wird immer wieder deutlich, dass nur ein grundsätzlicher Ansatz wie der Nulltarif, also die solidarische und benutzungsunabhängige Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), das Ziel der Verkehrswende für Frankfurt konsequent verfolgt. Nur durch den Nulltarif wird allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt Zugang zur Mobilität ermöglicht und eine ökologische Verkehrswende in Frankfurt umgesetzt, die weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr verläuft.

Mittelfristig muss daher der Nulltarif eingeführt werden. Kurzfristig aber müssen den Tarifen die Preisspitzen genommen und weitere Nutzer*innengruppen von den individuell zu tragenden Kosten befreit werden. Auch mit der Einführung des Deutschlandtickets für 49 € besteht die Forderung nach kostenloser Mitnahme von Kindern bis einschließlich 14 Jahren. Ein eigenes Abo des Deutschlandtickets lohnt sich oft nicht und ist für viele Familien finanziell nicht möglich. Ein weiterer Schritt in Richtung Nulltarif wäre dementsprechend eine unentgeltliche Beförderung von Kindern bis 14 Jahren in Begleitung einer Person mit gültiger Fahrkarte.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

(E-)Lastenradförderung erneut auflegen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat stellt in den Haushalt 2023 ff. erneut Mittel für die (E-)Lastenradförderung in Höhe von 400.000 Euro ein. Die Förderbedingungen werden so erweitert, dass antragsstellende Frankfurt-Pass-Inhaber*innen mit der doppelten Fördersumme unterstützt werden und Förderberechtigte, die kein Auto haben oder mit der Anschaffung eines Lastenrads nachweislich auf ein Auto verzichten, prioritär gefördert werden.

Begründung:

Die Stadt Frankfurt hat in den Jahren 2021 und 2022 die private Anschaffung eines Lastenrads bezuschusst. Für das laufende Jahr 2023 gibt es keine Förderung. Begründet wird die Entscheidung damit, dass Menschen, die sich die Anschaffung eines trotz Förderung vergleichbar teuren Lastenrads nicht leisten können, von der Lastenradförderung nicht profitieren. Das lässt sich beheben, in dem Frankfurt-Pass-Inhaber*innen eine höhere Fördersumme in Anspruch nehmen können.

Zugleich scheint der Wunsch, in der Stadt auf das Auto zu verzichten, weiterhin ungebrochen hoch zu sein. Das städtische Radfahrbüro hat zum Jahresende 2022 zahlreiche Anfragen erhalten, ob es 2023 wieder eine Lastenradförderung geben wird.

Daher sollte es auch weiterhin eine Förderung der privaten Anschaffung eines Lastenrads geben. Allerdings ist durch die bisherigen Förderbedingungen keinesfalls ausgemacht, dass das von der Stadt intendierte Ziel, mehr Bürger*innen zum Verzicht auf das Auto zu bewegen, durch die Lastenradförderung erreicht wird. Es ist vielmehr anzunehmen, dass sich Menschen ein Lastenrad zusätzlich zum privaten Pkw zulegen. Dies muss in Zukunft ausgeschlossen sein.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Machbarkeitsstudie über den Nulltarif

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.11 Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden die erforderlichen Mittel eingestellt, um eine ausführliche Machbarkeitsstudie zur Einführung eines benutzungsunabhängig finanzierten öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im RMV-Tarifgebiet 5000/5090 in Auftrag zu geben.

Die Machbarkeitsstudie betrachtet:

1. Aspekte der praktischen Umsetzung eines benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNVs und stellt hierbei auch die Frage in den Mittelpunkt, welche positiven und negativen Anreize als flankierende Maßnahmen nötig wären, um eine möglichst effektive Verlagerung des Verkehrsaufkommens vom motorisierten Individualverkehr (MIV) auf den ÖPNV zu bewirken.
2. die Mindereinnahmen.
3. die durch Strecken- und Qualitätsausbau und weitere Investitionen entstehenden Kosten.

4. die zu erwartenden Einsparungen im Bereich der Betriebskosten.
5. unter anderem folgende (Re-)Finanzierungsideen:
 - die Etablierung eines Erschließungstatbestandes ÖPNV analog zur Finanzierungsregelung bei Straßenerschließungen,
 - die Einrichtung einer kommunalen Infrastrukturabgabe nach § 11 Kommunalabgabengesetz, bei der die Anbindung an das Streckennetz des ÖPNV Berücksichtigung findet,
 - die Einführung einer Nahverkehrsabgabe als Unternehmenspauschalabgabe, z.B. wie die in Frankreich übliche Transportsteuer *taxe versement transport*¹, jedoch gekoppelt an die Wertschöpfung (Messbetrag: Gewerbesteuer),
 - die Einführung einer Nahverkehrsabgabe in Form einer Pauschale (kommunale Aufwandssteuer) pro Bett und Übernachtung für Gäste von Beherbergungsbetrieben gemäß § 7 Abs. 2 Gesetz über kommunale Abgaben (KAG),
 - Einnahmesteigerungen durch eine veränderte Parkraumbewirtschaftung,
 - Einsparpotenziale im Unterhalt von Straßen und Parkplätzen durch Rückbau von Überkapazitäten, die durch den Umstieg auf den ÖPNV entstehen.

Begründung:

Die Frage sozialer, kultureller und politischer Teilhabe ist eine des Geldbeutels. Hohe Fahrpreise stellen dabei eine deutliche Einschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben dar. Dabei ist Mobilität ein Grundrecht und kein Luxusgut!

Ein benutzungsunabhängig finanzierter ÖPNV verbindet Klimaschutz mit Teilhabegerechtigkeit. Er wirkt gegen die soziale Ausgrenzung an den Rand gedrängter Gruppen im Sinne eines nachhaltigen sozial-ökologischen Stadtumbaus. Über die direkten Auswirkungen auf die Teilhabe hinaus reduziert ein benutzungsunabhängig finanzierter Nahverkehr die Zahl des motorisierten Individualverkehrs – also der Autos – in der Stadt und ist daher für alle Frankfurter*innen von Nutzen; auch für diejenigen, die nicht auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen.

¹ Die *taxe versement transport* ist eine in Frankreich übliche kommunale Transportsteuer für die Bereitstellung des ÖPNV. Die Pauschale wird auf die Bruttolohnmasse angewandt und kann entsprechend der Einwohner*innenzahl einer Kommune bis zu 2,6 Prozent der Bruttoarbeitsentgelte betragen.

Die Luftqualität würde verbessert, die Lärmbelastung reduziert. Vor allem für diejenigen Frankfurter*innen, die an den Einfallstraßen und Pendler Routen wohnen, wäre weniger motorisierter Individualverkehr eine große Entlastung.

Innerhalb des Stadtgebietes würden durch den Rückgang des MIV in allen Stadtteilen Flächen frei, die bebaut, bewohnt, bewirtschaftet und bespielt werden könnten. Und noch eine ganze Reihe weiterer Faktoren sprechen für die Einführung eines benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV, weil sie innerhalb der Kommune volkswirtschaftliche Rendite generieren - so hat der benutzungsunabhängig finanzierte ÖPNV dort, wo er bisher eingeführt wurde, zu einem Anstieg der Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Innenstädten und weiteren zentralen Orten der Städte geführt.

In der Regel profitiert außerdem der Fremdenverkehr massiv vom benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV als Werbeargument. In Frankfurt, das nicht nur Touristik-, sondern auch Messestadt ist, wäre dies in vielfach potenziertes Form zu erwarten. Auch für Unternehmen kann der benutzungsunabhängig finanzierte ÖPNV ein Standortfaktor sein und als Argument bei der Werbung von Fachkräften dienen.

Die Einführung des benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV müsste als eine generelle Stärkung der ÖPNV-Infrastruktur gedacht werden, deren Umfang und Kosten in der Machbarkeitsstudie explizit dargelegt werden. Zu nennen sind positive Anreize für den Umstieg auf den ÖPNV wie bspw. eine verbesserte Taktung, Strecken- und Haltestellenausbau sowie flankierende Maßnahmen wie Ausbau von Park + Ride-Angeboten, Rufbussystemen, Carsharing und Taxiservice, Ampelvorrangschaltungen, Sonderfahrstreifen, ein verbessertes Qualitätsmanagement, mehr Komfort, Ausbau der Fuß- und Radwege. Aber auch negative Anreize wie bspw. eine veränderte Parkraumbewirtschaftung, (Durch-)Fahrverbote und verlängerte Rotphasen für den MIV müssten in der Machbarkeitsstudie untersucht werden.

Das häufigste Argument gegen den benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV ist die Sorge, dass dieser aus dem bestehenden Etat bestritten werden und man deshalb Einsparungen in anderen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge in Kauf nehmen müsse. Das stimmt jedoch nur, wenn man sich nicht gleichzeitig Gedanken über die Steigerung kommunaler Erträge zur nutzungsunabhängigen Finanzierung des ÖPNV macht.

Heute schon wird der ÖPNV in Frankfurt mehr als zur Hälfte benutzungsunabhängig finanziert über den Haushalt sowie durch die Frankfurter Strom-, Gas- und Wasserkunden der Mainova, denn der Mainova-Gewinn deckt über den Stadtwerke-Verbund die Kosten der VGF mit. Zudem entstehen durch die Einführung eines benutzungsunabhängig

finanzierten ÖPNV eine ganze Reihe von Einsparungen, wie etwa der Wegfall der Kosten für Vertriebs- und Kontrollinfrastrukturen sowie durch den Rückgang der Belastung durch Straßennutzung. Durch weitere Maßnahmen können neue Einnahmen generiert werden. Hier bestehen Überlegungen verschiedener Art, bspw. zu einer Erschließungserhebung, einer Infrastrukturabgabe, einer Unternehmenspauschalabgabe, einer Nahverkehrsabgabe in Form einer Pauschale (kommunale Aufwandssteuer) pro Bett und Übernachtung für Gäste von Beherbergungsbetrieben, einer veränderten Parkraumbewirtschaftung sowie weiteren Maßnahmen.

Untersuchungen über Auswirkungen und Umsetzung eines benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV liegen vor, können jedoch – aufgrund der großen regionalen Unterschiede in Bezug auf die Verbundstrukturen, Finanzierungsgrundlagen und Verkehrssituationen – nur eingeschränkt übertragen werden.

Da die Einführung des benutzungsunabhängig finanzierten ÖPNV nicht kurzfristig machbar ist, gibt die Stadt noch 2023 eine ausführliche Machbarkeitsstudie in Auftrag, die die spezifischen Gegebenheiten von Frankfurt in vollem Umfang berücksichtigt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

ÖPNV umfassend ausbauen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es werden die notwendigen Mittel in den Haushalt 2023 ff. eingestellt, um:

- in Abstimmung mit den relevanten Stakeholdern zur Verwirklichung der Idee eines Schienenrings um Frankfurt die Planung für eine Ost- und eine Südtangente aufzunehmen;
- in Abstimmung mit den relevanten Stakeholdern die Schienenanbindung des dritten Terminals am Frankfurter Flughafen weiter zu planen;
- im Einvernehmen mit den tangierten Nachbargemeinden bestehende, ggf. auch neue Stadt- und Straßenbahnlinien nach Bad Vilbel, Offenbach, Bad Homburg Bahnhof, über die Heerstraße nach Steinbach und über Neu-Isenburg nach Dreieich zu planen und umzusetzen;
- die Erweiterung, ggf. auch Neuanlage innerstädtischer Stadt- und Straßenbahnlinien ins Gutleutviertel, auf den Sachsenhäuser Berg, zum Bahnhof Höchst, zum Römerhof, auf den Frankfurter Berg, nach Seckbach/Bergen und in die Leuchte/Riedbad zu planen und umzusetzen;

- die Tram am Hauptbahnhof 4-gleisig auszubauen und dort eine neue Linie über den Reuterweg an die Goethe-Universität zu planen und umzusetzen;
- den U4-Lückenschluss und die Straßenbahn-Ringlinie schnellstmöglich zu realisieren;
- zu prüfen, wo städtische Buslinien, auch als On-Demand-Angebote neu- oder ausgebaut werden müssen und dies umzusetzen;
- zusammen mit dem RMV die Erweiterung des Express-Busnetz von und nach Frankfurt zu planen;
- zu prüfen, an welchen Bahnstationen, Tunneln und Treppenaufgängen der gesamtstädtischen ÖPNV-Infrastruktur eine Grunderneuerung erfolgen muss, diese zu planen und umzusetzen.

Begründung:

Der ÖPNV platzt aus allen Nähten und muss zügig ausgebaut werden. Die verkehrspolitischen Herausforderungen angesichts des Klimawandels und der Stickoxid- und Feinstaubbelastung in einer kompakten Stadt wie Frankfurt verlangen nach einer veränderten Priorisierung weg vom Auto hin zum ÖPNV. Aktuelle Planungen im ÖPNV wie der Nahverkehrsplan 2025+ betrachten den Zeithorizont bis 2030 und sind von der gesellschaftlichen Realität eigentlich schon wieder überholt. Es ist jetzt an der Zeit in die Planungen für die Zeit bis 2050 einzusteigen. Die Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) sind zuletzt verdoppelt worden, ab 2025 werden sie auf zwei Milliarden Euro angehoben. Auch eine Steigerung der Regionalisierungsmittel um jährlich 1,8 Prozent wurde beschlossen. Diese Finanzierungsmittel stehen sowohl für den Neu- und Ausbau des öffentlichen Verkehrs als auch für die Grunderneuerung von U-Bahnhöfen, Treppenaufgängen oder Tunneln zur Verfügung.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Straßburger Modell: Park+Ride-Anlagen aus- und neubauen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.11 Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden Mittel für aus- und neuzubauende Park+Ride-Anlagen in den Außenbezirken der Stadt mit direkter Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr eingestellt. Darüber hinaus werden die erforderlichen Mittel eingestellt, damit Parkscheine für Park+Ride-Anlagen zugleich als Gruppentageskarte für den ÖPNV im Tarifgebiet 5000/5090 genutzt werden können.

Begründung:

In Frankfurt trägt der Verkehrsbereich in unverändert hoher Weise zu den lokalen CO₂-Emissionen bei. Die Stickoxid- und vereinzelt auch die Feinstaubbelastung durch den Verkehr in Frankfurt haben in Vor-Corona-Zeiten die Grenzwerte der betreffenden EU-Richtlinien regelmäßig, teils deutlich überschritten und beeinträchtigen die Gesundheit der Bewohner*innen erheblich.

Um den Verkehr nachhaltiger zu gestalten wird das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV, privatgenutzte Kraftfahrzeuge) auch für Einpendler*innen verstärkt.

An mehreren Standorten in unmittelbarer Nähe zu ÖPNV-Haltestellen wird der Aus- und Neubau von Park+Ride-Anlagen beschleunigt geplant und umgesetzt. Ziel ist, dass die Strecken, die beim Pendeln mit dem MIV zurückgelegt werden, möglichst kurz werden und dass der ÖPNV für das Pendeln nach und aus Frankfurt an Bedeutung gewinnt.

Zugleich baut die Stadt in Kooperation mit dem RMV das ÖPNV-Tarifangebot aus, in dem die Park+Ride-Parkscheine zu Gruppentageskarten aufgewertet werden. Im benachbarten Straßburg beispielsweise gilt das Prinzip: Park+Ride-Parkschein ist gleich Gruppenfahrtschein. Ein Tagesparkschein kostet dort gerade mal 4,20 Euro und bis zu 7 Personen dürfen in dieser Zeit innerhalb der Stadtgrenzen mit dem ÖPNV weiterfahren. Das Parken innerhalb der Stadt wurde dort zugleich erheblich verteuert, mit starker Lenkungswirkung hin zu den insgesamt 10 Park+Ride-Anlagen rings um Straßburg, die durch ein umfassend ausgebautes und gut funktionierendes System von Bahnen und Bussen an die City angeschlossen sind.

Mit ihrem 100-prozentigen Tochterunternehmen, der Parkhaus-Betriebs-GmbH, hat die Stadt Frankfurt die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit dem RMV und der VGF die nötige Technik für die Park+Ride-Anlagen bereitzustellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Busnahverkehr rekommunalisieren

Produktbereich:	16	Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe:	16.10	traffiQ (Treuhandbereich)
Produktbereich:	98	Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:		

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden ausreichend Mittel für die Rekommunalisierung zuvor privatisierter Bereiche des öffentlichen Busverkehrs eingestellt.

Begründung:

Der Busnahverkehr kehrt in die kommunale Hand zurück, um die Mobilität aller Frankfurter*innen dauerhaft zu sichern, denn Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht rein profitorientierter Marktlogik unterworfen werden.

Rekommunalisierung bedeutet, dass die Daseinsvorsorge wieder vollumfänglich von der öffentlichen Hand sichergestellt wird, in diesem Fall die Buslinienbündel wieder ausschließlich von einer städtischen Einrichtung betrieben werden. Davon profitiert die kommunale Politik durch direkten Einfluss auf Preis und Qualität.

Rechtlich ist eine Rekommunalisierung des Busnahverkehrs möglich: Gemäß der am 03.12.2009 in Kraft getretenen EU-Verordnung 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße kann die zuständige Behörde beschließen, öffentliche Dienstleistungsaufträge über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten an eine von ihr kontrollierte Einheit zu vergeben.

Die Ausschreibung eines Teils der Busverkehre, der sogenannte Frankfurter Weg, der nichts anderes als Ausdruck der umfänglichen Privatisierungswellen der vergangenen Jahrzehnte ist, hat gezeigt, dass die Versorgung durch private Anbieter im Busverkehr eine Verschlechterung für die Belegschaften und die Nutzer*innen darstellt. Mitarbeiter*innen mussten schlechtere Tarifbedingungen hinnehmen. Fahrgäste hingegen klagen immer wieder über mangelnde Streckenkenntnis der oft kurzfristig eingesetzten Fahrer*innen und schlechte Servicequalität. Auch der Zustand der Busflotten, die von den verschiedenen Betreibern in Frankfurt eingesetzt werden, ist von sehr unterschiedlicher Qualität.

Der Betrieb aller Linienbündel durch einen einzigen städtischen Eigenbetrieb könnte den verkehrssicheren Zustand der Busse, die (behindertengerechte) Ausstattung, gesetzeskonforme Abgasnormen und die Steigerung des Anteils emissionsfreier Fahrzeuge an der Gesamtflotte wesentlich einfacher und besser sicherstellen als die aktuell zersplitterte Betreibervielfalt. Darüber hinaus werden durch einen Eigenbetrieb langfristig auch Skaleneffekte beispielsweise bei der Beschaffung erzielt und vorhandene Wissensbestände für den öffentlichen Personennahverkehr gesichert.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Kostenloses Schüler*innenticket

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden die notwendigen Mittel eingestellt, um allen Schüler*innen und Auszubildenden in Frankfurt die kostenfreie Nutzung des in ganz Hessen gültigen Schüler*innentickets für den ÖPNV zu ermöglichen.

Begründung:

Bisweilen können Schüler*innen beim Schulwegkostenträger einen Antrag auf Erstattung der Fahrtkosten stellen, allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen, gemäß besonderer Regelungen und einer für die verschiedenen Schulformen festgelegten Anspruchsdauer. Das ist ungerecht. Der Anspruch auf einen Nulltarif im hessischen ÖPNV muss für alle Schüler*innen und Auszubildende gleichermaßen gelten.

In den letzten Jahren sind zwar immer wieder Vergünstigungen und individuelle Kostenbefreiungen für einzelne Nutzer*innengruppen erreicht worden (Deutschlandticket, Bezuschussung von Zeitkarten für Frankfurt-Pass-Inhaber*innen etc). Allerdings wird immer wieder deutlich, dass auch diese Ansätze weitere Nutzer*innengruppen ausschließen bzw. von potentiellen Nutzer*innen als zu teuer oder nicht niedrighschwellig genug

wahrgenommen werden (z.B. durch fehlenden Informationsfluss, Antragsverfahren usw.). Ein grundsätzlicher Ansatz wie der Nulltarif, also die solidarische und benutzungsunabhängige Finanzierung des ÖPNV, verfolgt das Ziel der Verkehrswende für Frankfurt konsequent. Nur durch den Nulltarif wird allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt Zugang zur Mobilität ermöglicht und eine ökologische Verkehrswende in Frankfurt umgesetzt, die weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr verläuft. Gerade Schüler*innen und Auszubildenden sollten von den individuell zu tragenden Kosten für Mobilität befreit werden. So kann auch Teilhabe an sozialem Leben, Bildungs- und Kulturangeboten erhöht werden. Ein kostenloses Ticket für Schüler*innen und Auszubildende wäre dementsprechend auch ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

In Zukunft Nulltarif, 365-Euro-Ticket jetzt

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Haushalt 2023 werden Mittel eingestellt, damit in den Tarifgebieten 5000 und 5090 mit dem nächsten Fahrplanwechsel ein 365-Euro-Jahresticket angeboten wird, das jederzeit kündbar auch im Monatsabonnement zu erhalten ist, die Mitnahmeregelung enthält und ohne zeitliche Nutzungseinschränkung gültig ist.
2. Im Haushalt 2023 werden Mittel eingestellt, damit für das Tarifgebiet 5000/5090 an allen Fahrscheinautomaten preislich entsprechend reduzierte Einzel- und Zeitkarten angeboten werden.

Begründung:

Die Preise im Frankfurter Nahverkehr sind zu teuer und nach wenigen Jahren der Preisstabilität, in denen auch Vergünstigungen für einzelne Nutzer*innengruppen erreicht wurden, wieder im Steigen begriffen. Der Preis-Bumerang macht deutlich, dass nur ein grundsätzlicher Ansatz wie der Nulltarif, also die solidarische und benutzungsunabhängige Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), das Ziel der Verkehrswende für Frankfurt konsequent verfolgt.

Nur durch den Nulltarif wird allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt Zugang zur Mobilität ermöglicht und eine ökologische Verkehrswende in Frankfurt umgesetzt, die weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr verläuft.

Der ÖPNV ist eine öffentliche Aufgabe und Teil der Grundversorgung. Eine Grundversorgung muss zu einem erschwinglichen Preis angeboten werden. Soziale Teilhabe wird nur erreicht, wenn alle den ÖPNV nutzen können. Das ist im Moment nicht der Fall. Mittelfristig muss daher der Nulltarif eingeführt werden. Kurzfristig aber müssen den Tarifen die Preisspitzen genommen werden. Ein solcher Schritt ist die Einführung eines 365-Jahres-Tickets und die preislich entsprechende Reduzierung der Einzel- und Zeitkarten.

Das Deutschlandticket für 49€ ist ein Anfang, allerdings ist die Kosten-Nutzen-Verteilung bei einem in den Tarifgebieten 5000 und 5090 geltenden 365-Euro-Ticket mit Mitnahmeregelung vor allem für Familien ausgeglichener. Um soziale Gerechtigkeit herzustellen und die Verkehrswende in Frankfurt weiter voran zu treiben, muss die Stadt Frankfurt jetzt Mittel für einen erschwinglichen ÖPNV bereitstellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Nahmobilität im Alter gewährleisten: ÖPNV-Zuschuss für Senior*innen-Tickets

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden Mittel eingestellt, damit in den Tarifgebieten 5000 und 5090 mit dem nächsten Fahrplanwechsel an allen Fahrscheinautomaten und über alle sonstigen Vertriebswege deutlich ermäßigte Kurz-, Einzel-, Tages-, Wochen- und Monatsfahrtscheine für Senior*innen angeboten werden.

Begründung:

Die Preise im Frankfurter Nahverkehr sind zu teuer und nach wenigen Jahren der Preisstabilität, in denen auch Vergünstigungen für einzelne Nutzer*innengruppen erreicht wurden, wieder im Steigen begriffen. Der Preis-Bumerang macht deutlich, dass nur ein grundsätzlicher Ansatz wie der Nulltarif, also die solidarische und benutzungsunabhängige Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), das Ziel der Verkehrswende für Frankfurt konsequent verfolgt.

Nur durch den Nulltarif wird allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt Zugang zur Mobilität ermöglicht und eine ökologische Verkehrswende in Frankfurt umgesetzt, die weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr verläuft.

Mittelfristig muss der Nulltarif eingeführt werden. Kurzfristig aber muss den Tarifen die Preisspitzen genommen werden. Ein solcher Schritt ist die Vergünstigung der Tickets für Senior*innen.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird gerade von Senior*innen oft genutzt und stellt für sie ein zentrales Mittel der Fortbewegung im Alltag dar. Dabei legen sie auch kurze Strecken mit Bus und Bahn zurück oder fahren vielleicht nur wenige Male pro Woche zu regelmäßigen Terminen. Mit dem Seniorenticket Hessen gibt es im Monatsabonnement oder als Jahreskarte ein vergünstigtes Angebot. Es fehlen aber ermäßigte Kurz-, Einzel-, Tages- oder Wochenkarten und es sollte auch frei von einem Abonnement die Möglichkeit geben, zu einem selbstgewählten Zeitpunkt einzelne Monatskarten zu erstehen.

Eine deutliche Ermäßigung auf alle Kartenarten ist dringend notwendig und darf nicht mit Abstrichen bei der Nutzungsverfügbarkeit einhergehen. Diese müssen auch dezentral direkt an den Fahrscheinautomaten verfügbar sein. Mit einem leicht verständlichen Bedienelement wird die Mobilität vieler über 65-Jähriger gesichert.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

ÖPNV sozialer gestalten

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden Mittel eingestellt, um den ÖPNV-Zuschuss für den Frankfurt-Pass, also die Ausgleichszahlungen an den RMV, so anzuheben, dass die Inhaber*innen des Frankfurt-Passes den ÖPNV in den Tarifgebieten 5000 und 5090 zum Nulltarif, also mit Nachweis des Frankfurt-Passes kostenlos, nutzen können.

Begründung:

Die Preise im Frankfurter Nahverkehr sind zu teuer und nach wenigen Jahren der Preisstabilität, in denen auch Vergünstigungen für einzelne Nutzer*innengruppen erreicht wurden, wieder im Steigen begriffen. Der Preis-Bumerang macht deutlich, dass nur ein grundsätzlicher Ansatz wie der Nulltarif, also die solidarische und benutzungsunabhängige Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), das Ziel der Verkehrswende für Frankfurt konsequent verfolgt. Nur durch den Nulltarif wird allen Menschen in der Stadt gleichberechtigt Zugang zur Mobilität ermöglicht und eine ökologische Verkehrswende in Frankfurt umgesetzt, die weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr verläuft.

Mittelfristig muss der Nulltarif für alle eingeführt werden. Kurzfristig sind erste Nutzer*innengruppen in den Nulltarif zu überführen, angefangen bei der Gruppe von Frankfurter*innen, für die der ÖPNV als öffentliche Infrastruktur ein zentrales Mittel zur Verwirklichung ihrer sozialen Rechte darstellt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Fußverkehrsbeauftragte*r

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 ff. werden die notwendigen Mittel und Personalressourcen eingestellt, um analog zum Radfahrbüro eine Ansprech- und Kompetenzstelle für den Fußverkehr zu schaffen.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag der aktuellen Stadtregierung wird die Schaffung einer Ansprech- und Kompetenzstelle für den Fußverkehr angekündigt und ein Fußverkehrskonzept zur barrierefreien Gestaltung der Fußwege in Aussicht gestellt. Im Haushaltsentwurf 2023 ist kein entsprechender Haushaltstitel zu finden. Dabei ist gerade die mangelnde Sicherheit und fehlende Barrierefreiheit im Fußverkehr in Frankfurt eine riesige Herausforderung. Zu nennen sind hier das überall in den Wohnquartieren anzutreffende illegale aber geduldete „aufgesetzte Parken“ auf Gehwegen, u.U. gefährliche nachträgliche Aufbauten wie Fahrradgaragen oder -bügel und unzureichende und fehlerhafte taktile, visuelle und akustische Leitsysteme. Die Einrichtung eines Fußverkehrsbüros kann nicht weiter aufgeschoben werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Autokorrektur: Mehr Lebensqualität in den Stadtteilen

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.10 traffiQ (Treuhandbereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 ff. wird ein Haushaltstitel "Befreiung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr (Autokorrektur)" eingeführt, der Mittel und Personalressourcen vorhält, um in den Stadtteilen geeignete Straßen zugunsten des Umweltverbunds aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr und zulasten des Autoverkehrs flächengerechter umzugestalten.

Begründung:

Im Sommer 2023 wird der Mainkai wieder für die Menschen geöffnet. In den Stadtteilen kann von ähnlichen Projekten leider nicht die Rede sein. Das Projekt der Frankfurter Sommerstraßen scheint sang- und klanglos eingeschlafen. Von der Idee einer autofreien Innenstadt und verkehrsärmerer Stadtteile scheint sich die Stadtregierung verabschiedet zu haben. In der Praxis wird Initiativen, die sich für autofreie Einkaufsstraßen, Verkehrsberuhigung, (temporäre) Spiel- und Fahrradstraßen einsetzen, schon lange und immer wieder der Wind aus den Segeln genommen. Einmal fehlt es an Geld, dann an der Priorität und wenn kein anderes Argument mehr bei der Hand ist, wird auf den ominösen Parkdruck verwiesen, weswegen beispielsweise eine Reduzierung von Autostellplätzen keinesfalls in Frage kommen kann.

Dabei geht es de facto oftmals nur um einige Schilder und Schranken, Poller oder abgesenkte Bordsteine. Erst im vergangenen Jahr wurde der Initiative für die bestehende temporäre Spielstraße in der Heidestraße die Mittel gekürzt. Geld gibt es auch keines für die Planung und den Umbau von Straßen zu verkehrsberuhigten Zonen oder Fahrradstraßen am Heideplatz, in der Schleiermacher- und der Schopenhauerstraße. Und auch die zahlreichen Ortsbeiratsinitiativen für eine autofreie Berger Straße oder die autofreie Leipziger Straße werden immer wieder ausgebremst.

Wegen der Klimaproblematik und für die Lebensqualität der Menschen in den Stadtteilen braucht es eine deutliche Vermehrung verkehrsberuhigter bis autobefreiter Kernbereiche in den Quartierszentren. Fußgängerzonen müssen ausgeweitet, Parkplätze reduziert und schrittweise weitere Straßen für den Fuß- und Radverkehr und für die Freizeitnutzung umgewidmet werden. Freiwerdende Flächen können mit Erholungsräumen und Grünflächen attraktiv gestaltet werden. Ausnahmen soll es für Anwohner*innen- und Lieferverkehr sowie für Behörden- und Rettungsfahrzeuge, Handwerker*innen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen geben.

All das muss gemeinsam mit den Menschen vor Ort geplant und umgesetzt werden. Daher braucht es einen Haushaltstitel, der die bestehenden und neuen Verkehrswende-Initiativen bei der Befreiung und Umverteilung des öffentlichen Raums und der Umwidmung von Straßen finanziell unterstützt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Mehr Personal für die VGF

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.09 traffiQ (Operativer Bereich)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 ff. werden Mittel bereitgestellt, um bei der Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main (VGF) mehr Personalstellen zu schaffen als es der ermittelte Bedarf vorsieht und das Personal mit höheren Gehältern und besseren Arbeitsbedingungen anzuwerben und stärker zu binden.

Begründung:

Immer wieder kommt es bei den Stadt- und Straßenbahnen der VGF zu Ausfällen aufgrund von Personalmangel. In 2023 hat die VGF über mehrere Monate hinweg zwei Straßenbahnlinien wegen hohem Krankenstand zum Teil eingestellt. Auch Sauberkeit, Sicherheit, Verkehrsmanagement, der Kundenservice und die rollende sowie ortsfeste Infrastruktur leiden unter zu wenig Personal der VGF. Um dem entgegen wirken zu können, muss die Stadt Frankfurt mehr Mittel für Personal im Haushalt bereitstellen. Zugleich werden in wenigen Jahren zahlreiche Mitarbeiter*innen der VGF absehbar in den verdienten Ruhestand gehen. Um die Personaldecke nicht einbrechen zu lassen, sondern sie im Gegenteil auszubauen, muss der Beruf deutlich an Attraktivität hinzugewinnen. Dafür braucht es vor allem höhere Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Wohnen

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

ABG Holding: Investieren statt städtischen Haushalt füllen

Produktbereich: 17 Wohnen
Produktgruppe: 17.01 Wohnen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Überschüsse der ABG Frankfurt Holding werden nicht an den städtischen Haushalt ausgeschüttet, sondern für den Bau von geförderten Mietwohnungen verwendet. Mindestens die Hälfte der Wohnungen entsteht im ersten Förderweg. Die Mietpreise werden dauerhaft auf dem Niveau des jeweiligen Förderprogramms erhalten.

Begründung:

In Frankfurt fehlt bezahlbarer Wohnraum. Die ABG Frankfurt Holding will laut Finanzplan für das Jahr 2023 8,317 Millionen Euro an die Stadt überweisen. Tatsächlich steht diese Praxis insgesamt, sowie Rücklagenbildung in dreistelliger Millionenhöhe und hohe Gewinne zu erwirtschaften, mit den Zielen der ABG in Konflikt.

Als stadteneigene Wohnungsgesellschaft sollte die ABG – statt der Gewinnerwirtschaftung und -ausschüttung – neue Wohnungen mit bezahlbaren Mieten bauen und die Mieten in ihren bestehenden Wohnungen senken. Dies fordert auch das Bürger*innenbegehren Mietentscheid Frankfurt, für das bis Januar 2018 insgesamt 25.000 Frankfurter*innen unterschrieben haben und dessen Durchführung als Bürger*innenentscheid der Magistrat seitdem verzögert.

Allein auf der Warteliste für Sozialwohnungen des Amtes für Wohnungswesen stehen laut Tätigkeitsbericht 8.973 Haushalte (Zahl vom 31.12.2020).

Um diese Personen mit Wohnungen zu versorgen, muss die ABG in Zukunft dringend mehr Sozialwohnungen bauen, die dauerhaft zu einem Mietpreis von 5 bis maximal 6,50 Euro pro Quadratmeter vermietet werden. So ist es im sozialen Wohnungsbau im ersten Förderweg der Stadt Frankfurt üblich.

Die geschaffenen Wohnungen stehen dauerhaft für Mieten deutlich unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zur Verfügung. Ein langfristiger Effekt der Förderung wird durch eine unbefristete Dauer der Mietpreisbindung sichergestellt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Maximal ein Drittel des Einkommens für Miete – Mietzuzahlung einführen

Produktbereich: 17 Wohnen
Produktgruppe: 17.01 Wohnen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Haushalt 2023 werden Mittel für Zuschüsse eingestellt, die an Bewohner*innen von geförderten Wohnungen ausbezahlt werden, sofern diese mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete aufwenden.
2. Beim Amt für Wohnungswesen werden entsprechend Stellen geschaffen, um die Verwaltung der Mietzuzahlung zu ermöglichen.

Begründung:

Mietzuzahlungen gewährleisten, dass sich Mieter*innen von geförderten Wohnungen die Miete tatsächlich leisten können. In Graz wird dies unter dem Namen Mietzinszuschläge seit mehr als 20 Jahren erfolgreich umgesetzt. Knapp die Hälfte der Frankfurter Haushalte muss 30 Prozent oder mehr des Bruttoeinkommens für die Miete aufbringen (vgl. Studie der Hans-Böckler-Stiftung 2021: Die Verfestigung sozialer Wohnversorgungsprobleme, S. 108). Lohnanstiege konnten in den letzten Jahren keineswegs mit dem Anstieg der Wohnkosten Schritt halten (vgl. Immoconcept Wohnungsmarkt Studie 2020). Besonders

für Senior*innen, Studierende und Familien mit Migrationshintergrund ist die Mietbelastung in Frankfurt oft zu hoch (vgl. Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring 2017).

Die mittlere Mietbelastungsquote in Frankfurt liegt bei 30,2 Prozent (Studie der Hans-Böckler-Stiftung 2021: Die Verfestigung sozialer Wohnversorgungsprobleme, S. 108). Etwa ein Viertel der Mieter*innen müssen 40 Prozent und oder sogar mehr ihres verfügbaren Einkommens für die Miete aufbringen (Ergebnisse der Umfrage Leben in Frankfurt 2022: S. 21). Menschen, die weniger als 1.700 Euro im Monat zur Verfügung haben, müssen durchschnittlich 54 Prozent für die Miete aufwenden (vgl. ebd.).

Mietbelastungen von mehr als einem Drittel des Einkommens werden als nicht leistbar angesehen. Zuzahlungen, auch schon in relativ geringen Höhen, machen einen deutlichen Unterschied in der Lebensrealität der Bewohner*innen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Soziales

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Sanierung öffentlicher Spielplätze

Produktbereich: 18 Soziales

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 ff. werden Mittel eingestellt, um die Instandsetzung und Sanierung der öffentlichen Spielplätze zu gewährleisten und diese für die Nutzung in den Sommermonaten mit ausreichendem Sonnenschutz zu versehen. Darüber hinaus sind bei Sanierungen die Bedürfnisse von beeinträchtigten Kindern und Eltern im Sinne des Artikel 2 der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Behindertenrechtskonvention mit zu berücksichtigen.

Begründung:

Schon im Sommer 2021 war der Jahresetat der Stadt für die Instandsetzung der öffentlichen Spielplätze ausgeschöpft. Dies hat zur Folge, dass stadtweit immer mehr Spielgeräte defekt sind und auch bleiben. Darüber hinaus fehlt auf vielen Spielplätzen im Stadtgebiet ein ausreichender Sonnenschutz. Für Kinder bedeutet dies eine Verletzungsgefahr durch heiße Rutschen, heißen Sand und gesundheitliche Beeinträchtigungen durch einen möglichen Sonnenstich oder Sonnenbrand. Unbrauchbare Geräte stellen mitunter eine Gefahr für die Kinder dar, auch weil die Absperrungen meist nur provisorisch aufgestellt werden und teils eine Benutzung nicht verhindern. Das macht Spielplätze unattraktiv oder sogar für Kinder

gefährlich. Diesen Zustand gilt es in einer Stadt, in der viele Bewohner*innen auf Spielplätze und Parks angewiesen sind, so schnell wie möglich zu beseitigen.

Öffentliche Spielplätze sind für viele Familien ein wichtiges kostenloses Freizeitangebot, auf denen Kinder ihrem Bewegungsbedürfnis nachgehen können. Auch haben Spielplätze als Treffpunkte eine enorme soziale Bedeutung für Kinder und Eltern, da hier der Austausch mit anderen Familien stattfindet. All das macht Spielplätze zu wichtigen sozialen Orten im Quartier.

Im Zuge der Sanierung von Spielplätzen sind darüber hinaus auch die Bedürfnisse von beeinträchtigten Kindern und Eltern (siehe Art 2. UN-Kinderrechtskonvention, UN-Behindertenrechtskonvention) mit zu berücksichtigen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Arbeitsbedingungen von Hebammen verbessern

Produktbereich: 18 Soziales
19 Gesundheit
98 Zentrale Finanzwirtschaft

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 ff. werden ausreichende Mittel bereitgestellt und der Stellenplan entsprechend geändert, um folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Die Stadt Frankfurt schafft eigene Planstellen, um Hebammen fest anzustellen. Mit der Festanstellung gelten für die Hebammen u.a. Tariflöhne, geregelte Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub sowie ein kollektiver Versicherungsschutz. Zentral könnten diese „städtischen Hebammen“ an das Klinikum Frankfurt Höchst angegliedert werden.
2. Die von der Stadt Frankfurt fest angestellten Hebammen bieten in den Stadtteilen Vorsorge und Wochenbettbegleitung sowie Kurse wie zum Beispiel Geburtsvorbereitung etc. an.

Begründung:

Auch in Frankfurt haben werdende Eltern große Probleme, für die Schwangerschaftsvorsorge, die Geburtshilfe und die Nachsorge nach der Geburt eine Hebamme oder einen Entbindungspfleger zu finden. Der Anspruch vor allem auf die nachgeburtliche häusliche Betreuung von bis zu 16 Hausbesuchen durch eine Hebamme kann oftmals nicht realisiert werden.

Zur Beseitigung der Unterversorgung durch Hebammen muss die Stadt selbst zur Arbeitgeberin werden. Durch die Festanstellung sorgt die Stadt für verbesserte Arbeitsbedingungen. Geregelte Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub sowie ein kollektiver Versicherungsschutz geben den Hebammen Sicherheit und machen den Beruf wieder attraktiv.

Eine gute Versorgung mit Hebammen gehört zur Grundversorgung der Bevölkerung.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Bibliotheken kostenfrei benutzen

Produktbereich: 18 Soziales
21 Kultur

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt verzichtet auf die Erhebung eines Jahresausleihentgelts für die Nutzung der Stadtbücherei. Im Haushalt 2023 werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um die Einnahmeausfälle auszugleichen.

Begründung:

Auch im digitalen Zeitalter sind Bibliotheken ein wichtiger Zugang zu Informationen, Bildung und Wissen. Vor allem aber sind es Orte für Menschen und ihre Begegnungen, nicht nur für Bücher. Von diesem Zugang darf niemand aufgrund der persönlichen finanziellen Situation ausgeschlossen werden. Tatsächlich sind viele von Armut betroffene Bürger*innen der Stadt Frankfurt nicht im Besitz des Frankfurt-Passes und deswegen von der Nutzung ausgeschlossen.

Mit dem Verzicht auf das Jahresausleihentgelt der Stadtbücherei wird diese Beschränkung beseitigt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Boardinghouse schaffen

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um eine zentral gelegene kommunale Unterkunft, ein sog. „Boardinghouse“, für mobile Arbeitnehmer*innen aus dem EU-Ausland einzurichten, wie es auch der Koalitionsvertrag vorsieht. Das Konzept für die kommunale Unterkunft ist in Zusammenarbeit mit in diesem Bereich aktiven Initiativen zu erarbeiten.

Begründung:

In Frankfurt halten sich viele mobile Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Ländern auf. Sie verdienen ihr Geld als Tagelöhner oder sind anderweitig prekär beschäftigt. Oftmals sind ihre Arbeitsverhältnisse dadurch gekennzeichnet, dass sie sehr wenig Lohn erhalten oder dieser ihnen sogar vorenthalten wird, sie keinen Urlaub oder Krankengeld bekommen, keinen Versicherungsschutz besitzen und durch ihre Einkommenssituation in menschenunwürdigen Unterkünften wohnen oder obdachlos sind.

Durch das Fehlen einer festen Meldeadresse haben mobile Arbeitnehmer*innen kaum die Chance auf ein besseres Arbeitsverhältnis. Sie bleiben so oft dauerhaft Opfer skrupelloser und krimineller Arbeitgeber*innen. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Bedarfsanalyse über die Situation wohnungsloser EU-Zuwander*innen in Frankfurt.

Hier besteht dringend kommunaler Handlungsbedarf. In einem kommunalen Boardinghouse können die betroffenen Menschen niedrighschwellig und für einen geringen Betrag ein Zimmer mieten. Somit hätten sie eine Postadresse, die Möglichkeit, sich ordentlich zu versorgen, und wären nicht länger der Obdachlosigkeit oder ausbeuterischen Vermieter*innen ausgeliefert.

In Zusammenarbeit mit den in diesem Bereich bereits aktiven Initiativen könnten die mobilen Arbeitnehmer*innen im Boardinghouse arbeitsrechtlich beraten werden sowie Informationen bezüglich ihrer gesundheitlichen Versorgung erhalten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Frankfurt-Pass anpassen

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Einkommensgrenzen für den Erhalt des "Frankfurt-Passes" werden der Kosten- und Preisentwicklung angepasst. Die derzeitigen Einkommensgrenzen werden um 25 Prozent erhöht:
 - 1-Personenhaushalt von 976,00 Euro netto auf 1.220,00 Euro
 - 2-Personenhaushalt von 1.264,00 Euro netto auf 1.580,00 Euro
 - 3-Personenhaushalt von 1.550,00 Euro netto auf 1.937,50 Euro
 - 4-Personenhaushalt von 1.838,00 Euro netto auf 2.297,50 Euro
 - 5-Personenhaushalt von 2.126,00 Euro netto auf 2.657,50 Euro

und erhöhen sich für jedes weitere Mitglied der Haushaltsgemeinschaft von derzeit 288,00 Euro auf 360,00 Euro netto. Der Frankfurt-Pass gilt für alle Leistungsberechtigten gleichermaßen für die Dauer von 12 Monaten. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

2. Die Ausweitung des Leistungsangebots - insbesondere die Erweiterung der Ermäßigung in den Bereichen:
 - a. ÖPNV - Zeitkarten - Tarifzone 50 und
 - b. Erweiterung der Ermäßigung für das Kursangebot der VHS

wird geprüft.

Begründung:

Der Frankfurt-Pass soll Frankfurter*innen mit niedrigem Einkommen die gesellschaftliche Teilhabe durch Vergünstigungen ermöglichen. Um dies zu gewährleisten, bedarf es einer Anpassung der Einkommensgrenzen, die zum Erhalt des Frankfurt-Passes berechtigen.

Diese Anhebung um 25 Prozent trägt den hohen Mieten, Energie- und Lebenshaltungskosten Rechnung. So beträgt bei Angebotsmieten die Durchschnittsmiete pro Quadratmeter in Frankfurt über 16 Euro. Bei der „Einkommensberechnung werden individuelle Belastungen wie z.B. Miete, Heizung, Kreditraten usw.“ laut Merkblatt zum Frankfurt-Pass jedoch nicht berücksichtigt. Bei einem Einkommen von 976 Euro bleibt demnach nicht viel übrig.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Programm „Aktive Nachbarschaft“ auf Jugendliche ausweiten

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 ff. werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um in allen Stadtteilen ein Jugendquartiersmanagement einzurichten. Jedes Jugendquartiersmanagement erhält ein eigenes Budget, über das es frei verfügen kann.

Das Jugendquartiersmanagement unterstützt die Jugendlichen bei deren Vorhaben finanziell und stellt ihnen nach Bedarf Räumlichkeiten zur Verfügung.

Begründung:

Partizipation ist eins der offiziellen Qualitätskriterien für die offene Kinder- und Jugendarbeit in Frankfurt am Main und bedarf daher besonderer Beachtung.

Die Europäische Studie „PARTISPACE: Orte und Stile von Partizipation. Formale, non-formale und informelle Möglichkeiten der Partizipation junger Menschen“, die neben sieben anderen Städten auch in Frankfurt durchgeführt wurde, kommt zum Ergebnis, dass die Stadt Frankfurt Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehr Räume zur Aneignung zur Verfügung stellen muss, die diese entsprechend ihrer jugendkulturellen Stile gestalten können.

Um dies zu ermöglichen, bedarf es eines Jugendquartiersmanagements. Während das „Frankfurter Programm - Aktive Nachbarschaft“ mit seinen Quartiersmanagements das Ziel hat, die Wohn- und Lebenssituation und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu verbessern, richtet sich das Jugendquartiersmanagement an die Jugend eines Stadtteils.

Ziel ist es, die Jugendlichen in ihrer Partizipation zu unterstützen. Partizipation bedeutet dabei mehr als die vorgegebenen institutionellen Formen oder Möglichkeiten, die ihnen Erwachsene zur Verfügung stellen. Vielmehr bedarf es einer Anerkennung jugendlicher Partizipationsversuche und Praktiken im öffentlichen Raum und den damit einhergehenden Konflikten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2023**

Senior*innenermäßigung für Rentner*innen in Frankfurt

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die nötigen Haushaltsmittel werden bereitgestellt, um eine Senior*innenermäßigung für Rentner*innen in Frankfurt zu finanzieren. Mit dem Rentennachweis soll eine Nutzung des RMV zum halben Fahrpreis bei Einzel- und Tagesfahrkarten und der Besuch von Palmengarten, Zoo, Schwimmbädern und den städtischen Museen zu halben Eintrittspreisen ermöglicht werden.

Begründung:

Bisher gibt es nur für Senior*innen die von Grundsicherung leben, die Möglichkeit den RMV vergünstigt zu nutzen und kulturelle Einrichtungen mit reduzierten Eintrittspreisen zu besuchen. Durch steigende Mieten, Energiekosten und Preise werden aber auch zunehmend Senior*innen von Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, deren Rente knapp über dem Grundsicherungssatz liegt. In vielen deutschen Städten gibt es derartige Ermäßigungen für ältere Mitbürger*innen. Frankfurt sollte sich diesen guten Beispielen anschließen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Kommunales Beschäftigungsprogramm – Investition in die Zukunft

Produktbereich: 18 Soziales
32 Personal und Organisation

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Frankfurt am Main legt in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, um Stellen zu schaffen, damit mehr Menschen die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Diese Stellen werden tarifvertraglich begründet.
2. Die auf diesem Wege neu zu schaffenden Arbeitsplätze dienen auch der Erfüllung zusätzlicher, gemeinnütziger Aufgaben, die nicht durch öffentliche Dienstleistungen abgedeckt werden und aufgrund mangelnder Gewinnerwartungen von privatwirtschaftlichen, profitorientierten Anbietern nicht erbracht werden. Dazu können Stadtentwicklungsprojekte, eine Verbesserung der Nahversorgung, Unterstützung in Bereichen der Kinder-, Senioren- und Familienhilfe sowie soziale und kulturelle Projekte zählen.

3. Die Betreuung und Begleitung von Erwerbslosen und die Vermittlung besonders von Langzeitarbeitslosen in gute Arbeit braucht gutes Personal. Deshalb: Stellenausbau statt Stellenkürzungen beim Jobcenter Frankfurt! Die Beauftragung Dritter und die Förderung privater Arbeitsvermittler ist dagegen einzustellen.

Begründung:

Die Ursachen für Armut sind nicht zuletzt Folgen einer verfehlten Politik, die sich nicht an sozialer Verteilungsgerechtigkeit orientiert. Die Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Hartz-Gesetzgebung sind ein krasses Beispiel hierfür: Sie haben Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt und zu einer Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse geführt, zu Zeit- und Leiharbeit, einem wachsenden Niedriglohnsektor und immer weiter steigendem Druck auf das Lohngefüge.

Vollzeitbeschäftigung in einem sozialversicherungspflichtigen, unbefristeten Arbeitsverhältnis mit angemessener Entlohnung wird immer mehr zurückgedrängt. Die Mittelschicht schrumpft, die Zahl derjenigen, die von ihrer Arbeit allein nicht mehr leben können oder bereits vollständig auf Transferleistungen angewiesen sind, wächst. Nicht nur durch die Corona-Pandemie und damit einhergehende wirtschaftlichen Folgen geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Dies ist eine Tatsache, die mittlerweile statistisch nicht mehr schönzurechnen und durch Herumpfuschiereien an Armutsberichten auch nicht mehr zu verharmlosen ist.

Dies schlägt sich erheblich in den Kommunen nieder: Nicht nur im städtischen Haushalt, der durch steigende Pflichtleistungen belastet wird, sondern auch in einer immer stärker segregierten Gesellschaft. Es darf nicht sein, dass Menschen sich eine Teilhabe am Leben in der Stadt nicht mehr leisten können. Auch für die Stadtgemeinschaft bedeutet dies eine Verarmung. Diese Menschen fehlen im öffentlichen Leben und in Diskussionsprozessen.

Städte und Gemeinden können zwar die oben beschriebene Bundesgesetzgebung nicht direkt beeinflussen, sollten aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten daran arbeiten, der sozialen Spaltung auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken: Der dritte Arbeitsmarkt bietet eine Chance hierzu. Deshalb fordert DIE LINKE. den Wiedereinstieg der Kommune in einen kommunalen, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In den Haushalt 2023ff werden die notwendigen Mittel eingestellt, um im Namen der Stadt Frankfurt die Finanzierung des laufenden Betriebs eines Seenotrettungsschiffs zu übernehmen, das im Mittelmeer in Seenot geratene Menschen vor dem Ertrinken rettet.
2. Die Stadt Frankfurt setzt sich bei der Innenministerin des Bundes dafür ein, dass die von diesem Schiff Geretteten in Frankfurt aufgenommen werden können.

Begründung:

Bei der Debatte zum „Sicheren Hafen“ in der Plenarsitzung am 29. August 2019 erklärte Stadträtin Sylvia Weber, das Sterben im Mittelmeer müsse aufhören, und zwar so schnell wie möglich. Frankfurt dürfe sich nicht hinter der Untätigkeit höherer politischer Ebenen verstecken, denn als Kommune stehe man mit in der Verantwortung. Zur Rettung Geflüchteter brauche es eine funktionierende Seenotrettung, die ihren Namen auch verdiene. Die Bereitschaft, die geretteten Menschen aufzunehmen, sei das stärkste Instrument und das stärkste Argument, das Kommunen in diesem Zusammenhang hätten.

Wenig später, am 27. September 2019, brachte Frau Dezernentin Weber anlässlich einer öffentlichen Diskussionsrunde zur „Sicheren Hafenstadt Frankfurt“ im Haus am Dom die Übernahme einer Patenschaft der Stadt Frankfurt für ein Rettungsschiff ins Spiel. Neben einer finanziellen Zuwendung müsse damit auch die Zusage verbunden sein, die Geretteten genau dieses Schiffes in Frankfurt aufzunehmen.

Bislang hat die Stadt Frankfurt lediglich die Anschaffung eines zusätzlichen Rettungsbeiboots der „Sea-Eye 4“ finanziert. Das ist gut, entspricht aber nicht der in klaren Worten in Aussicht gestellten Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff.

Mit ihrer Erklärung zum „Sicheren Hafen“ hat die Stadt Frankfurt zusammen mit zahlreichen weiteren Kommunen und Bundesländern in ganz Deutschland die Bereitschaft signalisiert, das Sterben im Mittelmeer zu beenden und aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Da Frankfurt die zusätzliche Aufnahme in ihrem Beschluss aber an die in Deutschland und Hessen geltenden Regeln gebunden hat, konnte bislang kein einziger aus Seenot geretteter Mensch aufgenommen werden. Das Ansinnen scheitert weiterhin an der Blockade durch das Bundesinnenministerium. Dagegen demonstrieren seit Jahren hunderttausende Menschen und fordern unter *#WirhabenPlatz*, dass Städte selbst über Aufnahmen entscheiden können.

Um der bislang also nur symbolischen Erklärung zum „Sicheren Hafen“ weitere tatsächliche Hilfeleistungen folgen zu lassen, ist es an der Zeit, dass die Stadt Frankfurt im Mittelmeer ein eigenes Seenotrettungsschiff in See stechen lässt. Darin würde die Stadt es der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) gleichtun, die Ende 2019 mit dem Kauf eines Seenotrettungsschiffs unter *#WirschickeneinSchiff* ein politisches Signal für die Seenotrettung und die Aufnahme Geretteter gesetzt hat.

Wie die EKD könnte die Stadt Frankfurt die Patenschaft für ein Schiff einer der zahlreichen zivilen Seenotrettungsorganisationen übernehmen, um deren Eintreten für das grundlegendste Menschenrecht auf Leben zu unterstützen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Einrichtung einer Monitoringstelle

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Gemäß der Vorgaben des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (im Sprachgebrauch: „Istanbul-Konvention“) richtet die Stadt umgehend eine ständige Monitoringstelle ein zur Evaluierung und zur Erforschung der von der Stadt getroffenen Maßnahmen i. S. d. Istanbul-Konvention.
2. Für die Koordinierung der Monitoringstelle stellt die Stadt dauerhaft die dafür erforderlichen Mittel (wie zum Beispiel die personelle Besetzung, Sachkosten und die Räumlichkeiten) zur Verfügung.
3. Bei der personellen Besetzung ist der Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes in dynamischer Form anzuwenden.
4. Gemäß den Ausführungen der Istanbul-Konvention (u. a. im Artikel 11) arbeitet die Monitoringstelle unabhängig von städtischen Weisungen und bezieht die einschlägigen Hilfs- und Beratungsorganisationen, die Wissens- und Zivilgesellschaft ein.

5. Für die Mitarbeit in der Monitoringstelle durch Nichtregierungsorganisationen bzw. die Zivilgesellschaft (Evaluierung der von der Koordinierungsstelle erhobenen Daten, Erforschung des Erfolgs der getroffenen Maßnahmen, Empfehlungen für andere oder weitere Maßnahmen, Berichte an GREVIO¹ und Veröffentlichung der Evaluierungs- und Forschungsergebnisse) werden entsprechende Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Die Istanbul-Konvention verlangt u. a. die bedeutende Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen bzw. der Zivilgesellschaft (u. a. Artikel 9 und 11). Wie bei anderen Menschenrechtsverträgen üblich muss auch die Monitoringstelle zur Istanbul-Konvention unabhängig arbeiten können.

Dies fordert nicht nur ein bundesweites Bündnis namhafter Frauen*organisationen, die auch an der Erstellung des sog. „Schattenberichts“ zu den Maßnahmen der Umsetzung arbeiten, sondern es sind auch die Empfehlungen der Expert*innen des von der Bundesregierung finanzierten „Deutschen Instituts für Menschenrechte“. Überdies ist es Beschlusslage der GFMK (Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder) aus 2018 und 2019.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

¹ GREVIO ist das 15-köpfige Gremium des Europarats, das die Umsetzung der Konvention und den Erfolg der Maßnahmen in den Ländern des Europarats überwacht, welche die Istanbul-Konvention ratifiziert haben. Es berichtet dem Europarat über den Erfolg der Maßnahmen in den Ländern.

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2023**

**Förderung für Frauen in Bewegung Kampfkunst und
Bewegung Frankfurt e.V.: Gewalt gegen Frauen* und Mädchen*
bekämpfen und Istanbul-Konvention umsetzen**

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß der Vorgaben des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (im Sprachgebrauch: „Istanbul-Konvention“) fördert die Stadt den Verein „Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung Frankfurt e.V.“ mit 50.000 Euro jährlich.

Begründung:

Die Istanbul-Konvention verlangt Maßnahmen zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt und da der Verein Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung e.V. Selbstverteidigungsprogramme für Frauen* und Mädchen* als Gewaltschutz anbietet, ist eine kommunale Förderung dessen zu leisten.

Im Oktober 2017 hat Deutschland die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt ratifiziert, die am 1. Februar 2018 in Kraft

trat. Laut Europarat ist Gewalt gegen Frauen* eine Verletzung der Menschenrechte und eine brutale Form von Diskriminierung. Programme und Aktivitäten zur Stärkung der Rechte der Frauen* sollen insbesondere in den Kommunen umgesetzt und gefördert werden.

Die Stadt Frankfurt beschloss 2020 im Rahmen der Istanbul Konvention die Präventionsarbeit des Vereins Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung e.V. zu fördern, um Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* durch frühzeitiges Empowerment bereits im Vorfeld zu verhindern.

Der Verein, der 1985 von einer Schwarzen-Deutschen Frau und einer US-Amerikanerin gegründet wurde, bietet einen Schutzraum für Frauen* und Mädchen* ab vier Jahren und leistet seitdem durchgehend Gewaltpräventionsarbeit und feministisches anti-rassistisches Empowerment-Training. Unabhängig von Hautfarben, Nationalitäten, Religionen, sexuellen Orientierungen sowie körperlichen und geistigen Fähigkeiten, entdecken Frauen* und Mädchen* gemeinsam ihre Stärken und bauen ihr Selbstbewusstsein aus. Mehr als Hunderttausende von Frauen*, Mädchen*, Kindern und Eltern haben seit der Vereinsgründung an den Präventionskursen von Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung e.V. teilgenommen.

Die Gewaltpräventionsarbeit ist wichtiger als je zuvor, da laut der Auswertung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) vom November 2022 die Gewalt in Partnerschaften innerhalb der letzten fünf Jahre um 3,4 Prozent gestiegen ist. Hierbei handelt es sich nur um Straftaten, die polizeilich erfasst wurden. Es wird vermutet, dass die Pandemie die Möglichkeiten zur Anzeige der Straftaten durch die Betroffenen und die Aufdeckung durch Dritte eingeschränkt hat und die Dunkelziffer weit höher liegt. Auswertungen des Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ zeigt 2021 einen Anstieg der Beratungskontakte während des Corona-Lockdowns um etwa mehr als fünf Prozent zum Vorjahr¹. Um eine kontinuierliche und effektive Gewaltprävention leisten zu können, meldet Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung e.V. mit diesem Antrag, den Bedarf an institutioneller, finanzieller Unterstützung für Empowerment- und Gewaltpräventionsprogramme für Mädchen* und Frauen* an.

Die beiden Corona-Lockdowns haben die Arbeit des Vereins deutlich verändert. Durch innovative Methoden hat der Verein sowohl mehrere zehntausende Menschen mit Gewaltpräventionsinformation erreicht als auch die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder behalten. Der Verein hat trotz Pandemie seine wichtige Empowerment-Arbeit so gut wie möglich fortgesetzt. Für den Wiederaufbau, die Stabilität und Kontinuität der wichtigen

¹ (Quelle: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/11/bka-partnerschaftsgewalt.html>)

Gewaltpräventionsarbeit sind mehrere Stellen und eine langfristige und dauerhafte institutionelle Förderung nötig.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Städtische Kampagne zur Beseitigung von Geschlechterstereotypen

Produktbereich:	18	Soziales
Produktgruppe:	18.01	Leistungen des Jugend- und Sozialamtes
Produktbereich:	10	Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten
Produktgruppe:	10.04	Gleichberechtigung für Bürgerinnen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß den Vorgaben des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (im Sprachgebrauch: „Istanbul-Konvention“) entwickelt und finanziert die Stadt eine fortlaufende Kampagne zur Beseitigung von Geschlechterstereotypen als Beitrag zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* mit 50.000 Euro jährlich. Bei der Kampagne sind die betroffenen Berufsgruppen i.S.d. Istanbul-Konvention mit einzubeziehen. Gemäß der Istanbul-Konvention unterliegt diese Kampagne keinem Haushaltsvorbehalt.

Begründung:

Im Oktober 2017 hat Deutschland die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt ratifiziert, die am 1. Februar 2018 in Kraft

trat. Laut der EU ist Gewalt gegen Frauen* eine Verletzung der Menschenrechte und eine brutale Form von Diskriminierung. Programme und Aktivitäten zur Stärkung der Rechte der Frauen* und Mädchen* sollen insbesondere in den Kommunen umgesetzt und gefördert werden. Art. 12 der Istanbul-Konvention fordert ausdrücklich, dass die Vertragsparteien die erforderlichen Maßnahmen treffen, um Veränderungen von sozialen und kulturellen Verhaltensmustern von Frauen* und Männern* mit dem Ziel zu bewirken, Vorurteile, Bräuche, Traditionen und alle sonstigen Vorgehensweisen, die auf der Vorstellung der Unterlegenheit der Frau* oder auf Rollenzuweisungen für Frauen* und Männer* beruhen, zu beseitigen.

Neben der Istanbul-Konvention sehen auch wichtige internationale Verträge wie die UN-Frauenrechts-Konvention CEDAW zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung von Frauen* die sexualisierte Gewaltausübung als ein Hindernis auf dem Weg zu einer gleichgestellten Gesellschaft. Als eine wichtige Ursache wird die Existenz von Geschlechterstereotypen (Rollenklischees) benannt. Ausdrücklich fordern die internationalen verbindlichen Verträge, zu denen sich auch Deutschland verpflichtet hat, die Aufdeckung und Bekämpfung von Geschlechterstereotypen, damit sowohl die sexualisierte Gewaltausübung in allen Ausprägungen bekämpft wird als auch Gerichtsurteile möglichst vorurteilsfrei ausfallen und es zu keiner Täter*-/Opfer*-Umkehr kommt.

Auch die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ vom Rat der Europäischen Gemeinden und Regionalregierungen Europas RGRE verpflichtet die unterzeichnenden Länder und Kommunen ausdrücklich, entsprechende Aktionen und Kampagnen durchzuführen (Art. 6). Gerade Frankfurt am Main ist stolz darauf, als erste Einzelstadt Deutschlands die Europäische Gleichstellungscharta unterschrieben zu haben. Nun müssen der Unterschrift die zugesicherten Maßnahmen folgen. Die Kampagne zur Beseitigung der Geschlechterstereotype kann sich nicht darin erschöpfen, eine Tagung durchzuführen, sondern ist als fortlaufende Kampagne zu verstehen, bis eine Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft erreicht ist.

Gerade auch im Sinne der Gewaltprävention besteht die Notwendigkeit, sich die Rollenklischees anzusehen, die mit den verschiedenen Geschlechtern verbunden werden. Aus den Erkenntnissen lassen sich Forderungen, z. B. nach Fortbildung und Sensibilisierung betroffener Berufsgruppen, wie in Polizei, Justiz und weiteren Berufen, ableiten. Eine fortlaufende Kampagne zur Beseitigung von Geschlechterstereotypen als Gewaltprävention ist daher notwendig.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller

Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit stärken

Produktbereich: 18 Soziales

Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die geplanten Kürzungen für Projekte der Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit für den Haushalt 2023 von 792.467,56 Euro auf 685.672 Euro werden nicht umgesetzt. Stattdessen werden ausreichend Mittel für den Haushalt 2023 ff. bereitgestellt, um eine vollumfängliche Arbeit in den Projekten der Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit sicherzustellen, und diese auszubauen.

Begründung:

Bei Projekten der Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit sollen über 100.000 Euro pro Jahr im Vergleich zum Jahr 2021 eingespart werden. So wird die Summe von 792.467,56 Euro auf 685.672 Euro reduziert.

Dies ist bezogen auf die Erfahrungen und Folgen der Corona-Pandemie für die Kinder und Jugendliche nicht nachvollziehbar. Die Aufsuchende Jugendarbeit richtet sich gerade an alle Kinder und Jugendlichen im Stadtgebiet, die von Jugendfreizeiteinrichtungen nicht erreicht werden. Um die Lebenssituation dieser Kinder und Jugendlichen nachhaltig zu

verbessern und diese in ihrer Entwicklung zu fördern, benötigt die Stadt vielmehr eine Stärkung und Ausbau der Aufsuchende Jugendarbeit. So kann diesen Kindern und Jugendlichen in schwierigen sozialen, persönlichen Lebenslagen, die durch die Folgen der Pandemie stark zugenommen haben, angemessen geholfen werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Erhöhung der Förderung für das FeM Mädchen*haus Frankfurt

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt beschließt eine Erhöhung der Fördermittel im Haushalt 2023 für das FeM Mädchen*haus Frankfurt.

1. Die Stadt beschließt folgende Zuschusserhöhungen:

- a) Im Zuschussbereich Mädchen*treff und Beratungsstelle, welcher über das Jugend- und Sozialamt bezuschusst wird, werden die Mittel um 135.000€ erhöht.
- b) Für den Zuschussbereich Onlineberatung, welcher durch das Frauenreferat gefördert wird, werden die Mittel um 60.000€ erhöht.

2. Die Stadt beschließt folgende zusätzliche Fördermittel:

- a) Zur Finanzierung der Personalkostensteigerungen werden zusätzliche Mittel in Höhe von jährlich 16.000€ eingestellt.
- b) Für eine weitere Stelle im Mädchen*treff werden jährlich 70.000€ eingestellt.
- c) Für eine weitere Stelle in der Beratungsstelle werden jährlich 100.000€ eingestellt.

Begründung:

Das FeM Mädchen*haus Frankfurt bietet Mädchen und jungen Frauen sowie trans-, inter- oder nicht-binären Personen Beratungs- und Therapieangebote, einen pädagogisch betreuten Freizeittreff, Empowerment etwa bei Rassismuserfahrungen, aber auch Zuflucht und Notunterkünfte bei sexualisierter, psychischer oder körperlicher Gewalt oder der Gefahr von Zwangsheirat. Rund 800 Mädchen sowie ca. 600 Fachpersonen nehmen diese unterschiedlichen Angeboten jährlich wahr. Die Notunterkunft, die die anonymisierte Zuflucht bietet, besitzt zehn Plätze und ist in der Regel voll belegt. Es ist die einzige anonymisierte Unterbringung für Mädchen* zwischen 12 und 17 Jahren in Frankfurt.

Die aktuellen Preissteigerungen aufgrund der galoppierenden Inflation und der Energiekrise treffen laut der Gesamtkoordinatorin des Vereins, Marion Luser, das FeM Mädchen*haus Frankfurt äußerst hart¹. Ebenso bedeuten die Tarifierhöhungen sowie die Steigerung der Honorarkosten der in Anspruch genommenen Dienstleister*innen einen zusätzlichen Finanzbedarf, der derzeit nicht gedeckt werden kann.

Daher hat das FeM Mädchen*haus Frankfurt bereits einen Antrag bei der Stadt auf Erhöhung der Zuwendungen gestellt, der allerdings vorab mit der Begründung, es sei kein Geld vorhanden, abgelehnt wurde (s. ebd.). Es gebe zwar für 2023 eine Erhöhung im Entgeltbereich der Zuflucht, die vom Landesjugendhilfeausschuss verhandelt wurde, von rund vier Prozent für Personalkosten und rund sieben Prozent für Sachkosten, aber das reiche bei Weitem nicht aus. In direkter Rücksprache der Fraktion DIE LINKE. im Römer mit dem Mädchen*haus wurde daher der hier beantragte Finanzbedarf ermittelt, den es mit kommunalen Geldern zu decken gilt.

Frankfurt als eine der reichsten deutschen Städte kann sich diese sozial- und genderpolitisch höchst wichtige Infrastruktur ohne Probleme leisten. Allein aufgrund der enormen Steigerung der städtischen Einnahmen durch die Gewerbesteuer ist die Ablehnung einer Mittelerhöhung für das FeM Mädchen*haus Frankfurt in keiner Weise zu rechtfertigen. In der Kommune wird definiert, was unabdingbar zur Daseinsvorsorge gehört und dass Gewaltschutz dazugehört, ist nicht verhandelbar. Diese Unterstützung zu unterlassen, wäre ein Verstoß gegen die Istanbul-Konvention, welche Mädchen und junge Frauen ausdrücklich in Schutzmaßnahmen und Präventionsarbeit einschließt. Die Istanbul-Konvention schließt ebenso ausdrücklich einen Haushaltsvorbehalt gegen diese Maßnahmen aus. Die Maßnahmen sind vielmehr zwingend einzuhalten. Eine Zurückweisung würde daher einen Verstoß bedeuten und müsste das GREVIO-Gremium interessieren.

¹ [«Es trifft uns mit voller Wucht» - Rosa-Luxemburg-Stiftung \(rosalux.de\)](https://www.rosalux.de/aktuelle-aktionen/2023/08/01/es-trifft-uns-mit-voller-wucht)

Aufgrund dessen ist es nicht nur notwendig, die aktuelle Arbeit des Vereins sicherzustellen und krisenfest zu machen, indem die finanziellen Mittel zur Bewältigung der gegenwärtigen Preissteigerungen zur Verfügung gestellt werden. Es ist ebenso Gebot der Stunde, die Erweiterung der Beratungs- und Schutzangebote an den berichteten, erhöhten Bedarf mit mehr Stellen anzupassen und zu finanzieren.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Frankfurter Familienbildungsstätten stärken

Produktbereich: 18 Soziales

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Zuschüsse für Sach- und Personalkosten werden im Bereich der Familienbildung dynamisiert und den jährlichen Vorgaben der hessischen Jugendhilfekommission angepasst.

Begründung:

Viele Familien in Frankfurt sind auf ein bedarfsorientiertes Unterstützungssystem angewiesen. Einen wichtigen Baustein bilden hierbei die Familienbildungsstätten. Sie unterstützen die Familien durch Präventionsarbeit und durch konkrete individuelle Beratungs- und Bildungsangebote und gehen dabei auf die unterschiedlichen Lebensphasen, Lebensformen und Lebenssituationen ein.

Seit 2008 hat die institutionelle Familienbildung keine strukturelle Erhöhung der Zuschüsse erfahren. Dies gefährdet gerade vor dem Hintergrund der hohen Inflation das Angebot dieser Einrichtungen. Die Familienbildung benötigt jedoch für ihre wertvolle Arbeit langfristige finanzielle Sicherheit. Darum müssen die Zuschüsse (Sach- und Personalkosten) dynamisiert werden, analog den jährlichen Vorgaben der hessischen Jugendhilfekommission.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2023**

**Förderung einer Sockelfinanzierung der IFF Trägerverbund
Initiative Frankfurter Frauenbildungsträger**

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden, auch im Angesicht der zu erwartenden Mehrkosten, insgesamt 500.000 Euro zur Sockelfinanzierung der IFF-Träger eingestellt, zusätzlich zur bestehenden Förderung des IFF Trägerverbunds Initiative Frankfurter Frauenbildungsträger.

Begründung:

In 2023 rechnet der IFF Trägerverbund Initiative Frankfurter Frauenbildungsträger (bestehend aus den fünf Trägern beramí e.V., jumpp Frauenbetriebe e.V., FAPRIK gGmbH, VbFF e.V. und Infrau e.V.) mit zusätzlichen Kosten von 10 bis 15 %, die zum Zeitpunkt seiner Antragstellung nicht absehbar waren und deshalb nicht in seinen Finanzplänen eingeplant werden konnten. Die Steigerung bezieht sich auf Preissteigerungen bei den Sachkosten wie z.B. Energie, allgemeine Nebenkosten und Tarifierhöhungen bei Personalkosten. Die Mehrkosten können aktuell bei keiner Finanzierungsart geltend gemacht werden.

Die Entwicklung der Mehrkosten muss in den Haushalt miteingerechnet werden, um den tatsächlichen finanziellen Mehrbedarf der Träger abzubilden. Als existenzsichernde Perspektive für die Träger, die wiederum als verlässliche Anlaufstellen für alle Zielgruppen gelten, benötigen diese insbesondere eine Sockelfinanzierung von 30-40% der Kosten für eine Geschäftsstelle, die immer da ist und somit ein verlässliches System der Kontaktnahme für die Zielgruppen sichert. Diese Kosten werden über einen Systemwechsel zu Pauschalen und Standardeinheitskosten in Projektfinanzierungen nicht mehr gedeckt. Dazu gehören Kosten für die Geschäftsführung, eine Verwaltungsstelle, eine Beraterin, Miet- und Nebenkosten für genanntes Personal, Reinigungskosten, Sachkosten für Anforderungen wie Qualitätsmanagement, Betriebsarzt bzw. -ärztin, Arbeitssicherheit und Datenschutz, IT-Infrastruktur, Büromaterial und weitere nicht direkt zuordenbare Kosten.

Für die Finanzierung einer Sockelfinanzierung eines Trägers wird von jährlich rund 100.000 Euro ausgegangen, abhängig von den jeweiligen tatsächlichen Kosten eines Trägers. Insgesamt beläuft sich damit der Bedarf an Finanzierungsaufstockung des IFF Trägerverbands auf 500.000 Euro. Diese Kosten müssen in Zukunft gedeckt und in die Haushaltsplanung miteinbezogen werden, um die notwendige Absicherung der nachhaltigen Angebote der Anlaufstellen des IFF zu gewährleisten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2023**

**Fortsetzung von Gewaltpräventionskursen an Frankfurter
Grundschulen durch Frauen in Bewegung Kampfkunst und
Bewegung Frankfurt e.V. (FIB)**

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß den Vorgaben des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (im Sprachgebrauch: „Istanbul Konvention“) fördert die Stadt den Verein „Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung Frankfurt e.V.“ mit 100.000 Euro jährlich zur Durchführung von Kursen zur Gewaltprävention für Grundschulmädchen.

Begründung:

Um eine kontinuierliche und effektive Gewaltprävention leisten zu können, meldet der Verein Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung e.V. (FIB) Bedarf auf Fortführung des Gewaltpräventionsprojektes für Mädchen an Frankfurter Grundschulen an. Laut EU ist Gewalt gegen Frauen eine Verletzung der Menschenrechte und eine brutale Form von Diskriminierung. Programme und Aktivitäten zur Stärkung der Rechte von Frauen sollen insbesondere in den Kommunen umgesetzt und gefördert werden. Deshalb beschloss die

Stadt Frankfurt im Rahmen der Istanbul Konvention, die im Oktober 2017 ratifiziert wurde und in Deutschland am 1. Februar 2018 in Kraft trat, die Kurse „sicher-stark-selbstbewusst Gewaltprävention für Grundschulmädchen“ des Vereins FIB zu fördern, um Gewalt gegen Mädchen durch frühzeitiges Empowerment bereits im Vorfeld zu verhindern.

Die WHO geht davon aus, dass in Deutschland ca. eine Million Kinder sexualisierte Gewalt erleben oder erlebt haben, das sind pro Schulklasse ein bis zwei Kinder. Umso wichtiger sind die Präventionsprogramme von Frauen in Bewegung Kampfkunst und Bewegung e.V., die darauf abzielen, Frauen und Mädchen zu stärken und sie zu befähigen, sich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt zu wehren. Mit den kostenlosen Kursen an Grundschulen können möglichst viele Mädchen erreicht werden – auch diejenigen, die von ihrem Elternhaus aus her sonst keinen Zugang zu solchen Programmen haben.

Die erste Priorität der Schulen nach den Corona-Schließungen war die Aufarbeitung der Lern- und Sozialdefizite der Kinder. Erst Ende 2022 hatten die Grundschulen Kapazitäten für die Durchführung von Gewaltpräventionstrainings, sodass FIB e.V. sieben Kurse von September bis Dezember durchführen konnte. Im Jahr 2023 stieg die Nachfrage nach den Kursen enorm an. Allein im Januar und Februar 2023 hat FIB e.V. bereits 18 Kurse durchgeführt oder organisiert. Auch der Frauenverein für Selbstverteidigung hat in diesem Jahr bereits mehrere Grundschulkurse durchgeführt oder in Aussicht gestellt.

Durch die Corona-Pandemie hat Frauen in Bewegung e.V. viele ihrer Lehrerinnen verloren, da diese wegen der Lockdowns andere Arbeiten annehmen mussten. Um die von der Stadt Frankfurt bereits 2020 beschlossenen, kostenlosen Gewaltpräventionskurse für Mädchen an Frankfurter Grundschulen realisieren zu können, bildete der Verein im Jahr 2022 in einem Intensivkurs mit über 60 Ausbildungsstunden acht neue Gewaltpräventionstrainerinnen für Grundschulmädchen aus. Weitere sechs Empowerment-Selbstverteidigungslehrerinnen erhielten eine 2-tägige Fortbildung in dem aktuellen „sicher-stark-selbstbewusst Gewaltprävention für Grundschulmädchen“ Kurskonzept.

Bisher wurden Gewaltpräventionskurse für Grundschulmädchen mit €25.000 pro Jahr gefördert. In den ersten drei Monaten im Jahr 2023 wurden insgesamt bereits 38 Kurse der geförderten 41 Kurse pro Jahr gebucht. Um möglichst alle Mädchen im Grundschulalter gegen sexualisierte Gewalt zu stärken, ist eine Fortsetzung und Erhöhung der Förderung von kostenlosen Gewaltpräventionskursen für Mädchen an Frankfurter Grundschulen durch die Stadt Frankfurt nötig. Mit den beantragten 100.000 Euro kann der hohe Bedarf an Gewaltpräventionskursen gedeckt werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Programm "Aktive Nachbarschaft" ausbauen

Produktbereich: 18 Soziales

Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend-und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um die noch fehlenden Stadtteile in das Programm "Aktive Nachbarschaft" aufzunehmen. Die mit dem Programm verbundenen Nachbarschaftsbüros werden regelhaft mit zwei Stellen für Quartiers-Manager*innen besetzt.

Begründung:

Ziel des Programms "Aktive Nachbarschaft" ist es, die Wohn- und Lebenssituation in Gebieten mit besonderem Entwicklungs- und Sanierungsbedarf zu verbessern und die Integration in die Stadtgesellschaft zu erleichtern. Wie wichtig die Arbeit der Quartiers-Manager*innen ist, wird im Magistratsbericht B 826 aus dem Jahr 2021 eindrücklich beschrieben. Dort heißt es unter anderem:

„Im Rahmen des Quartiersmanagements werden die Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort gestärkt und engagieren sich für ihre eigenen Bedarfe und Veränderungswünsche. Partizipation und Inklusion als Kernstrategien des Programms ermöglichen eine nachhaltige Integration und die Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld.“

Diese Vorteile sollten allen Menschen in Frankfurt zugutekommen. Dafür benötigt jeder Stadtteil ein personell gut aufgestelltes Nachbarschaftsbüro.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Zuschüsse der freien Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) endlich erhöhen

Produktbereich: 18 Soziales

Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 ff. werden ausreichende Mittel bereitgestellt um:

1. Die Tarifierhöhungen in der Finanzierung der freien Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit seit 2016 nachzuholen.
2. Ausreichende Sachkostenmittel entsprechend der steigenden Miet- und Energiekosten sowie allgemein Inflationsbedingt erhöhten Kosten bereit zu stellen.
3. Die Förderstrukturen dahingehend zu ändern, eine langfristige und ausreichende Finanzierung der freien Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu gewährleisten.

Begründung:

Seit 2016 protestieren die freien Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für eine ausreichende Finanzierung ihrer Arbeit. In einem Offenen Brief haben sich die Träger

erneut an die Stadtverordneten gewandt, um auf diesen jahrelangen Missstand aufmerksam zu machen. Darin heißt es:

„Seit 2016 wurde für die Finanzierung der Kinder- und Jugendeinrichtungen lediglich eine Anpassung von 3 Prozent vorgenommen, was bereits dem „Normalbedarf“ seit dem Jahr 2014 nicht gerecht wird. Bei stetig steigenden Kosten insbesondere Personalkosten bedeutet dies faktisch jährliche Kürzungen seit 7 Jahren. Die Einrichtungen sind gezwungen Personal einzusparen und entsprechend das Angebot zu reduzieren.

Die Einrichtungen der OKJA sowie die Einrichtungen der kulturellen Bildung und der Jugendberufshilfe, leisten in Frankfurt seit vielen Jahrzehnten einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zu Empowerment, Demokratiebildung, gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien in Frankfurt. Besonders beim gegenwärtigen Mangel an Stabilität, drohender Armut und Unsicherheiten bieten die Einrichtungen einen Ort, an dem jungen Menschen ganz individuell und entsprechend ihrer Bedarfe begegnet wird. Die Einrichtungen und Dienste der OKJA sind anerkanntermaßen ein Bestandteil der sozialen Infrastruktur Frankfurts: Die OKJA bietet sowohl für die Entwicklung des Gemeinwesens als auch zur Prävention von Problemlagen eine breite Palette fachliche differenzierter und erprobter Angebote sowie professionelle innovative Konzepte und Maßnahmen. Sie leistet damit wichtige Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung und Bildung, hat einen wesentlichen Anteil an der Vermeidung von Ausgrenzung sowie an der Integration von jungen Menschen und trägt damit in großem Maße zu sozialem Frieden in Frankfurt bei.

Das strukturelle Defizit fällt zu Lasten der Kinder und Jugendlichen Frankfurts aus. Das öffentlich finanzierte Regelangebot kann nur dann seine Wirksamkeit entfalten, wenn in den Einrichtungen ein Mindeststandard an personeller Abdeckung refinanziert wird. Dies ist jedoch aktuell nicht der Fall!“

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Hilfe für die Opfer des schweren Erdbebens in Nordsyrien

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Finanzierung der Reparatur eines durch das schwere Erdbeben vom 6. Februar 2023 beschädigten Wasserspeichers in der nordsyrischen Stadt Kobanê wird dem Frankfurter Verein „Städtefreundschaft Frankfurt-Kobanê e.V.“ eine Summe von 30.000 Euro bereitgestellt. Die Stadt Frankfurt bringt angesichts der verheerenden Auswirkungen des Erdbebens damit seine Verbundenheit mit den betroffenen Menschen und ihren in Frankfurt beheimateten Angehörigen und Freunden zum Ausdruck.

Begründung:

Angesichts der Schwere der Schäden durch das Erdbeben in Syrien und der Türkei ist dringende Hilfe nötig, die direkt und gezielt vor Ort bei den betroffenen Menschen ankommt und hilft deren Leid zu lindern. Gelegenheit dazu bietet die Wiederinstandsetzung des vom Erdbeben zerstörten Wasserspeichers von Kobanê.

Das Wasserwerk von Kobanê hat die Schäden an der Infrastruktur der Trinkwasserversorgung von Kobanê und Umgebung auf 310.000 US-Dollar (280.000 Euro) beziffert. Frankfurt könnte davon einen Teil der Kosten tragen und sollte dies in internationaler Solidarität leisten.

Mit dem Frankfurter Verein „Städtefreundschaft Frankfurt- Kobanê“ hat die Stadt Frankfurt dafür eine kompetente Trägerorganisation zur Hand. Der in Frankfurt ansässige Verein hat es sich seit seiner Gründung im Jahr 2016 zur Aufgabe gemacht, die Stadt Kobanê zu unterstützen. Sie wurde weltweit bekannt durch den Überfall und die erbarmungslose Belagerung des selbsternannten „Islamischen Staates“ (IS) und durch den ersten Sieg über den IS, der unter größten Opfern errungen wurde und das militärische Ende des IS einleitete. Dass wir in Frankfurt heute sicherer vor dem IS leben, haben wir auch der Stadt Kobanê und ihren Menschen zu verdanken.

Mit der Unterstützung bei der Behebung der Erdbebenschäden in Kobanê kann daher auch unser Dank und unsere Anerkennung zum Ausdruck gebracht werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Gesundheit

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Kommunaler Fonds für Leistungen im Gesundheitsbereich

Produktbereich: 19 Gesundheit
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt richtet ab dem Jahr 2023 einen kommunalen Gesundheitshilfefonds für Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II, Grundsicherung, Sozialhilfe und Senior*innen ein. Aus diesem Fonds können sowohl Einmalzahlungen im Sinne des § 24 Abs.3 SGB II, Krankenkostzulagen in Form von Pauschalleistungen und zweckgebundene Darlehen zur Vermeidung von akuten Notsituationen finanziert werden.

Hierfür werden ausreichende Finanzmittel in den Haushalt eingestellt. Bereits bestehende Mittel aus diesem Bereich, die im Rahmen der Frankfurter Richtlinien derzeit für Sozialhilfeempfänger*innen gezahlt werden, fließen in diesen Fonds mit ein.

Der kommunale Gesundheitsfonds soll folgende Leistungsangebote abdecken:

1. Übernahme der Kosten für notwendige rezeptfreie Medikamente, Verbands-, Heil- und Hilfsmittel.
2. Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel.

3. Im Bedarfsfall eine medizinisch indizierte ergänzende Krankenkostzulage in entsprechender Höhe, sofern diese Aufwendungen nicht oder nicht ausreichend über andere Sozialleistungen (nach § 30 Abs. 5 SGB XII bzw. § 42 Nr.3 SGB XII oder § 21 Abs. 5 SGB II) abgedeckt sind.
4. 20 Euro einmalige Beihilfe für einen gesonderten Kleiderbedarf bei Krankenhausaufenthalten.
5. Übernahme der Fahrtkosten für Besuche von nahen Angehörigen im Krankenhaus und in der Kur.
6. Übernahme von Dolmetschkosten, wenn dies im Falle der Behandlung von Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II, Grundsicherung oder Sozialhilfe aufgrund von Sprachbarrieren vom behandelnden Arzt oder der behandelnden Ärztin für notwendig erachtet wird.
7. Übernahme der Kosten für notwendige Früherkennungs- und Vorsorgeuntersuchungen sowie Vorsorgebehandlungen, die in den Bereich der Nicht-Kassenleistungen fallen.
8. Zweckgebundene Darlehen zur Vermeidung von akuten Notsituationen für Senior*innen, wenn diesen kein Darlehen durch eine Bank erhalten.

Begründung:

Aufgabe kommunaler Gesundheits- und Sozialpolitik muss es sein, die Lebensqualität aller Bürger*innen unabhängig vom Einkommen sicherzustellen – und zu verbessern. Frankfurter Gesundheitspolitik muss auf eine ausreichende medizinische Grundversorgung auch der sozial Schwachen ausgerichtet sein. Neuen gesellschaftlichen Verschärfungen – wie der ansteigenden Kinder-, Jugend- und Altersarmut – muss mit unverzüglichen und unbürokratischen Unterstützungsmaßnahmen entgegengetreten werden. Frankfurter Gesundheitspolitik muss die Verringerung der sozialen Ungleichheit von Gesundheitschancen bei der Prävention und Gesunderhaltung in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Zugang zur und Umfang der medizinischen Versorgung dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen.

Aber auch immer mehr Senior*innen, die keine Transferleistungen beziehen, können sich Einmalzahlungen durch geringe Renten nicht leisten und geraten so in eine unverschuldete Notsituation. Mit einem städtischen Darlehen können diese Notsituationen überbrückt werden, auch weil oftmals Banken ein solches Darlehen verweigern.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Pflege in den Stadtteilen

Produktbereich: 19 Gesundheit
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt errichtet Pflegestützpunkte in den einzelnen Stadtteilen. Hierfür werden ausreichend Mittel in den Haushalt 2023 ff. eingestellt.

Begründung:

Auch in Frankfurt stellt das Thema Pflege viele Menschen vor Probleme. Es ist für die Betroffenen und ihre Angehörigen viel zu oft eine Mammutaufgabe sämtliche Dinge im Bezug der Pflege zu organisieren. Zwar hat die Stadt Frankfurt die Schaffung eines Pflegerates beschlossen, der sich den Problemlagen annehmen soll, dieser befindet sich jedoch noch in der Planungsphase.

Mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz (PSG III) wurde die Rolle der Kommunen bei der Pflege gestärkt und ausgebaut. Die Kommunen besitzen die Kompetenzen, um pflegebedürftige Menschen umfassend zu beraten und so den Betroffenen lange Wege und eine langwierige Suche nach den passenden Angeboten in der Vielzahl von Trägern zu ersparen.

Seit 2011 existiert ein Pflegestützpunkt in Frankfurt am Main. Hier werden Frankfurterinnen und Frankfurter von Mitarbeitenden der Stadt Frankfurt sowie der BAHN-BKK zum Thema Pflege beraten und informiert. Um dieses Angebot auszubauen und die Betroffenen direkt vor Ort beraten zu können, benötigen die Stadtteile eigene Stützpunkte. Ziel muss es sein, die Angebote in den einzelnen Stadtteilen so auszugestalten und zu koordinieren, dass den Menschen vor Ort die Unterstützung gewährleistet wird, die sie benötigen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Personal im Gesundheitsamt aufstocken

Produktbereich: 19 Gesundheit

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, um alle offenen Personalstellen im Gesundheitsamt zügig zu besetzen und weitere dringend benötigte Stellen zu schaffen.

Begründung:

Durch die Corona-Pandemie und die damit einhergehende Kontaktpersonennachverfolgung von mit dem Corona-Virus infizierten Personen musste das Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt nahezu alle originären Angebote und Dienstleistungen einschränken oder gar aufheben. Das hat erhebliche gesundheitliche Auswirkungen auf die Frankfurterinnen und Frankfurter. So fanden beispielsweise Vorschuluntersuchungen oder die Überprüfung des Zahnstatus bei Kita- und Grundschulkindern in den vergangenen Jahren kaum bis gar nicht statt. Auch im Bereich der Kontaktnachverfolgung musste die Stadt auch bei relativ geringen Fallzahlen die Bundeswehr um Hilfe bitten. Grund hierfür ist die Unterbestetzung des Gesundheitsamtes. So waren Ende 2021 – mitten in der Corona-Pandemie – 31 Stellen im Gesundheitsamt unbesetzt. Mitte 2022 lag der Besetzungsgrad lediglich bei 84 Prozent.

Auch im Hinblick auf die langfristigen Folgen der Pandemie braucht das Gesundheitsamt weitere Stellen, um seinen Aufgaben nachkommen zu können.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

AED (Automatisierter externer Defibrillator) in Saalbauten

Produktbereich: 19 Gesundheit

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um alle Bürgerhäuser der Saalbau GmbH mit je einem halbautomatischen AED auszustatten. Diese müssen für Kinder unter acht Jahren zugelassen sein. Ebenso werden die nötigen Wartungsmaßnahmen, sowie Schulungen im Umgang mit diesen Geräten für die im Saalbau tätigen Angestellten finanziert.

Begründung:

Bei einem Kreislaufstillstand kann ein vor Ort befindliches AED lebensrettend sein. Die Versorgung des Frankfurter Stadtgebietes mit Defibrillatoren bzw. AEDs ist jedoch alles andere als flächendeckend. Auch die Bürgerhäuser der Saalbau GmbH besitzen keine solche Geräte, was gerade bei der Vielzahl von Veranstaltungen mit vielen Menschen fahrlässig ist. Damit die Anwendung eines AED einen positiven Effekt auf das Patient*innenwohl hat, bedarf die Handhabung geschultes Personal. Dies kann durch die vor Ort anwesenden Angestellten der Saalbau GmbH gewährleistet werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Bildung

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Jugendhilfe an Schulen stärken

Produktbereich: 20 Bildung
Produktgruppe: 20.01 Schulbetriebsmanagement / pädagogische Aufgaben

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Zuweisung und Stellenbemessung von Mitarbeiter*innen im Bereich Jugendhilfe an Schulen wird ausgeweitet.
2. Die Kriterien für zusätzliche Stellen im Bereich Jugendhilfe in den Schulen sollen nach Anzahl der Schüler*innen und nach dem Sozialindex des Einzugsgebietes der jeweiligen Schule bemessen werden.
3. Die dafür notwendigen Mittel werden im Haushalt 2023 bereitgestellt.

Begründung:

Frankfurter Schüler*innen, die von strukturellen Benachteiligungen betroffen sind, müssen bessere Bildungschancen erhalten. Mit der Stärkung der Jugendhilfe an Schulen werden Benachteiligungen mit Hilfe von Schulsozialarbeit abgebaut. Hierzu ist es wichtig, sich bei der Stellenbemessung sowohl auf die Größe der Schulen als auch auf die sozialräumlichen Anforderungen in der Bildungsregion zu beziehen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Konzept zur Rekommunalisierung an Schulen

Produktbereich: 20 Bildung
Produktgruppe: 20.01 Schulbetriebsmanagement/pädag. Aufgaben

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden ausreichend finanzielle Mittel eingestellt, um ein Konzept zur Rekommunalisierung der Schulreinigung und Schulkantinen zu erarbeiten und dessen Finanzierung sicherzustellen.

Begründung:

Für eine qualitativ gute Schulreinigung durch gut bezahlte Reinigungskräfte, muss diese Aufgabe wieder in kommunale Hand zurückgeführt werden. Hierfür benötigt es ein Konzept und die gesicherte Finanzierung, dies auch umzusetzen.

Eine unzureichende Schulreinigung ist seit Jahren ein immer wiederkehrendes Problem an Frankfurter Schulen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Privatisierung von Reinigungsleistungen. Die sehr hohe Wettbewerbsintensität in der Reinigungsbranche, die vor allem über die Personalkosten entsteht, führt trotz Mindestlohn zu schlecht bezahlten Jobs im Niedriglohnssektor. Die Arbeitnehmer*innen stehen meist massiv unter Zeitdruck, wodurch letztlich auch die Qualität der Leistung leidet.

Darüber hinaus kommt es in der Branche immer wieder zu illegalen, unangemeldeten Tätigkeiten. Dies hat auch im April 2021 zu einer Großraffia in einer Reinigungsfirma aus

dem Rhein-Main-Gebiet geführt, die an mehr als 50 Frankfurter Schulen mit der Reinigung beauftragt war.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Frankfurt braucht einen Jugendverkehrsgarten

Produktbereich: 20 Bildung
Produktgruppe: 20.01 Schulbetriebsmanagement/pädag. Aufgaben

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden Mittel bereitgestellt, um den Jugendverkehrsgarten in Frankfurt wieder in regelhafte Nutzung im Rahmen der Verkehrssicherheitserziehung zu nehmen.

Begründung:

Auf die Frage Nr.: 1217 der 15. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2022 nach dem Zustand und den Plänen der Stadt für den Jugendverkehrsgarten am Grüneburgpark hat Stadträtin Rosemarie Heilig wie folgt geantwortet:

„Die Stadt Frankfurt hat mehrere Varianten einer Neugestaltung in Abstimmung mit der Polizei und den Denkmalschutzfachämtern untersucht. Aufgrund der Haushaltslage ist über den Zeitpunkt der Umsetzung noch nicht entschieden worden.“

Die Haushaltslage hat sich nachweislich gebessert, so dass diese wichtige städtische Einrichtung zur Verkehrserziehung schnellstmöglich ertüchtigt und wieder in Nutzung genommen werden muss. Entsprechende Mittel sind über den Haushalt 2023 bereitzustellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Kostenlose Kinderbetreuung auch in der Kinderkrippe und Tagespflege

Produktbereich: 20 Bildung
Produktgruppe: 20.03 Trägerübergreifende Kita-Aufgaben - Tagespflege

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Beitragspflicht für Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Zweijährige wird in Frankfurt vollständig aufgehoben.

Begründung:

Seit August 2018 ist die Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr in Frankfurts Kindertagesstätten und der Kindertagespflege für Eltern beitragsfrei. Ab dem 1. Juni 2023 wird auch das letzte Krippenjahr für Kinder in Frankfurt ab zwei Jahren beitragsfrei.

In der reichen Stadt Frankfurt fehlt somit nur noch ein kleiner Schritt, um nun auch die Kinderbetreuung von unter Zweijährigen vollständig kostenlos anzubieten. In Ergänzung zum Elternhaus leisten Kinderkrippen und Tagespflegefamilien als frühkindliche Bildungsstätten und Sozialisationsinstanzen einen wichtigen Beitrag zur kindgerechten Erziehung und Förderung. Hier lernen Kinder nicht nur miteinander und voneinander,

sondern erhalten abhängig von Alter und Entwicklungsstand entsprechende Angebote zum gemeinsamen frühkindlichen Lernen. Für Eltern sind Kinderkrippen und Tagespflegefamilien zudem mit Blick auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig. Gerade alleinerziehende Elternteile sind auf die Betreuung ihrer Kinder angewiesen.

Die frühkindliche Bildung muss gleichberechtigt neben den anderen Bildungsbereichen stehen. Wenn Kindertagesstätten, Schule und Hochschule gebührenfrei sind, muss es auch die Kinderkrippe und Tagespflege sein. Denn dort werden die Grundlagen gelegt für gleichberechtigte Teilhabe. Jedes Kind hat das Recht - und muss auch die Möglichkeit haben - eine solche Einrichtung zu besuchen. Dies darf nicht an den Kosten scheitern.

Der Zugang zu Betreuung und Bildung in einer entsprechenden Einrichtung ist allerdings von der finanziellen Situation der Eltern abhängig. So bezahlen Eltern in Frankfurt für einen Ganztagsplatz in einer Kinderkrippe oder Krabbelstube inklusive Essen und Trinken ca. 250 Euro pro Monat. Dieser Betrag ist unabhängig von der jeweiligen Einkommenssituation für alle Eltern gleich, die keinen Anspruch auf ergänzende Leistungen nach § 90 SGB VIII besitzen. Eltern, die nur knapp über der Einkommensgrenze für ergänzende Leistungen liegen, werden damit unverhältnismäßig belastet, was nicht selten dazu führt, dass sie ihr Kind nicht oder erst sehr spät an der frühkindlichen Förderung in der Kindertagesstätte teilhaben lassen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Kostenfreies und gesundes Frühstück und Mittagessen an Schulen

Produktbereich: 20 Bildung

Projektgruppe: 20.01 Schulbetriebsmanagement, pädagogische Aufgaben

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Essensversorgung werden die notwendigen Mittel in den Haushalt 2023 eingestellt, die es ermöglichen, dass ein kostenfreier Mittagstisch aus regionalen, saisonalen und kontrolliert biologisch angebauten Zutaten für alle Kinder angeboten werden kann:

1. Zu jedem Mittagstisch werden als Alternative vegetarische bzw. vegane Speisen angeboten.
2. An allen Schulen soll die kostenfreie Ausgabe von Obst und Gemüse aus regionalem Anbau ermöglicht werden.
3. Zu jeder Mahlzeit gibt es kostenloses Trinkwasser für alle Schüler*innen.

Begründung:

Der Mittagstisch an Frankfurter Schulen ist ein wichtiger Bestandteil für eine gesunde und wertvolle Ernährung für Kinder und Jugendliche. Die Kommune kann mit dem Angebot von gesundem und ausgewogenem Essen auf die Ernährung der Kinder Einfluss nehmen und den negativen Folgen von schlechter und unausgewogener Ernährung entgegenwirken.

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) empfiehlt fünf Obst- und Gemüseportionen pro Tag auch für Kinder. Familien mit geringem Einkommen können sich frisches Obst und Gemüse kaum leisten. Und auch unabhängig vom Einkommen gehören in einigen Familien oder Haushalten mit Kindern regelmäßige Mahlzeiten nicht mehr zum Alltag. Dies kann zu einer Fehlernährung mit gravierenden Folgen (z. B. Diabetes) führen. Viele Schulen müssen bereits mit den v.a. psychosozialen Folgen von Übergewicht umgehen, sind aber auch mit lebensbedrohlichen Krankheiten wie Bulimie oder Magersucht ihrer Schüler*innen konfrontiert.

Ziel ist es, langfristig allen Schüler*innen ein regelmäßiges und kostenfreies Mittagessen zu ermöglichen. Nur mit einer guten Ernährung können die Schüler*innen ihren Alltag und die Anforderungen der Schule an sie bewältigen. Denn eine gesunde Ernährung ist auch ein Schlüssel gegen Konzentrationsschwäche. Dies betrifft alle Kinder, nicht nur solche aus einkommensschwachen Familien.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Referent*innenstelle für Frankfurter Kinderbüro

Produktbereich: 20 Bildung

Produktgruppe: 20.13 Frankfurter Kinderbüro

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 ff. werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um die umfangreiche Arbeit der Geschäftsstelle der Kinderbeauftragten im Frankfurter Kinderbüro mit der Schaffung einer Referent*innenstelle zur Koordination der Kinderbeauftragten zu gewährleisten

Begründung:

Ziel der Arbeit des Frankfurter Kinderbüros ist die Verbesserung der Lebenssituation von Frankfurter Kindern. Zentrale Aufgabe ist es, Kindern Gehör zu verschaffen, sie an Entscheidungen zu beteiligen oder ihre Interessen durch das Kinderbüro zu vertreten. Zu den Aufgaben des Kinderbüros zählt unter anderem die Geschäftsstelle der Kinderbeauftragten, die für die über 40 Kinderbeauftragten in Frankfurt zuständig ist. Um diese Koordinierung der Tätigkeiten weiterhin gewährleisten zu können, auch im Hinblick auf zusätzlich benötigte Kinderbeauftragte in den Stadtteilen, benötigt das Kinderbüro weitere personelle Ressourcen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Geplante Einsparungen bei nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen zurücknehmen

Produktbereich: 20 Bildung

Produktgruppe: 20.03 Trägerübergreif. Kita-Aufgab.Tagespfl.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die geplanten Reduzierungen im Bereich der Leistungen an die nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen in der Produktgruppe 20.03, Gr. 71 (in 2023 um 30.561 T€ und ab 2024 um jährlich 29.561 T€) werden zurückgenommen.

Begründung:

Der Magistrat plant gegenüber nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen Einsparungen bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie den besonderen Finanzausgaben. Diese Einsparung ist nicht nachvollziehbar und geht zu Lasten der Familien und Kindern in Frankfurt. Aus diesem Grund sind die geplanten Einsparungen zurückzunehmen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Honorarerhöhung der Kursleitenden der VHS

Produktbereich: 20 Bildung

Produktgruppe: 20.04 Jugend- und Erwachsenenbildung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden die Mittel für der Volkshochschule Frankfurt am Main (VHS) um 170.000 Euro erhöht, um daraus eine Honorarerhöhung der Kursleitenden zwischen 80 Cent und 1,50 Euro pro Unterrichtsstunde zu finanzieren.

Begründung:

Die Vertretung der Kursleitenden an der Volkshochschule Frankfurt am Main (VHS) haben sich mit einem Brief an die Stadtverordnetenversammlung gewandt, um auf die finanzielle Situation der Fachkräfte an der VHS aufmerksam zu machen und die daraus resultierenden personelle Situation für die Bildungseinrichtung skizziert. So drohen ohne die überfällige Honorarerhöhung der Kursleitenden die Abwanderung dieser Fachkräfte. Seit 2018 wurden die Honorare nicht mehr angepasst. Dies führt bei stetig steigenden lebenserhaltungskosten zu einem Reallohnverlust, den die Kursleitenden an der Volkshochschule Frankfurt am Main (VHS) nicht mehr stemmen können.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Tagesfamilien angemessen fördern

Produktbereich: 20 Bildung

Produktgruppe: 20.03 Trägerübergreif. Kita-Aufgab.Tagespfl.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 ff. werden ausreichend Mittel bereitgestellt, um eine angemessene Förderung der Kindertagespflege und eine Gewinnung von zusätzlichen Tagesfamilien zu erreichen. Dies geschieht durch:

1. Die Abschaffung der Degression. Für jedes Kind erhalten die Tagesfamilien den gleichen Fördersatz.
2. Die Förderleistung für jedes betreute Kind wird auf 7,50 Euro pro Stunde erhöht.
3. Die Verpflegungspauschale wird im U3 Bereich auf 85 Euro angehoben und für Betreuung von Hortkindern altersgemäß angepasst.
4. Die Tagesmütter und Tagesväter erhalten im Rahmen ihrer Tätigkeit freien Eintritt in städtische Museen, dem Palmengarten, dem Zoo und in Schwimmbäder.
5. Tagesmütter und Tagesväter erhalten ein kostenloses Jobticket um im Rahmen ihrer Tätigkeit Einkäufe zu tätigen, Lehrgänge zu besuchen und an Austauschtreffen teilzunehmen.

6. Die Sachkostenpauschale wird auf mindestens 400 Euro im Rahmen einer 40 Stundenwoche festgelegt. Diese wird bei der Betreuung von Schulkindern entsprechend angehoben.
7. Für Vor-und Nachbereitungszeiten werden entsprechend der Anzahl der Kinder und den zu erledigten Arbeiten berechnet.
8. Für Weiterbildungen, die abends und oftmals am Wochenende stattfinden, werden zwei Regenerationstage gewährleistet.
9. Damit es für Tagesfamilien wieder attraktiv ist, Übernachtungsbetreuung und die Randzeiten anzubieten, muss das Entgelt entsprechend angepasst werden.
10. Sonderzahlungen seitens der Eltern werden prinzipiell erlaubt.

Begründung:

Seit Jahren ist die Zahl der Tagesfamilien in Frankfurt rückläufig. Daran hat auch die städtische Kampagne „Leistungen der Tagesfamilien Frankfurt sichtbar machen“ im Jahr 2016 nichts geändert. Es wurde versäumt eine wirkliche Gleichwertigkeit von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege herzustellen. So haben Tagesfamilien durch ihre Selbstständigkeit mit erheblichen finanziellen Hindernissen zu kämpfen. Besonders die hohe Lebensmittel- und Energiepreise können sich viele Tagesfamilien nicht mehr leisten. Um den Trend des stetigen Rückgangs von Tagesfamilien in Frankfurt umzukehren, benötigen diese unter anderem die Abschaffung der Degression, für jedes betreute Kind eine Förderleistung von 7,50 Euro pro Stunde, ein kostenloses Jobticket um im Rahmen ihrer Tätigkeit Einkäufe und Ausflüge zu tätigen, Lehrgänge zu besuchen und an Austauschtreffen teilzunehmen, eine Erhöhung der Sachkostenpauschale und die Möglichkeit Sonderzahlungen der Eltern annehmen zu dürfen.

Tagesfamilien bieten ein verlässliches, familiennahes, individuelles und passgenaues Betreuungsangebot. Vor allem können Tagesfamilien Eltern eine Betreuung ihre Kinder bieten, die durch ihre Arbeitszeiten auf Flexibilität in der Betreuungszeit angewiesen sind. Damit können Tagesfamilien genau solche Betreuungszeiten abdecken, die Kindertageseinrichtungen mit ihren festen Öffnungszeiten nicht leisten können. Dieses Potenzial gilt es gerade vor dem Hintergrund von fehlenden Betreuungsplätzen in den Kindertageseinrichtungen zu fördern. Dies kann nur mit Hilfe der richtigen Rahmenbedingungen gelingen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Kultur, Freizeit und Sport

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Ein Haus für die freie Szene

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 fortfolgende werden Mittel eingestellt, um die freie Theaterarbeit im Industriedenkmal Naxoshalle kontinuierlich zu unterstützen. Die Förderung des Modellprojekts soll sowohl den Spielbetrieb als auch Investitionen in den Ausbau der Spielstätte umfassen. Die gesamte Förderung umfasst 500.000 Euro, wobei der detaillierte Förderumfang in Zusammenarbeit mit dem Theater Willy Praml und studioNAXOS vom Kulturamt erarbeitet wird.

Begründung:

Der im Jahr 2013 initiierte Zusammenschluss von Theater Willy Praml und studioNAXOS, mit dem Ziel der gemeinsamen Nutzung und Verwaltung der seit Jahrzehnten erfolgreichen Theaterspielstätte im Industriedenkmal Naxoshalle, bedarf der kontinuierlichen Unterstützung, um den Spielbetrieb angemessen zu gewährleisten und in den notwendigen Ausbau des Hauses zu investieren.

In den letzten Jahren hat sich in der Naxoshalle ein zukunftsfähiges Modell zeitgenössischer, freier Theaterarbeit etabliert, das auch den vernachlässigten Formen der Darstellenden Künste gesellschaftlichen Raum gibt.

Mit zusätzlichen Investitionen ließen sich die Kapazitäten des Industriedenkmal sinnvoll erweitern, um noch weitere freie Theatergruppen einbeziehen zu können und die Naxoshalle zu einem Haus für die freie Theaterszene auszubauen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Ein Stadthaus für alle

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Raummiete für die Anmietung des Stadthauses wird bis zu einer möglichen Umnutzung als „Haus der Demokratie“ für nicht-gewerbliche Organisationen um 50 Prozent gesenkt.

Begründung:

Das Stadthaus ist ein Veranstaltungsgebäude, das von der Stadt Frankfurt verwaltet wird. Durch seine zentrale Innenstadtlage ist es für viele Frankfurter*innen sehr gut erreichbar. Die Mieten für das Stadthaus sind jedoch alles andere als erschwinglich: Aktuell sind es 1.500 Euro pro Tag für kommunale Nutzung und sogar 3.500 Euro pro Tag für weitere Nutzungen. Die hohen Mietpreise haben zur Folge, dass das Stadthaus an den meisten Tagen des Jahres ungenutzt bleibt. 2021 wurden an diesem Ort pandemiebedingt lediglich 13 Veranstaltungen mit 14 Belegungstagen durchgeführt. 2022 fanden nur 36 Veranstaltungen mit 48 Belegungstagen im Stadthaus statt (F 1602/2023). Die geringe Auslastung zeigt deutlich, dass das volle Potential hinsichtlich Vermietung nicht ausgeschöpft wird. Die extrem hohen Mieten bringen exkludierende Effekte hervor und führen dazu, dass das Stadthaus lediglich von zahlungsstarken Organisationen genutzt wird.

Das Stadthaus als zentral gelegener Ort, der kommunal bewirtschaftet wird, muss gegenüber der Allgemeinheit geöffnet werden. Die Halbierung der Mietpreise könnte dazu führen, dass das Stadthaus von einem größeren Kreis an Initiativen, Vereinen und Institutionen genutzt werden könnte.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Stärkung der Frankfurter Clubszene

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 werden Mittel für ein Förder- und Sanierungsprogramm für die lokale Clubszene eingestellt. Analog zur Clubförderung in Hamburg ist in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „Clubs am Main“ eine Stiftung zur Stärkung nicht-städtischer Musikbühnen (sogenannte Clubstiftung) ins Leben zu rufen, die über verschiedene Förderinstrumente und nach entsprechender Bedarfsermittlung sowohl das dauerhafte Musik-Angebot (DJ-ing wie auch Livemusik) als auch diverse Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen, insbesondere für Lärmschutz, unterstützt.

Begründung:

Die Clubszene ist ein bedeutender Teil der Stadt Frankfurt. Gerade Music-Clubs in innerstädtischen Quartieren sehen sich jedoch in den letzten Jahren einem mitunter existenziellen Wandlungsdruck ausgesetzt. Vor allem durch Corona waren viele Clubs in ihrer Existenz bedroht und kämpfen immer noch mit den Folgen, weshalb sie städtischer Förderung bedürfen.

Clubbetreiber*innen sehen zudem oftmals die Notwendigkeit, die Lärmemissionen zu reduzieren. Jedoch können sich viele der betroffenen Einrichtungen die oft außerordentlich

aufwendigen und teuren Maßnahmen finanziell nicht leisten. Im Konfliktfall droht die Schließung des Clubs.

Um die Anwohner*innen vor Lärm und gleichzeitig die Clubs vor Verdrängung zu schützen, sollte die Stadt solchen Music-Clubs bei der Erstellung einer Bestandsaufnahme zum Lärmschutz behilflich sein. Teil dieser Lärmschutzaktivitäten sollen Maßnahmen sein, bei denen technologische und bauliche Lärmschutzmaßnahmen, Schallschutzgutachten und Mediationsverfahren in der Anwohner*innen-Kommunikation eine Rolle spielen. Dabei soll geprüft werden, ob und in welcher Höhe hierfür Mittel aus Lärmschutzprogrammen des Landes, des Bundes und der EU zur Verfügung stehen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2023**

**Erhöhung der institutionellen Förderung des Filmhaus
Frankfurt e.V.**

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 und die darauffolgenden Jahre werden Mittel zur institutionellen Förderung des Filmhaus Frankfurt e.V. in Höhe von 234.000 Euro jährlich eingestellt.

Begründung:

„Zweck des Vereins ist die Förderung des Umgangs mit audiovisuellen Medien in der Gesellschaft,“ heißt es in der Satzung des 1989 gegründeten gemeinnützigen Vereins Filmhaus Frankfurt. Der Verein fördert die unabhängige regionale Filmkultur in Form von Wissensvermittlung in Theorie und Praxis „an Filmschaffende aber auch an Berufsanfänger und interessierte Teile der Bevölkerung“ in Form eines eigens erstellten Seminarprogramms, der Bereitstellung von Filmtechnik und Räumlichkeiten, von Beratung sowie der Veranstaltung von Netzwerktreffen. Das Filmhaus Frankfurt versteht sich daher seit über 30 Jahren als Anlaufstelle für alle Bürger*innen in Frankfurt am Main, die sich für praktische Filmarbeit interessieren.

Aktuell beklagt die nationale und internationale Filmbranche jedoch das Fehlen von Nachwuchskräften und einen Mangel an Diversität vor und hinter der Kamera als Folge

einer systematischen Diskriminierung und Missachtung benachteiligter, gefährdeter und marginalisierter Gruppen. Diese Probleme sind auch in Frankfurt spürbar und stellen die Arbeit des Vereins Filmhaus Frankfurt gleichermaßen vor Herausforderungen. Junge Menschen haben das Interesse an professioneller Filmarbeit verloren, zudem sind Frauen, People of Color, LGBTIQ+, Geflüchtete sowie andere geografisch, wirtschaftlich, sozial oder kulturell marginalisierte Gruppen auch in der lokalen Filmbranche und Filmkultur unterrepräsentiert. Einerseits müssen junge Talente und Quereinsteiger*innen von den künstlerischen Möglichkeiten des Mediums Film sowie den vielfältigen Berufsmöglichkeiten auf neue Weise überzeugt werden, andererseits muss mehr Teilhabe von marginalisierten Gruppen an diesen künstlerischen Prozessen ermöglicht werden – nur so wird sich die vorhandene Vielfalt einer Gesellschaft, wie sie nicht zuletzt in Frankfurt existiert, auch auf deren künstlerische Produkte und Filme übertragen.

Vor diesem Hintergrund wächst die Verantwortung des Filmhaus Frankfurt, dem einzigen Filmhaus in Hessen, denn Nachwuchskräfte und marginalisierte Gruppen müssen gezielt angesprochen und durch attraktive Projektangebote animiert werden, um nachhaltig an die Filmbranche herangeführt zu werden. Der Verein ist daher auf eine Neukonzeption seiner Vermittlungsarbeit angewiesen und möchte verstärkt das Filmschaffen dieser Zielgruppen ermöglichen, präsentieren und deren Akteur*innen miteinander vernetzen.

Im Koalitionsvertrag für Frankfurt 2021-2026 von GRÜNE, SPD, FDP und Volt wurde zugesichert, dass das Filmhaus Frankfurt erhalten und unterstützt werden soll. Für diese neuen Aufgaben benötigt der Verein zusätzliche Mittel. Mit nur 1,7 Stellen ist die Geschäftsstelle seit Jahren stark unterbesetzt und an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt. Zudem belasten die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die steigenden Energiepreise die Umsätze des Vereins und den Vereinshaushalt.

Im Jahr 2022 hat der Verein seine komplette Infrastruktur und seinen Web-Auftritt digitalisiert, damit einher geht eine Zunahme an Verantwortlichkeiten, u.a. durch die Übernahme und Verwaltung der Daten der ehemaligen Website filminfrankfurt.de, die von der Wirtschaftsförderung Frankfurt in den Verantwortungsbereich des Vereins übertragen wurde. Zur Deckung steigender Kosten ab 2023, die nicht durch den Geschäftsbetrieb des Vereins erwirtschaftet werden können, beantragt der Verein daher eine Erhöhung der institutionellen Förderung um 60.000 EUR.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Kultur für alle

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden ausreichend Mittel eingestellt, um den Eintritt in die Kultur- und Freizeiteinrichtungen in Frankfurt am Main kostenfrei zu stellen.

Begründung:

Der Magistratsbeschluss, Kindern und Jugendlichen in eine Reihe von städtischen und nichtstädtischen Kultur- und Freizeiteinrichtungen dieser Stadt freien Eintritt zu gewähren, war richtig und ein Signal, den Zugang zu Kultur und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einem größeren Personenkreis zu ermöglichen.

Immer noch aber ist der Besuch von Museen, Bädern und anderen Einrichtungen in Frankfurt für viele Menschen zu teuer und in Verbindung mit hohen Fahrpreisen im ÖPNV schlicht nicht bezahlbar.

Eintrittspreise wirken damit sozial ausschließend. „Kultur für alle“ muss der Anspruch der Stadt Frankfurt am Main sein. Dem kommt sie nach, wenn wie zu Zeiten Walter Wallmanns die Regelung des freien Eintritts auf alle ausgeweitet wird.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Stärkere Förderung der freien Theaterszene

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Förderung der freien Theaterszene wird im Haushalt 2023 um eine Millionen Euro erhöht, damit die Förderung zusätzlicher Künstler*innen/Theatergruppen nicht zulasten schon bestehender Förderungen geht.
- Die institutionelle Förderung wird auf 3- bzw. 6-Jahresförderungen erweitert, um den Theatern eine längerfristige Planungssicherheit zu geben.
- Es wird ein Spielstätten-Instandsetzungsfonds aufgelegt, damit die Theaterhäuser, die der freien Szene als Spielstätten dienen, notwendige Sanierungen und Modernisierungen vornehmen können.

Begründung:

Die Freie Theaterszene in Frankfurt ist durch die Corona-Pandemie existentiell bedroht und bedarf daher besonderer Unterstützung der Kommunen. Auch angesichts des Großprojekts „Städtische Bühnen“ und den enormen finanziellen Aufwendungen dafür, darf die Freie Theaterszene nicht vernachlässigt werden. Einer Entwicklung hin zur Förderung „großer Häuser“ und damit der Institutionalisierung von Kunst bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der Strukturen der Freien Theaterszene, muss aktiv Einhalt geboten werden.

Auf Empfehlung des Theaterbeirats wurden in vergangenen Jahren sieben weitere freie Künstler*innen/Theatergruppen mit einer mehrjährigen Förderung bedacht. Diese Förderung erfolgte allerdings nicht zusätzlich, sondern wurde bei einem gleichbleibenden Gesamtfördervolumen nur durch die Kürzung der Mittel anderer Künstler*innen/Theatergruppen ermöglicht.

So wurden augenscheinlich Gelder aus dem Etat für die Projektförderung für die Aufstockung des Etats für die institutionelle Förderung entnommen. Neue Einzelprojekte vieler seit Jahren erfolgreich in Frankfurt arbeitender Künstler*innen/Theatergruppen wurden dadurch gefährdet oder sogar verunmöglicht. Die ohnehin schon prekäre soziale Situation vieler freischaffender Künstler*innen wurde weiter verschlechtert.

Das darf nicht sein. Für zusätzliche Künstler*innen/Theatergruppen müssen auch zusätzliche Fördermittel zur Verfügung stehen. Sowohl der Etat für die Projektförderung als auch der für die institutionelle Förderung müssen dynamisiert werden. In den vergangenen Jahren ist absehbar geworden, dass die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Fördermittel nicht ausreichen und eine Anhebung der Fördergelder für die Freie Theaterszene um eine Millionen Euro dringend notwendig ist.

Außerdem müssen die institutionellen Förderungen über drei und sechs Jahre statt wie bisher nur über zwei bis vier Jahre bewilligt werden. Die Spielstätten haben mehrjährige Mietverträge, Personalverpflichtungen, Verbindlichkeiten und laufende Kosten, die aus dem Spielbetrieb resultieren, die alle einer längerfristigen Planungssicherheit bedürfen.

Darüber hinaus ist in der öffentlich geführten Auseinandersetzung um die Naxoshallen klargeworden, dass viele der für Frankfurt kulturell immens wichtigen Spielstätten der Freien Theaterszene dringend sanierungsbedürftig sind bzw. brandschutz- oder produktions-technisch modernisiert werden müssen und dafür finanzieller Unterstützung bedürfen. Damit die freie darstellende Kunst Frankfurts dabei nicht zum Spielball der Politik wird, muss ein Fonds eingerichtet werden, der auf Antrag und nach Prüfung der jeweils zuständigen Stellen einen den künstlerischen Maßstäben entsprechenden, gefahrlosen und stetigen Betrieb der Spielstätten gewährleistet.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller

Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Stärkere Förderung des Stoffel-Festivals

Produktbereich: 21 Kultur

Projektgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 wird das Stalburg-Theater für die Durchführung des Stoffel-Festivals im Günthersburgpark in dem Jahr 2023 mit einem zusätzlichen Zuschuss bedacht, sodass die Fördersumme insgesamt 50.000 Euro beträgt.

Begründung:

Das Stoffel-Festival ist eine weit über das Nordend hinaus beliebte Sommerattraktivität im Günthersburgpark. Aufgrund des offenen Konzepts ohne Eintrittspreise und Kommerz ist die Finanzierung Jahr für Jahr eine Herausforderung.

Einschränkungen durch Nachbarschaftseinwendungen haben zu finanziellen Einbußen geführt, auch die Spendeneinnahmen haben eine große Schwankungsbreite, so dass viele Arbeiten ehrenamtlich erfolgen und das Theater stets drauflegt. In der Frankfurter Bevölkerung besteht ein starkes Interesse an der Fortführung des Festivals, daher ist eine zusätzliche finanzielle Absicherung dringend erforderlich.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller

Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Corona-Pandemie Langzeitfolgen: Fonds für Kulturschaffende

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden 5 Mio. Euro eingestellt zur Förderung von Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen, um die langfristigen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. Die Stadt Frankfurt bemüht sich beim Land Hessen, der Kulturstiftung der Länder sowie der Bundesregierung und der Kulturstiftung des Bundes um Erstattung dieser Hilfen.

Begründung:

Die Kulturschaffenden waren besonders von der Corona-Pandemie betroffen. In der oftmals ohnehin prekären finanziellen Situation von Kulturschaffenden hatte die Absage von Veranstaltungen wie Lesungen, Aufführungen, Konzerten, Clubkultur oder Sommer-Festivals existenzbedrohliche Konsequenzen. Viele freiberufliche Künstler*innen und andere Selbständige aus dem Kultur- und Medienbereich haben keinen Anspruch auf ALG 1 und die Bedarfsprüfung auf ALG 2 kann sich über Wochen hinziehen. Institutionen standen vor massiven Einnahmeausfällen durch eingeschränkte oder abgesagte Veranstaltungen und zurückgegebene Tickets mit finanziellen Einbußen, die sich auch langfristig bemerkbar machen.

Der Deutsche Kulturrat spricht sich für eine Einrichtung von Notfallfonds und eine Kompensation durch Kommunen, Länder und Bund aus. Um die Frankfurter Kulturszene in ihrer Qualität und ihrem Facettenreichtum zu erhalten, muss die Stadt die langfristigen Folgen der pandemiebedingten Ausnahmesituation weiterhin im Blick haben und unbürokratisch Hilfe leisten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Digitalisierung und Provenienzforschung in Museen, Bibliotheken und Archiven

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 fortfolgende werden zusätzliche Mittel eingestellt, um die technischen und personellen Ressourcen zu schaffen, damit die städtischen Museen, Bibliotheken und Archive sowie das Institut für Stadtgeschichte neben der digitalen Langzeiterfassung und Darstellungsform ihrer Sammlungen zusätzlich auch die Provenienzforschung und die Restitution von Kulturgütern bewerkstelligen können.

Begründung:

Das Kulturdezernat hat im Jahr 2021 eine eigene Digitalisierungsstrategie für Museen, Bibliotheken und Archive vorgelegt. Auch in der gesamtstädtischen Digitalisierungsstrategie ist der Kulturbereich angesprochen. Und viel wichtiger noch, die Digitalisierung ist im Kulturetat verankert.

Dennoch besteht zusätzlicher Handlungsbedarf, denn nur vom Historischen Museum und vor allem vom Weltkulturen Museum war zu vernehmen, dass mit der Digitalisierung im eigenen Haus auch die Provenienzforschung als zusätzlicher Schwerpunkt mit einhergehen wird. Das digitale Sammlungsmanagement muss aber in allen Häusern auch auf die

Provenienzforschung ausgerichtet sein. Nicht nur die Interessen und Bedürfnisse des Publikums und der Wissenschaft müssen bedacht werden, sondern auch die der Herkunftsgemeinschaften. Dies auch in aller Konsequenz, also auch in Verantwortung, Vermittlung und Umsetzung von Restitutionen, der Rückgabe von Kulturgut kolonialer oder nationalsozialistischer Herkunft. Dafür sind zusätzliche Mittel und Ressourcen in den Etat einzustellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Institutionelle Förderung für VirusMusik / Kick e.V.

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

VirusMusik / Kick e.V. erhält jährlich eine institutionelle Förderung in Höhe von 61.200 Euro.

Begründung:

Bisher wurde VirusMusik / Kick e.V. mit jährlich zu beantragenden Projektmitteln aus dem Projektfördertopf für Populärmusik gefördert. Damit können u.a. keine Lohnkosten bezahlt werden, die Mittel müssen immer im entsprechenden Kalenderjahr ausgegeben werden und es können keine mittel- bis langfristigen Projekte geplant werden. Dies bringt erhebliche organisatorische Hindernisse mit sich, welche die facettenreiche und umfassende Arbeit von VirusMusik / Kick e.V. erschwert, weshalb eine institutionelle Förderung notwendig ist.

Der Verein ist seit über 30 Jahren in Frankfurt aktiv. Seine Tätigkeiten umfassen die Bereitstellung von Proberäumen, die regelmäßige Organisation von Netzwerktreffen, Konzerten und verschiedenen Auftrittsmöglichkeiten, kostenlose Beratungsangebote für Musik- und Kulturschaffende, Radio- und TV-Sendungen, die Publikation des Musikmagazins „Standort“ sowie ein breitgefächertes Programm zur Nachwuchsförderung. Durch städtische Zuschüsse können Kulturveranstaltungen des Vereins zu freiem Eintritt

angeboten werden, was zentral für gesellschaftliche Teilhabe und den sozialen Zusammenhalt ist und daher in dieser Form auch in Zukunft sichergestellt werden muss.

Um diese essentiellen Funktionen im Bereich Populärmusik weiterhin mit hoher Qualität erfüllen zu können, benötigt VirusMusik / Kick e.V. Fördermittel, um Mitarbeitende einstellen und bezahlen zu können. Nur mit den Zuschüssen einer institutionellen Förderung können Löhne für die erforderliche Halbtagsstelle und eine weitere Midi-Stelle mit 10 Stunden pro Woche im VirusMusik-Büro gezahlt werden. Zudem gewährt dieses Förderformat eine langfristige Planungsmöglichkeit und –sicherheit sowie mehr organisatorische Unabhängigkeit durch die Option von Budgetübertragungen.

Außerdem trägt es dazu bei, den Musik- und Kulturbetrieb krisenfester zu machen, wofür es auf kommunaler Ebene dringend Maßnahmen braucht angesichts der durch die Pandemie bedingten Existenznöte von Kulturschaffenden sowie der gegenwärtigen Preissteigerung durch Inflation und Energiekrise.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Mieten für Räume der Saalbauten senken

Produktbereich: 21 Kultur

Projektgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kosten für die Anmietung von Räumen der Saalbau Betriebsgesellschaft mbH werden um 10% gesenkt.

Begründung:

Private Personen sowie ansässige Vereine, Verbände und Organisationen haben die Möglichkeit, Räume der Saalbau Betriebsgesellschaft mbH anzumieten. Angesichts der steigenden und andauernden Inflation ist es eine notwendige Maßnahme, die Mietpreise entsprechend zu senken, um die Zugänglichkeit zu günstigen Raummieten weiterhin sicherzustellen. Zu gewährleisten ist, dass die Kosten für Anmietung von Räumlichkeiten der Saalbauten bezahlbar bleiben und kein Hindernis für das Abhalten von Veranstaltungen darstellen. Dies ist insbesondere in diesen Zeiten notwendig, in welchen viele Veranstaltungen, Straßen- und Stadtfeste durch die erhöhten Preissteigerungen akut gefährdet sind und teilweise aus diesen Gründen abgesagt werden müssen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2023**

**Sofortmaßnahmen für die Freie Szene des Kulturbetriebs in
Frankfurt am Main**

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- a) Die Förderung für den Bereich Bildende Kunst wird im Haushalt 2023 auf insgesamt 346.400 Euro Jahresbudget erhöht, dabei sind 160.000 Euro für Materialkostenzuschüsse, 160.000 Euro für Honorare und 26.400 Euro für die Ausstellungshonorare der einzigen städtischen Galerie (Heusenstamm Galerie) vorgesehen;
- b) die Förderung für den Bereich Darstellende Kunst wird im Haushalt 2023 auf insgesamt 600.000 Euro Jahresbudget erhöht;
- c) die Förderung für den Bereich Film wird im Haushalt 2023 auf insgesamt 520.000 Euro Jahresbudget erhöht;
- d) die Förderung für den Bereich Klassische Musik wird im Haushalt 2023 auf insgesamt 250.000 Euro Jahresbudget erhöht;
- e) die Förderung für den Bereich Populärmusik wird im Haushalt 2023 auf insgesamt 180.000 Euro Jahresbudget erhöht sowie
- f) die Förderung für den Bereich Literatur wird im Haushalt 2023 auf insgesamt 20.000 Euro Jahresbudget erhöht.

Begründung:

Nach Jahren der Pandemie und mitten in einer Energiekrise sind die Kulturschaffenden der Freien Szene weiterhin in prekären Verhältnissen. Zudem werden in Kürze alle Förderprogramme in Bund und Land enden, welche die Szene in den letzten Jahren getragen haben. Die von der Bundesregierung geplanten Energiekrisenprogramme helfen nur Institutionen, Soloselbstständige drohen leer auszugehen.

In der Pandemie schien es offensichtlich, dass es zukünftig notwendig sein wird, die Kultur besser abzusichern und krisenfester zu machen. Damit muss nun in den Kommunen begonnen werden, sodass die dauerhafte Krise nicht zum Verschwinden der freien Kultur in Frankfurt führt. Schließlich findet der überwiegende Teil des Frankfurter Kulturprogramms in der Freien Szene statt.

Auch angesichts des Großprojekts „Neubau Städtische Bühnen“ und den enormen finanziellen Aufwendungen dafür, darf die freie Kulturszene nicht vernachlässigt werden. Einer Entwicklung hin zur Förderung „großer Häuser“ und damit der Institutionalisierung von Kunst bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der Strukturen der freien Kulturszene, muss aktiv Einhalt geboten werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Umwelt

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Wasser- und Abwasserkonzepte: Jetzt handeln!

Produktbereich:	22	Umwelt
Produktgruppe:	22.02	Umweltcontrolling

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 ff. werden die notwendigen Mittel und Personalressourcen eingestellt, damit die Maßnahmen des Frankfurter Wasserkonzepts und des Konzepts „Abwasser 2035“, die auf die Stärkung der ortsnahen Trinkwassergewinnung und des Trinkwassersparens abzielen, unmittelbar umgesetzt werden:

- Die Erhöhung der Wassergewinnungs- und Wasseraufbereitungsmenge im Stadtgebiet von Frankfurt am Main durch Neubau und Sanierung/ Wiederinbetriebnahme von (ehemaligen) Anlagen der Trinkwasserversorgung sowie eine Steigerung der Infiltration von aufbereitetem Flusswasser im Frankfurter Stadtwald.
- Den Bau von vierten und fünften Reinigungsstufen in Frankfurter Kläranlagen.
- Die regelhafte Festsetzung von Bau und Nutzung von Betriebs-/ Brauchwassersystemen bei Aufstellung von Bebauungsplänen für alle Neubaugebiete und bei Bauanträgen von Hochbauten.

- Erlass einer Satzung zur verpflichtenden Errichtung von Regenwasserzisternen bei Neubauten und einer Förderrichtlinie für Anlagen zur Regenwassernutzung im Bestand.

Begründung:

Das kommunale Wasserkonzept der Stadt Frankfurt soll dazu dienen, die Wasserversorgung dauerhaft und nachhaltig zu sichern. Diesem Ziel wird das Konzept nicht gerecht, denn der prognostizierte Mehrbedarf an Trinkwasser bis 2030 soll vorrangig durch den Ausbau von Fernwasser-Infrastruktur gedeckt werden. Maßnahmen zur Stärkung der Eigenversorgung und zum Trinkwassersparen werden lediglich geprüft und ggf. geplant. Die Nutzung von gereinigtem Abwasser aus dem Konzept „Abwasser 2035“ ist sogar nur eine langfristige Überlegung. Konkrete Maßnahmen hierzu sind Fehlanzeige.

Frankfurt bezieht etwa 75 Prozent seines Trinkwasserbedarfs aus dem Umland. Vor allem aus dem Hessischen Ried und dem Vogelsberg, die wegen dem steigenden Wasserbedarf in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet in Zeiten des Klimawandels mit sinkenden Grundwasserständen zu kämpfen haben.

In den Wasserversorgungsgebieten gibt es historisch über eine lange Zeit gewachsenen politischen Unmut und breite Bürger*innenproteste gegen den Wasserlass. Zu Recht, denn viel zu lange hat vor allem Frankfurt als Kommune mit dem weitaus höchsten Anteil am Fernwasserbezug die Eigenversorgung vernachlässigt. Andere Regionen zu belasten ist schlichtweg günstiger als eigene Wasserwerke zu betreiben, zu sichern und instand zu halten. Das muss sich ändern und deswegen müssen die Maßnahmen des Wasserkonzepts in ihrer Priorisierung vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Vorrangig ist die ortsnahe Trinkwassergewinnung und Trinkwassersparen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Energie sparen und Ressourcen schonen

Produktbereich: 22 Umwelt

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 ff. werden die notwendigen Mittel bereitgestellt, um in städtischen Liegenschaften in Energieeffizienz und Abfallvermeidung zu investieren, damit bis zum Jahr 2023 die Beleuchtung sukzessive auf die moderne und energiesparende LED-Technologie umgerüstet und die Bewirtschaftung und Beschaffung in all ihren Facetten nach ressourcenschonenden und Fairtrade-Kriterien ausgerichtet wird. Insbesondere auch im Römer wird schnellstmöglich eine umweltschonendere Mülltrennung eingeführt. Der Fokus richtet sich auf Müllvermeidung und ein innovatives Re- und Upcycling.

Begründung:

Der Klimaschutz-Masterplan zeigt den Weg auf: ein großer Beitrag zu einer nachhaltigen und klimagerechten Stadt wird durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und Ressourcenschonung geleistet. Die Stadtverwaltung muss dabei beispielhaft vorgehen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2022

Klimaschutzfonds

Produktbereich: 22 Umwelt
Produktgruppe: 22.04 Energie und Klimaschutz

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 und den Folgehaushalten bis 2025 wird ein Klimaschutzfonds gesondert abgebildet und mit 500 Millionen Euro ausgestattet, davon 100 Millionen Euro für 2023. Über diesen neuen Haushaltstitel werden umfangreiche Klimaschutz-Sofortmaßnahmen und die dafür notwendigen Referats- und Personalstellen finanziert. Ziel ist die Klimaneutralität Frankfurts bis 2035.

Konkret sollen für die Sektoren Haushalte, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Industrie und Verkehr (inklusive Flugverkehr) eindeutige Treibhausgas(THG)-Reduktionsziele festgelegt und diese mit geeigneten Sofortmaßnahmen versehen werden, um bis 2035 die „Nettonull“ zu erreichen. Nettonull leitet sich dabei aus den verbleibenden THG-Restmengen ab, die Frankfurt noch maximal emittieren darf, um rechnerisch innerhalb der Vorgaben des Pariser Klimaabkommens zu bleiben. Zu den Maßnahmen muss gehören:

- Der Flugverkehr wird in die Bilanzierung und die CO₂-Reduktionsplanung aufgenommen. Die mehrheitlich im öffentlichen Besitz befindliche Fraport AG muss für eine Abkehr von Kurzstreckenflügen sorgen, die auf die Bahn verlagert werden können.

- Das Heizkraftwerk West wird nicht zur Nutzung von Erdgas umgebaut, sondern stattdessen bis 2030 auf erneuerbare Energien umgestellt.
- Die Stromversorgung der VGF wird unmittelbar auf nachhaltige Energiequellen umgestellt, laufende Verträge innerhalb des Stadtwerkekonzerns sind aufzuheben.
- Es wird ein Klimarahmenplan erlassen, auf dessen Grundlage die weitere Stadtentwicklung einem strikten Klimavorbehalt unterliegt. Die Alternative der sogenannten Klimaallianz, durch Einzahlung in einen Klimaschutzfonds, Kompensation für klimaschädliche Maßnahmen zu leisten, wird ausgeschlossen. Eine kommunale CO₂-Bepreisung erübrigt sich.
- Alle geeigneten städtischen Dächer und Freiflächen (auch die der Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften) werden gemäß einer Prioritätenliste auf Basis des Solarkatasters geprüft und bis 2025 mit der maximalen Auslastung an Solaranlagen (Photovoltaik oder Solarthermie) bestückt. Dort, wo eine Solaranlage aus technischen Gründen nicht installiert werden kann, soll eine Begrünung zum Zug kommen. Wo möglich, sollen Gründächer und Photovoltaik/Solarthermie miteinander kombiniert werden.
- Frankfurt geht auf das Land Hessen, auf Industrie- und Gewerbetreibende, Kirchen, Vereine und sonstige Organisationen und Institutionen zu, um mit deren Dächern und Freiflächen ebenfalls wie in obiger Weise zu verfahren.
- Frankfurt startet gemeinsam mit der Mainova eine Kampagne zur Bekanntmachung des Solarkatasters sowie der Beratungsangebote zu Solarstrom in Eigenregie bzw. Mieter*innenstrommodelle und legt ein Förderprogramm für Solaranlagen auf Privatdächern auf, analog zur Klimabonus-Förderlinie „Frankfurt frischt auf“.
- Frankfurt beschließt eine Solardachpflicht für Neubauten.
- Frankfurt nimmt die Wind- und Wasserkraftpotenziale sowie die Abwärmequellen, die das Abwärmekataster des Energiereferats aufzeigt, in Nutzung und erschließt weitere Erdwärmeprojekte.
- Die Genehmigung zum Weiterbetrieb oder zur Ansiedlung von Rechenzentren auf dafür ausgewiesenen Flächen wird strikt davon abhängig gemacht, dass die

Stromversorgung aus erneuerbaren Energien erfolgt und die entstehende Abwärme zur Wärmeversorgung umliegender Liegenschaften genutzt wird.

Alternativ wird der Weiterbetrieb oder eine Ansiedlung auch dann gestattet, wenn eine Einspeisung der Abwärme in das Fernwärmenetz der Mainova erfolgt. Die technischen Voraussetzungen zu schaffen, um die Abwärme auf das Temperatur- und Druckniveau des Fernwärmenetzes anzuheben, obliegt dabei den Betreiber*innen, wobei sie von der Mainova unterstützt werden.

Begründung:

Die Stadt Frankfurt hat sich zum Klimaziel gemacht, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 50 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Alle 5 Jahre sollen dafür 10 Prozent eingespart werden. Die Energieversorgung soll bis 2050 zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umgestellt werden, wobei 50 Prozent des Endenergieverbrauchs eingespart werden soll.

Die aktuelle CO₂-Bilanz der Stadt spricht eine andere Sprache. Der Endenergieverbrauch ist seit 1990 gestiegen, statt zu sinken und auch im Verkehrssektor steigen die CO₂-Emissionen, statt zu fallen. Die absoluten Werte sind seit 1990 zwar um rund ein Fünftel gesunken. Das hat aber mehr mit der Deindustrialisierung und der Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft zu tun als mit den Klimaanstrengungen der aktuellen und der vergangenen Stadtregierungen.

Seit 2010, also in der Zeit, in der sich die Klimadebatte zugespitzt und Frankfurt seine Klimaziele verabschiedet und Maßnahmen auf den Weg gebracht hat, wurden nur 1-2 Prozent an CO₂-Emissionen eingespart. Und dass, obwohl die größten Einzelemitter*innen, der Frankfurter Flughafen und das Kohleheizkraftwerk West, von der Bilanz ausgespart wurden.

Die Bilanz, aber noch viel mehr der wirkliche Sachstand in der Klimafrage in Frankfurt, ist nicht anders als verheerend zu bezeichnen. Auf diesen Missstand will die Koalition mit der sogenannten Klimaallianz reagieren, die schon in der vergangenen Wahlperiode verabschiedet wurde und seitdem der Umsetzung harrt. In dem Maßnahmenpaket sind viele kleinere und einige wenige, strukturell weitreichendere Maßnahmen versammelt. Keine der Maßnahmen aber ist geeignet, schnell zur Reduktion der CO₂-Emissionen beizutragen.

Die Klimabewegung, Fridays For Future und viele Frankfurter*innen haben wesentlich weitergehende Forderungen und Ziele. So soll beispielsweise das Heizkraftwerk West nicht auf Gas umgestellt werden, sondern direkt auf erneuerbare Energien. Der Verkehr - und

hier vor allem auch der Flugverkehr - müssen in Frankfurt viel stärker in den Fokus der Klimadiskussion rücken. Für den Flughafen sieht die Klimaallianz überhaupt keine Maßnahme vor.

Zum Erreichen der Klimaneutralität ist es neben der Energieeinsparung ebenso erforderlich, dass die Stadt Frankfurt am Main die vorhandenen Potenziale im Bereich der erneuerbaren Energien ausschöpft. Bis Mitte des Jahrzehnts müssen aus Sicht der Klimabewegten sämtliche verfügbaren Dächer mit Solaranlagen bestückt sein. Wind- und Wasserkraft-, Erd- und Abwärmepotenziale müssen endlich genutzt werden. Ein Fonds über 35 Millionen bis 2026 wird da nicht ausreichen.

All das macht deutlich, dass die Klimaallianz nicht weit genug geht und dabei auch noch weitestgehend unverbindlich bleibt. Das aber ist keineswegs ausreichend, um die Jahrhundertaufgabe Klimawandel zu meistern. Der Klimaschutz muss sozial und gerecht sein und das ist er nur, wenn die Maßnahmen nicht dazu führen, dass im Haushalt an anderer Stelle gekürzt wird. Es ist daher unabdingbar, den Klimaschutzfonds im Haushalt gesondert auszuweisen und ihn nicht nur durch Kreditaufnahmen, sondern auch durch eine Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt finanziell ausreichend auszustatten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Investitionen ins Stadtgrün

Produktbereich: 22 Umwelt

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 ff. werden die Mittel im Bereich StadtForst und der Unterhaltung von Grün- und Freiflächen auf 20 respektive 50 Millionen Euro erhöht. Dadurch wird investiv und durch mehr Personal sichergestellt, dass

1. der Stadtwald zu einem klimaangepassten Mischwald weiterentwickelt und dabei massiv und auch zulasten seiner wirtschaftlichen Nutzung aufgeforstet wird;
2. ein Baumpflanzprogramm aufgelegt wird, um im gesamten Stadtgebiet abgestorbene Bäume durch klimaangepasste Arten zu ersetzen und überall wo möglich, sowohl in den Grünanlagen und Parks als auch auf den Plätzen und entlang der Straßen, bei Straßenumbauten immer, Neupflanzungen großer Bäume, ggf. als Alleen, zur Verschattung und CO₂-Bindung vorzunehmen;
3. die Bewässerung der Bäume und Grünflächen zukünftig vorrangig durch Brauchwasser aus Zisternen, Brunnen, Grundwasserleitern, aus Uferfiltrat oder neu zu schaffenden Brauchwassernetzen erfolgt und nicht weiter wertvolles Trinkwasser verschwendet wird, das zum Nachteil der Wasserbezugsregionen dem Vogelsberg, dem Burgwald und dem Hessischen Ried entzogen wird;

4. das Stadtklima durch mehr Beschattung und Belüftung, durch mehr Grün- und Wasserflächen und durch weniger Versiegelung, sondern im Gegenteil durch verstärkte Entsiegelung öffentlicher Räume und Plätze verbessert wird;
5. an allen geeigneten öffentlichen Gebäuden verpflichtend Fassaden- und Dachbegrünung anzubringen ist;
6. das Förderprogramm zugunsten privater Dach- und Hofbegrünungen erweitert, mittels weiterer Kampagnen bekannter gemacht und die Bürger*innenberatung dazu intensiviert wird.

Begründung:

In 2018 war Frankfurt die heißeste Stadt Deutschlands mit der höchsten jemals gemessenen Jahresdurchschnittstemperatur von 12,9 Grad Celsius. Auch 2022 gehörte Frankfurt zu den heißesten Orten Deutschlands (Platz 7). Der Klimawandel ist Realität mit dramatischen Folgen für Mensch, Flora und Fauna durch extreme Hitze und Trockenheit, potentiell aber auch durch Starkniederschläge.

Die monatelange Trockenheit und die Temperaturen nahe 40 Grad Celsius in den Jahren 2018 bis 2020 haben ein großes Baumsterben zur Folge. Betroffen sind Bäume in allen Stadtteilen, in den Grünanlagen und Parks, auf den Plätzen und entlang der Straßen sowie im Stadtwald. 97,6 Prozent der dortigen Bäume sind laut Waldzustandsbericht von 2022 abgestorben oder krank, d.h. sie weisen Schäden auf, die sie anfällig für Krankheiten und Schädlinge machen. Noch nie mussten in Frankfurt so viele Bäume gefällt werden wie zuletzt.

Die Grundwasserabsenkung in den Hitzejahren war enorm und das Grundwasserniveau verbessert sich nur langsam wieder. Nur viel und andauernder Regen könnte die großflächig sehr eingeschränkte Wasserversorgung für die Natur ausgleichen. Damit ist in Zeiten des Klimawandels nicht zu rechnen. Auch mit den vorrangig trinkwassergespeisten Bewässerungsmaßnahmen gelingt es nicht, die Bäume in der Stadt zu stabilisieren. Junge und neu gepflanzte Bäume profitierten vom Regen und der kühleren Witterung im vergangenen Jahr, aber die großen und alten Eichen, Buchen, Kiefern und Fichten werden sich nicht mehr erholen. Zugleich wird den Wasserbezugsregionen wertvolles Trinkwasser entzogen, da in Frankfurt nicht mal zur Grünbewässerung Brauchwassernetze bestehen.

Der Stadtwald, aber auch die Bäume in den Grünanlagen und Parks, auf den Plätzen und entlang der Straßen in der Stadt müssen in ihrer Zusammensetzung an die durch den

Klimawandel geänderten Voraussetzungen angepasst werden und endlich alternative Bewässerungssysteme erschlossen werden.

An einem Umdenken zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung führt kein Weg mehr vorbei. Für die Stadtbewohner*innen sind Grün- und Freiflächen nicht nur für die psychische, sondern auch für die physische Gesundheit von erheblicher Bedeutung.

Bei den erwarteten Klimaveränderungen mit zunehmend heißeren Sommern und im Hinblick auf den hohen Anteil versiegelter Bereiche – etwa in der Innenstadt – haben Begrünungen und Freiluftschneisen eine zunehmend wichtige Funktion. Der Anteil von kühlendem Stadtgrün muss insbesondere dort erheblich steigen.

Begrünungen aller Art in der Stadt – dazu zählen unter anderem Dach- und Fassadenbegrünungen – verhindern ein zu starkes Aufheizen von Straßenschluchten mit hoher Strahlungsintensität in den Sommermonaten und tragen zu einer höheren Luftfeuchtigkeit bei. Entsiegelte Flächen, Retentionsflächen an Flüssen und Bächen, erweiterte Kanalsysteme, aber auch Gründächer tragen dazu bei, die Folgen von Starkregenereignissen abzufedern.

Das im Haushalt 2022 für den Stadtforst und die Unterhaltung von Grün- und Freiflächen eingeplante Budget hat bei weitem nicht ausgereicht und musste wie in den Jahren zuvor schon geschehen auch für das Jahr 2022 nachträglich ausgeglichen werden. Für das Jahr 2023 ist ebenfalls mit einer Unterdeckung zu rechnen. Im Haushaltsentwurf 2023 werden die Mittel dennoch in gleicher Höhe fortgeschrieben, obwohl stadtwweit kaputte Spielgeräte auf öffentlichen Spielplätzen nicht repariert werden und viele Bäume, Grün- und Freiflächen nicht vor dem Vertrocknen gerettet werden konnten. Sowohl beim Stadtforst als auch beim Grünunterhalt muss der Haushaltsansatz daher angehoben werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Stadtmarketing

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Fördertopf für Straßenfeste

Produktgruppe: 30.04 Stadtmarketing
Produktbereich: 30 Büro OB / Betreuung der Gremien

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden Mittel in Höhe von 1 Mio. Euro eingestellt, um finanzielle Unterstützung für die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im öffentlichen Raum, u.a. Straßenfesten und Weihnachtsmärkten, auf Antrag bereitzustellen.

Begründung:

Angesicht der aktuellen Preissteigerungen und der Inflation sind viele Veranstaltungen im öffentlichen Raum, wie beispielsweise der jährliche Christopher-Street-Day, mit enormen finanziellen Herausforderungen konfrontiert. Diese führen sogar zu Veranstaltungsabsagen wie im Falle des Schweizer Straßenfests.

Die Veranstaltungen, die mehrheitlich von Vereinen, Vereinsringen und den Arbeitsgemeinschaften der Vereine organisiert werden, leisten einen sehr wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt. In vielen Reden wird die große Bedeutung ehrenamtlicher Aktivitäten in unserer Stadt beteuert. In Frankfurt sind mehr als 360.000 Bürger*innen in Vereinen organisiert. In den Stadtteilen organisieren die Vereinsringe unter anderem Straßenfeste und Weihnachtsmärkte. Es ist daher Aufgabe der

Stadt, die Bedingungen so zu gestalten, dass diese Veranstaltungen durchführbar sind. Mit dem Fördertopf kann die Ausrichtung der Straßenfeste sichergestellt werden, indem die Veranstaltenden finanzielle Mittel beantragen können, um die gestiegenen und steigenden Kosten für die Durchführung der Events stemmen zu können.

Im Vergleich zum städtischen Fördertopf für erhöhte Sicherheitsmaßnahmen, soll die hier beantragte Förderung nicht derartig eng gefasst sein, sondern alle Maßnahmen zur Realisierung der Straßenfeste fördern. Es ist dringend erforderlich, die Organisator*innen solch wichtiger Veranstaltungen stärker zu unterstützen und Absagen aufgrund zu hoher Kosten auszuschließen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Finanzen

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Aktive Liegenschaftspolitik

Produktbereich: 31 Finanzen
Produktgruppe: 31.08 Abwicklung von Grundstücksgeschäften

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Ausgaben im Projekt 5.005485 Grunderwerb und Freimachung werden zugunsten des Erwerbs von Grundstücken, die für den Wohnungsbau geeignet sind, auf 100 Millionen Euro erhöht. Die erworbenen Grundstücke werden im Erbbaurecht für einen verminderten Erbbauzins an die stadteigene ABG Holding oder an nicht renditeorientierte Wohnprojektgruppen vergeben mit der Auflage, dass diese auf den Grundstücken geförderten Wohnraum bauen. Mindestens 50 Prozent der Wohnungen werden im ersten Förderweg erstellt. Die Mietpreisbindungen bestehen unbefristet.
2. Im Haushalt 2023 werden jährlich 10 Millionen Euro für den „Liegenschaftsfonds zur Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten“ (Projekt 5.007173) eingestellt, um eine soziale Liegenschaftspolitik voranzubringen. Für die über den Liegenschaftsfonds erworbenen Grundstücke werden ausschließlich Erbbaurechte vergeben, die Grundstücke verbleiben im Besitz der Stadt. Gegebenenfalls werden vergünstigte Erbbauzinssätze vereinbart, um sozialverträgliche Miethöhen zu ermöglichen.

Begründung:

In Frankfurt fehlt bezahlbarer Wohnraum. Dem wirkt der Magistrat mit einer aktiven Liegenschaftspolitik entgegen. Die Stadt lässt oft Chancen ungenutzt verstreichen, um Grundstücke zu erwerben und dort bestehende Mietpreise zu erhalten oder sozialen Wohnungsbau zu bezahlbaren Mietpreisen zu schaffen.

DIE LINKE. im Römer begrüßt es, dass die Haushaltsmittel im Projekt 5.005485 auf 42,104 Millionen erhöht werden. Da der Mangel an bezahlbarem Wohnraum weiterhin eines der drängendsten Probleme in Frankfurt bleibt, muss dieser Posten jedoch weiter aufgestockt werden. Die Mittel müssen außerdem beherzter für den Ankauf von bestehenden Wohnungen und Baugrundstücken eingesetzt werden. Einmal erworbene Grundstücke sollen nicht wieder veräußert werden.

Die Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten ist eine Zielsetzung der Stadtregierung. Schon seit Jahren werden allerdings Wohnprojekte verschleppt, zum Beispiel am Campus in Bockenheim. Insbesondere fehlt es an Grundstücken und verbindlichen Zusagen seitens der Stadt Frankfurt. Im Haushaltsentwurf 2023 sind für den „Liegenschaftsfonds zur Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten“ allerdings nur 1,4 Millionen eingestellt. Das muss entsprechend der Förderziele von Wohnprojektgruppen geändert werden.

Die Finanzierung von Betreuung und Ausstattung gemeinschaftlicher Wohnprojekte mit Grundstücken muss gesichert sein. Vor allem die Durchführung der Konzeptverfahren zur Vergabe der Grundstücke nach sozialen Kriterien muss besser aufgestellt werden, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

Durch die Bereitstellung von geeigneten Flächen und der zu deren Erwerb durch die Stadt erforderlichen Mittel entsteht eine Planungssicherheit für Wohnprojekte abseits der engen Zeitpläne von Investor*innen. Die selbstverwalteten Gruppen setzen sich für langfristig abgesicherten bezahlbaren Wohnraum ein und stärken die Quartiere, indem sie Räume als Treffpunkte zur Verfügung stellen. Auch für andere selbstverwaltete Projekte kann ein gut ausgestatteter Liegenschaftsfonds städtische Flächen im Erbbaurecht zur Verfügung stellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Vorkaufsrechte wahrnehmen und Milieuschutzsatzungen ernst nehmen

Produktbereich: 13 Stadtplanung
Produktgruppe: 13.01

Produktbereich: 31 Finanzen
Produktgruppe: 31.08 Abwicklung von Grundstücksgeschäften

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2023 werden zusätzliche Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro pro Jahr eingestellt, um die Aufgaben der Stadt Frankfurt am Main im Zusammenhang mit § 24 Baugesetzbuch (dem „Allgemeinen Vorkaufsrecht“), insbesondere in Gebieten mit bestehenden Milieuschutzsatzungen, und mit § 25 Baugesetzbuch (dem „Besonderen Vorkaufsrecht“) wahrzunehmen.

Die erworbenen Grundstücke und Wohngebäude werden für die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum und der entsprechenden Infrastruktur gesichert.

Ein Weiterverkauf der Grundstücke aus städtischem Besitz wird ausgeschlossen.

Begründung:

Mit den Milieuschutzsätzen der Stadt Frankfurt am Main soll die Verdrängung der alteingesessenen Mieter*innen durch Luxussanierungen verhindert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden 2018 sechs neue Milieuschutzsätze verabschiedet.

Besonders die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist in Gebieten mit gültiger Milieuschutzsatzung erschwert, denn die Stadt kann per Vorkaufsrecht in Kaufverträge als Käuferin einsteigen, sofern der*die eigentliche Käufer*in nicht zusichert, von einer Umwandlung in Eigentum abzusehen. Damit die Stadt glaubhaft machen kann, ihre Pflichten als Käuferin wahrzunehmen, müssen entsprechende Mittel vorhanden sein. Nur dann kann ggf. umfangreich vom städtischen Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht werden.

Mit § 4192 vom 17.06.2019 wurde die Erweiterung des Ankaufsetats für das Jahr 2019 um 7,5 Millionen Euro beschlossen. Eine Verstetigung und Aufstockung dieser Mittel zur Ausübung von Vorkaufsrechten muss im Haushalt 2023 unbedingt berücksichtigt werden. Mit weiteren Bodenpreissteigerungen werden sich die Fälle häufen, in denen die Ausübung des Vorkaufsrechts notwendig wird, um die Bevölkerung vor Verdrängung zu schützen. Dafür bedarf es entsprechender Mittel zur Ausübung des Vorkaufsrechts.

Auch im Rahmen von Vorkaufssätzen, die Bebauungspläne begleiten, werden diese Mittel notwendig. Seit Januar 2018 wurden insgesamt sechs Vorkaufssätze für Gebiete mit neuen Bebauungsplänen beschlossen. Auf dieser Grundlage kann die Stadt ein besonderes Vorkaufsrecht geltend machen. Um die in entsprechenden Bebauungsplänen formulierten städtebaulichen Ziele zu verwirklichen und die Grundstücke hierfür anzukaufen, werden die benötigten Mittel in den Haushalt eingestellt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

KEG ausschließlich in öffentlicher Hand

Produktbereich:

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (KEG) in städtische Hand zu überführen.
2. Die Weiterveräußerung von Liegenschaften und Wohnobjekten durch die KEG soll ausschließlich an gemeinnützig agierende genossenschaftliche und gemeinschaftliche Wohnprojekte oder an die stadteigene Wohnungsgesellschaft ABG Holding erfolgen.

Begründung:

Die KEG wurde 1995 als Public Private Partnership-Unternehmen für die Entwicklung von ehemals militärisch genutzten Liegenschaften und deren Umnutzung für zivile Zwecke gegründet. Seitdem sind die Stadt Frankfurt am Main und die Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH (BSMF) zu jeweils 50 Prozent Anteilseigner*innen des Unternehmens. Die BSMF ist ein privater Dienstleister. Zielsetzung der KEG ist der Erwerb und die Entwicklung brachliegender Flächen, deren bisherige

Nutzung für andere Zwecke, vornehmlich des Wohnungsbaus, geändert werden soll. Ziel ist die anschließende Veräußerung an private Investor*innen.

In Frankfurt verschärft sich die Wohnungsnot seit Jahren: Zahlreiche Menschen haben große Schwierigkeiten angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Um breite Schichten, vor allem Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, mit ausreichend Wohnraum versorgen zu können, müssen verschiedenste wohnungspolitische Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die Entwicklung von mindergenutzten Flächen für den Wohnungsbau ist ein wichtiger Baustein, um das Wohnungsangebot in Frankfurt zu erhöhen und die Wohnungsnot zu lindern.

Wohnen ist integraler Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Der private Wohnungsmarkt führt zu einer Verschärfung der Wohnungsnot, da Bauprojekte von privaten Akteur*innen am Bedarf vorbei gebaut werden. Um die volle Kontrolle und Transparenz über die Versorgung mit Wohnraum sowie der Preisgestaltung der Mieten zu gewinnen, ist es notwendig, dass die KEG zu 100 Prozent in städtische Hand überführt wird. Die KEG steht ebenfalls in der Verantwortung, Frankfurter*innen mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Diesen Auftrag kann sie nur erfüllen, wenn der Einfluss der Kommune auf das Unternehmen substanziell ausgeweitet und mehrheitlich gesichert wird.

Die jetzige Public-Private Partnership der KEG bedeutet konkret, dass die Privatisierung von Grundstücken lediglich zeitlich verzögert wird. Das führt in der Konsequenz dazu, dass Gewinne mithilfe öffentlicher Beteiligung privatisiert werden und in der Hand weniger Konzerne bleiben, während Verluste kollektiviert und von der Allgemeinheit gezahlt werden. Jedes Jahr werden viele Millionen Euro Gewinn von der KEG an einen privaten Gesellschafter ausgeschüttet, während wertvolle Grundstücke aus der Hand gegeben werden an private Investor*innen. Die Zielsetzung von privaten Unternehmen ist immer die Gewinnmaximierung. Dies steht im grundsätzlichen Widerspruch zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Es ergeben sich dadurch oftmals Probleme wie Kostenexplosionen, zeitliche Verzögerungen und nicht zuletzt Qualitätsmängel. Aus diesen Gründen muss der Transfer öffentlicher Infrastruktur an den privaten Sektor beendet werden: Die KEG gehört in ausschließlich öffentliche Hand.

Daseinsvorsorge darf nicht privatisiert werden. Öffentliche Grundstücke dürfen nicht zum Zweck der Spekulation oder Gewinnmaximierung, sondern ausschließlich an gemeinwohlorientierte Akteur*innen und öffentliche Wohnungsgesellschaften weiterveräußert werden. Kommunale Unternehmen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und sozialverträglich agieren. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss wieder in die öffentliche Verantwortung der Stadt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Grundstücks- und Gebäudemanagement

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2023**

**Kostenlose öffentliche Toiletten für alle ausbauen –
Gendergerechtigkeit mitdenken**

Produktbereich: 34 Grundstücks- und Gebäudemanagement
Produktgruppe: 34.04 Öffentliches Toilettenwesen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die notwendigen Mittel für die Planung, Sanierung, Errichtung und den Betrieb von entgeltfreien öffentlichen Toiletten werden in den Haushalt 2023 ff. eingestellt.
2. Alle öffentlichen Toiletten werden entgeltfrei angeboten. Bei allen Toilettenanlage muss die Barrierefreiheit gegeben sein.
3. Hygieneprodukte werden in allen öffentlichen Sanitärräumen kostenlos den Nutzer*innen zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Toiletten stellen einen wichtigen Teil der Infrastrukturversorgung, Daseinsvorsorge und städtischen Mobilität dar – sie schaffen Zugang zu öffentlichem Raum. Die geringe Anzahl der öffentlichen Toiletten in Frankfurt begünstigt Wildpinkeln und veranlasst viele Menschen, vor allem auch mit Blasenbeschwerden, Inkontinenz und Menstruation,

Schwangere oder Eltern kleiner Kinder ihre Mobilität und Teilhabe am öffentlichem Leben einzuschränken.

Seit Jahren fordern die Bürger*innen Frankfurts mehr öffentliche Toiletten. Besonders in den Sommermonaten ist der Bedarf nach gut erreichbaren, öffentlichen Toiletten groß.

Im Frühjahr 2023 wurde das neue Toilettenkonzept nach langer Verzögerung endlich beschlossen. Das vorgestellte Konzept ist jedoch unzureichend, denn die neu geplanten Toiletten sind bei Weitem nicht ausreichend, vor allem, da einige Stadtteile vernachlässigt wurden. Es braucht einen substanziellen Ausbau der Toiletten im gesamten Stadtgebiet unter Berücksichtigung der Entgeltfreiheit und Barrierefreiheit.

Damit dieses Vorhaben endlich Wirklichkeit wird, werden die entsprechenden Mittel im Haushalt gesondert ausgewiesen und in entsprechendem Umfang eingestellt. Nicht nur der Betrieb muss finanziert werden, sondern auch Neubau und Sanierung sollen bedacht werden.

Zentral ist dabei, dass öffentliche Toiletten jeder Person kostenfrei zur Verfügung gestellt werden müssen. Besonders ungerecht ist, dass es an einigen Orten eine strukturelle Diskriminierung von Frauen* gibt: Während Pissoirs kostenlos angeboten werden, wird für die Nutzung vieler Sitztoiletten eine Benutzungsgebühr erhoben (z.B. im Holzhausensepark). Die heutige Toilettensituation im öffentlichen Raum widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und benachteiligt Frauen*.

Der Berliner Verein „Buschfunk Bündnis“ setzt sich für die gerechte Verteilung und Konzipierung von Toiletten in der Stadt ein und fordert einen massiven Ausbau von angemessenen Toiletten für Frauen*. Dazu wurde das Berliner Toilettenkonzept analysiert und ein Überhang von Männertoiletten festgestellt. Die Kampagne kann als Vorbild dienen, um gendergerechte Aspekte bei der Toilettenkonzeption zu berücksichtigen und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Toilettenproblem voranzutreiben. Diesen Blick gilt es auch in Frankfurt zu schärfen.

Ebenso wie Toilettenpapier, Seife und Papierhandtücher sollten Menstruationsartikel zur Grundausstattung jeder öffentlichen Toilette zählen. Das kostenlose Angebot an Menstruationsartikeln kann Personen im Alltag unterstützen, die von einer unregelmäßigen Menstruation betroffen sind und gerade keine notwendigen Hygieneartikel zur Hand haben. Mit der Ausgabe von Menstruationsartikeln in öffentlichen Toiletten kann zudem erreicht werden, die finanzielle Mehrbelastung durch die Menstruation und mögliche Zugangsschwierigkeiten zu den entsprechenden Produkten zu verringern. Die Bereitstellung dieser Produkte ist somit nicht nur ein wichtiges Signal für

die Enttabuisierung des Themas Menstruation, sondern kann eine wirksame Maßnahme sein, um Periodenarmut zu bekämpfen.

Bei der Planung der öffentlichen Toiletten müssen energetische Gesichtspunkte und die Erkenntnisse der Angsträumforschung einbezogen werden.

Schließlich sind genug Gelder für einen reibungslosen und hygienischen Betrieb mit Beschäftigungsverhältnissen, die mindestens tariflich entlohnt werden, bereitzustellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Mehr Mülleimer an öffentlichen Plätzen

Produktbereich: 22 Umwelt

Produktgruppe: 22.12 Kommunale Abfallwirtschaft

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt installiert mehr vogelsichere Mülleimer an öffentlichen Plätzen.

Begründung:

Seit Jahren gibt es zu wenig Mülleimer im öffentlichen Raum. Das Problem hat sich besonders seit Beginn der Corona-Pandemie zugespitzt, da viele Menschen in Frankfurt unterwegs Speisen und Getränke zum Mitnehmen verzehren und die Mülleimer an besonders stark frequentierten Orten, wie z.B. das Mainufer, die Zeil oder der Merianplatz, stark überfüllt sind. Oftmals liegen Essensreste, Verpackungen und sonstiger Abfall aufgrund fehlender Müllentsorgungsmöglichkeiten auf dem Boden. Hinzu kommt, dass Vögel, insbesondere Krähen, die sich auf der Suche nach Nahrung befinden, im Müll herumwühlen und zu noch mehr Unordnung beitragen.

Um das Müllproblem in den Griff zu kriegen, müssen ausreichend große, vogelsichere Mülleimer installiert werden. Besonders an gut besuchten Orten, wie Einkaufsstraßen, öffentlichen Plätzen und Parks, muss die Anzahl der Mülleimer substanziell ausgeweitet werden. Die Maßnahme ist notwendig, um Frankfurt sauberer zu machen und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum für alle zu erhöhen. Die Ausweitung von

vogelsicheren Mülleimern muss dabei mit einer regelmäßigen Entleerung einhergehen, um Überfüllung zu vermeiden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Solarkraft umfassend ausbauen

Produktbereich: 34 Grundstücks- und Gebäudemanagement
Produktgruppe: 34.04 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die im Haushalt 2023 anberaumten Mittel von 1 Millionen Euro werden um mindestens 1 Millionen Euro erhöht. Die Mittel werden für ein umfangreiches Solarprogramm, welches sowohl städtische Immobilien als auch private Gewerbeimmobilien umfasst, ausgegeben. Zur Förderung von Photovoltaik- oder Solarthermieranlagen von Privathaushalten wird ein Fördertopf mit weiteren 2 Millionen Euro im Haushalt 2023 eingerichtet. Davon werden 500.000 an die Unterstützung vorhandener Beratungsangebote und die restlichen 1,5 Millionen an die Förderung privater Photovoltaik- oder Solarthermieranlagen gebunden.

Zu den Maßnahmen bei den städtischen Immobilien gehören

- Alle geeigneten städtischen Dächer und Freiflächen (auch die der Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften) werden gemäß einer Prioritätenliste auf Basis des Solarkatasters geprüft und bis 2025 mit der maximalen Auslastung an Solaranlagen (Photovoltaik oder Solarthermie) bestückt. Dort, wo eine Solaranlage aus technischen Gründen nicht installiert werden kann, soll eine Begrünung zum Zug kommen. Wo möglich, sollen Gründächer und Photovoltaik/Solarthermie miteinander kombiniert werden.

- Frankfurt geht auf das Land Hessen, auf Industrie- und Gewerbetreibende, Kirchen, Vereine und sonstige Organisationen und Institutionen zu, um mit deren Dächern und Freiflächen ebenfalls wie in obiger Weise zu verfahren.
- Frankfurt beschließt eine Solardachpflicht für Neubauten städtischer Immobilien.

Zu den Maßnahmen für die privaten Immobilien gehören

- Zusätzlich zu der Förderung vom Bund schafft die Stadt Frankfurt Anreize für Privathaushalte, die erwägen eine Solaranlage zu installieren.
- Frankfurt startet gemeinsam mit der Mainova eine Kampagne zur Bekanntmachung des Solarkatasters sowie der Beratungsangebote zu Solarstrom in Eigenregie bzw. Mieter*innenstrommodelle und legt ein Förderprogramm für Solaranlagen auf Privatdächern auf, analog zur Klimabonus-Förderlinie „Frankfurt frischt auf“.
- Privathaushalte, die Solaranlagen an ihren Fassaden oder auf ihren Dächern anbringen, können einen Antrag auf Förderung bis zu 30% stellen.
- Stecker-Photovoltaik-Anlagen, sogenannte Balkonkraftwerke, werden gefördert. Hierbei wird unterschieden zwischen Eigentümer*innen, Mieter*innen und Mieter*innen, die einen Frankfurt-Pass haben. Es wird eine soziale Staffelung etabliert. Eigentümer*innen können bis zu 30%-Förderung erhalten, Mieter*innen bis zu 60% und Frankfurt-Pass Inhaber*innen bis zu 80% Förderung.
- Die kostenlose Beratung zu Solaranlagen für Privatpersonen wird ausgedehnt; auch die intensive tiefergehende Beratung wird kostenlos angeboten.
- Dem Energiepunkt FrankfurtRheinMain e.V. werden Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen die Personalmängel ausgebessert werden, um eine umfassende Beratung für alle gewährleisten zu können.
- Frankfurt beschließt eine Solardachpflicht für Neubauten.

Begründung:

Die Stadt Frankfurt am Main hat beschlossen bis 2035 klimaneutral zu werden und erneuerbare Energien spielen dabei eine große Rolle. Das momentane Vorhaben, die städtischen Dächer bis 2035 soweit wie möglich mit Solaranlagen ausgestattet zu haben, ist nicht genug. Die Stadt Frankfurt muss mehr Personalstellen in der Planung und in der Montage schaffen. Daher müssen die im Haushalt 2023 anberaumten 1 Millionen Euro um weitere 1 Millionen Euro erweitert werden, um sicher stellen zu können, dass die Dächer bis 2025 flächendeckend geprüft und möglichst flächendeckend bebaut sind.

Zusätzlich zu der Förderung vom Bund muss die Stadt Frankfurt die Initiative ergreifen und für Privathaushalte Anreize schaffen. Vor allem Mieter*innen muss die Anschaffung von

Photovoltaik, hier in erster Linie Stecker-Photovoltaik-Anlagen, auch genannt Balkonkraftwerke, erleichtert werden.

In Frankfurt scheint im Sommer durchschnittlich mehr als sieben Stunden pro Tag die Sonne. Einwohner*innen in Frankfurt interessieren sich mehr und mehr für die Auswirkungen des Klimawandels und wie sie sich individuell einsetzen können. Die Installation von Solaranlagen auf Fassaden und Dächern, als auch die Installation von Balkonkraftwerken sind ein Weg, um den Einstieg in den Beitrag für eine klimafreundliche Zukunft zu gewährleisten. Doch viele Vermieter*innen erlauben ihren Mieter*innen nicht eine langfristige Installation zu tätigen. Hier müssen Anreize für Vermieter*innen geschaffen werden, so zum Beispiel Zuschüsse, wenn ein Teil des mit den Anlagen erwirtschafteten Stroms in das öffentliche Netz gespeist wird, oder eben die Förderung aus einem öffentlichen Topf, wenn eine bestimmte Fläche mit Solaranlagen bedeckt ist.

Auch für Mieter*innen muss die Schwelle zur Installation von Solaranlagen, oder Stecker-Photovoltaik-Anlagen, niedriger werden. Durch Zuschüsse von der Stadt und einem ausführlichen und öffentlich bekannten Förderprogramm kann dies geschehen. In Frankfurt ist die Bevölkerung sehr divers was Einkommen und Eigentum angeht. Allen Frankfurter*innen muss jedoch dieselbe Chance geboten werden, um eine Solaranlage oder eine Stecker-Photovoltaik-Anlage installieren zu können. Aus diesem Grund muss eine sogenannte soziale Staffelung etabliert werden, die je nach Hauseigentum, Mietverhältnis und auch nach Besitz des Frankfurt-Pass unterscheidet und die Förderung daran ausrichtet. Das Format der sozialen Staffelung und die Prozentzahlen von 30%, 60% und 0% sind angelehnt an das Förderprogramm „Solares Bonn“ der Stadt Bonn, welches ein umfassendes Solarförderprogramm etabliert hat und an welchem sich die Stadt Frankfurt orientieren sollte.

Doch nicht nur die Installation muss ausgebaut werden, auch die davorstehende Beratung. Momentan ist die erste Beratung bezüglich Solaranlage kostenlos, die weitergehende intensive Beratung hingegen kostenpflichtig. Durch Personalmängel kann jedoch momentan keine intensive Beratung angeboten werden.

Um die Beratung kostenfrei anbieten zu können, die Personalmängel auszugleichen und an vorderster Stelle die Hürde zu einer Installation einer Solaranlage oder einer Stecker-Photovoltaik-Anlage durch garantierte Förderung zu senken, müssen im Haushalt 2023 2 Millionen € bereitgestellt werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann



Wirtschaftsförderung

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2023**

**Zuschuss für Tourismus + Congress GmbH nicht erhöhen,
sondern einfrieren**

Produktbereich: 36 Wirtschaftsförderung
Projektgruppe: 36.01 Wirtschaftsförderung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die geplante städtische Zuschusserhöhung im Haushaltsentwurf 2023 für die Tourismus + Congress GmbH von 5 Mio. Euro werden zurückgenommen und stattdessen wird der Zuschussbetrag von 2022 in Höhe von 5,49 Mio. Euro auch für das Jahr 2023 und die Folgejahre festgelegt.

Begründung:

Es gibt keine nachvollziehbaren Gründe, weshalb die Tourismus + Congress GmbH angesichts der vorgenommenen allgemeinen Haushaltskonsolidierung eine Verdopplung des städtischen Zuschusses erhalten soll.

Viele Bereiche sind von Einsparungen betroffen, beispielsweise sollen die Zuschüsse für die Kita Frankfurt um rund 8,6 Mio. Euro gekürzt werden. Es ist nicht nur vollkommen unverhältnismäßig, sondern auch sozialpolitisch ein unübersehbares Fehlsignal, bei der Kita zu sparen und ein Tourismusunternehmen von den Einsparungen auszunehmen und im Gegenteil mit mehr Geld zu bezuschussen. Es wäre das Mindeste, die Tourismus +

Congress GmbH auch an den Kürzungen zu beteiligen, die städtischen Zuschüsse nicht zu erhöhen und stattdessen einzufrieren.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Zentrale Finanzwirtschaft

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Keine Subventionierung von Hungerlöhnen

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe:

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, eine Initiative über den Hessischen Städtetag einzubringen, um ein Modell für eine kommunale Abgabe zu entwickeln, mit der Unternehmen belegt werden, die Arbeitnehmer*innen in Vollzeit zu einem Monatslohn beschäftigen, der sie zum Bezug von Arbeitslosengeld II zwingt.
2. Diese Abgabe soll den kommunalen Anteil an den Transferleistungen kompensieren.

Begründung:

In Frankfurt leben über 19 Prozent der Bevölkerung in relativer Einkommensarmut. Das arbeitgebernahe Wirtschaftsforschungsinstitut in Köln (IW) hat in einer Studie die Einkommensarmut in Kaufkraftarmut überführt und sie für deutsche Großstädte berechnet. Hier liegt die Quote in der reichen Stadt Frankfurt bei 24,8 Prozent (IW Teilhabemonitor 2019). Bei Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten also lebt fast ein Viertel der Frankfurter Bevölkerung in Einkommensarmut.

Auch viele andere Kommunen sind von dieser Problemlage betroffen. Deshalb ist es notwendig, eine solche Abgabe überregional zu entwickeln.

Die Einführung dieser Abgabe ist ein Zeichen in Richtung sozialer Umverteilung von oben nach unten. Damit soll die Subventionierung von Vollzeitarbeitsplätzen mit niedrigstem Lohn, zumindest auf kommunaler Ebene, zurückgenommen werden. Mit der Abgabe sollen sich die Lohnkosten für Unternehmen soweit erhöhen, dass sich für sie die Beschäftigung von Menschen zu einem Lohn, mit dem der Lebensunterhalt nicht bestritten werden kann, nicht mehr lohnt. Durch den Wegfall der Transferzahlungen würden der Stadt weitere Finanzmittel für sinnvolle Projekte zur Verfügung stehen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Haushalt 2023**

**Investitionsstau beenden
500 Millionen Euro zusätzlich für die Infrastruktur**

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Frankfurt am Main legt in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf Maßnahmen der aktiven Infrastrukturpolitik. Dafür wird ein zusätzliches Frankfurter Investitionsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich für die nächsten fünf Jahre aufgelegt.
2. Das Investitionsprogramm soll vorrangig mit regionalen Unternehmen umgesetzt werden.
3. Für die Umsetzung der im Investitionsprogramm enthaltenen Projekte werden die nötigen Stellen in der Stadtverwaltung neu geschaffen.

Begründung:

Wenn die öffentliche Infrastruktur verkommt und es zugleich an guten Arbeitsplätzen mangelt, liegt nichts näher, als ein städtisches Investitionsprogramm aufzulegen. Bei dem vorgeschlagenen Volumen kann dies 4.500 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Es trägt dazu bei, die öffentliche Infrastruktur zu sanieren und die schlimmsten Missstände, etwa in

den Bereichen Kitaversorgung, Gesundheitssystem, Schulraumsanierung, Brücken, Straßen und sozialem Wohnungsbau, zu beseitigen. Das Investitionsprogramm refinanziert sich durch zusätzlich entstehende Einnahmen zu etwa einem Drittel selbst.

In Zeiten von niedrigen Zinsniveaus ist es die beste Investition in die Zukunft, wenn die Kommune die Sanierung und Modernisierung der Infrastruktur selber in die Hand nimmt. Davon profitieren die Kommune, die regionalen Betriebe und die Beschäftigten.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die im kommunalen Haushalt eingeplanten Investitionssummen nie voll ausgeschöpft wurden. Das liegt auch daran, dass in den betroffenen Ämtern das nötige Personal fehlt, um die Investitionsprojekte zu planen, zu koordinieren und zu einem zeitnahen Abschluss zu bringen. Deswegen ist es mit dem Bereitstellen von Investitionsmitteln alleine nicht getan. Es braucht auch das nötige Personal dafür.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Was kommunal ist, sollte auch der Kommune gehören

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung für die Aufhebung bzw. Lockerung der Subsidiaritätsklausel bezüglich der wirtschaftlichen Tätigkeit von Gemeinden (§ 121 Abs. 1 Nr. 3 HGO) einzusetzen.
2. Gleichzeitig erhöht die Stadt Frankfurt ihre Anteile an wirtschaftlich tätigen Gesellschaften, an denen sie mittelbar und unmittelbar beteiligt ist, mit dem Ziel einer vollständigen Rekommunalisierung.
3. Die erforderlichen Mittel für die Rekommunalisierung werden in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Der Paragraph 121 der Hessischen Gemeindeordnung legt fest, dass sich die Gemeinden wirtschaftlich betätigen können. Mit der Einschränkung, wenn „der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann“. Auf diesen Zusatz wurde und wird verwiesen, wenn Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert wurden bzw. werden.

Die Erwartungen, die an die Privatisierung von kommunalem Eigentum geknüpft wurden, sind nicht erfüllt worden. Durch die Privatisierung wurden weder die Kosten für die Bürger*innen gesenkt, noch hat die Qualität der Dienstleistungen zugenommen. Im Gegenteil. Deshalb sind in den letzten Jahren viele Kommunen dazu übergegangen, Aufgaben wieder in Eigenregie durchzuführen.

Jahr für Jahr werden viele Millionen Euro Gewinn von den kommunalen Betrieben an private Gesellschafter*innen ausgeschüttet. Grundsätzlich muss gelten: Die Überschüsse verbleiben bei der Stadt und der Einfluss der Kommune auf die Unternehmen wird gesichert.

Erfolgskriterien von Unternehmen dürfen nicht ausschließlich auf betriebswirtschaftliche Kennzahlen reduziert werden. Kommunale Unternehmen müssen sich am Gemeinwohl der städtischen Gesellschaft und an Nachhaltigkeit orientieren. Die Indikatoren lauten sozial, ökologisch, nachhaltig und demokratisch.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Lärmzuschlag für Kurzstreckenflüge

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Produktbereich: 22 Umwelt
Produktgruppe:

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt führt einen Lärmemissionsbeitrag ein, der für Kurzstreckenflüge in Höhe von 15 Euro pro Passagier*in für alle Flüge bis 600 Kilometer ab Frankfurter Flughafen erhoben wird.

Begründung:

Mobilität ist ein hohes Kulturgut. DIE LINKE. im Römer will die Mobilität deshalb auch nicht einschränken oder verbieten, aber - insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels - alternative und weniger umweltbelastende Mobilitätsangebote unterstützen.

Da es im Bereich der Kurzstreckenflüge attraktive Angebote der Deutschen Bahn und anderer Anbieter*innen ohne großen zeitlichen Mehraufwand gibt, möchten wir mit der Abgabe eine Lenkungswirkung hin zum Bahnverkehr bewirken.

Der Lärmzuschlag für Kurzstreckenflüge dient dabei als ein zusätzlicher Hebel zu der im Klimakompromiss der Bundesregierung vorgesehenen Mehrwertsteuersenkung auf Bahntickets.

Durch die Nord-West-Landebahn hat Fluglärm, insbesondere in den in Flugrouten liegenden Stadtteilen, enorm zugenommen. In den kommenden Jahren muss die Stadt in Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung investieren.

Der Lärmemissionsbeitrag soll einerseits zum Lärmschutz für städtische Einrichtungen verwendet werden, aber auch dem ÖPNV zugutekommen, um die Nutzung dieses Mobilitätsangebotes so komfortabel, barrierefrei und günstig wie möglich gewährleisten zu können.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Mehr Steuerfahnder*innen einsetzen - Gewerbesteuereinnahmen erhöhen

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt am Main steigert ihre Gewerbesteuereinnahmen durch die Schaffung von weiteren Stellen zur Betriebsprüfung. Hierfür nimmt sie ihre gesetzlichen Mitwirkungsrechte im Steuerermittlungsverfahren (§ 21 Abs. 3 FVG) zur Gewerbesteuer wahr. Die Aufgabe der kommunalen Betriebsprüfung besteht in der Begleitung, Unterstützung und Intensivierung der Betriebsprüfung durch das Finanzamt mit der Zielsetzung, Fehlern im Verfahren vorzubeugen, das Verfahren zu beschleunigen und die Gewerbesteuerpflicht der Unternehmen durchzusetzen.

Begründung:

Die Gewerbesteuereinnahmen können durch den Einsatz von kommunalen Betriebsprüfer*innen zusätzlich gesteigert werden. Andere Kommunen haben mit dem Einsatz von kommunalen Betriebsprüfer*innen schon gute Erfahrungen gemacht.

Die Teilnahme von kommunalen Betriebsprüfer*innen stellt auch keinen Eingriff in das Steuergeheimnis nach § 30 Abs. 4 Nr. 1 AO dar. Das Finanzgericht Düsseldorf stellt in einem Urteil vom 19. Januar 2018 (1 K 2190/17 AO) fest: „§ 21 Abs. 3 FVG gewährt den Gemeinden das Recht auf Teilnahme an Außenprüfungen der Landesfinanzbehörden für

den Bereich der Realsteuern. Aus diesem Recht folgt die Pflicht der Steuerpflichtigen, die Anwesenheit der Gemeindebediensteten zu dulden und diesen Zutritt zu ihren Geschäftsräumen zu gewähren, ohne dass es hierfür einer zusätzlichen gesonderten Ermächtigungsgrundlage bedarf. Es liegt kein Verstoß gegen den verfassungsrechtlichen Vorbehalt des Gesetzes (Art. 20 Abs. 3 GG) im Rahmen staatlicher Eingriffsverwaltung vor.“

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Gewerbsteuerhebesätze moderat erhöhen

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe: 98.06 Steuern und steuerähnliche Einnahmen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Haushalt 2023 wird der Hebesatz der Gewerbesteuer um 30 Punkte erhöht.

Begründung:

Mit der Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes werden notwendige Mittel für die Stadt eingenommen, um damit Investitionen zu tätigen. Mit der moderaten Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze werden Mehreinnahmen von ca. 100 Mio. Euro generiert. Damit werden die kommunalen Einnahmen spürbar erhöht und der städtische Handlungsspielraum erweitert.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Eingang:

Frankfurt, 14. Juni 2023

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Haushalt 2023

Bedarfsgerechte Stellenplanung

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Produktbereich: 32 Personal und Organisation
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für sämtliche Ämter und Eigenbetriebe der Stadt Frankfurt wird ein Stellenplan erstellt und umgesetzt, der den tatsächlichen Bedarf gemessen an den zu erbringenden Leistungen abbildet. Dabei sind die zu erwartenden Abwesenheiten der Beschäftigten vollumfänglich als Ausfallzeiten in der Planung zu berücksichtigen. Sind Abwesenheitszeiten individuell nicht konkret voraussagbar (wie z.B. längere Erkrankung oder Elternzeit) wird der Durchschnittswert der Abwesenheitstage der letzten 3 Jahre bezogen auf einen bestimmten Abwesenheitsgrund für ein Amt oder Eigenbetrieb zugrunde gelegt.

Die geplanten Stellen sind zu 100 Prozent zu besetzen.

Begründung:

In der Frankfurter Stadtverwaltung sind durchschnittlich nur 87 Prozent der Stellen besetzt. Die Beschäftigten müssen aber 100 Prozent Leistung erbringen. Dieses Missverhältnis muss ein Ende haben. Die strukturelle Unterbesetzung spart Kosten, allerdings auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten der Daseinsvorsorge.

Das Arbeitspensum der Stadtverwaltung hat in Folge der wachsenden Stadt in den letzten Jahren zugenommen. Das Personalamt macht in diesem Zusammenhang auf immer mehr krankheitsbedingte Ausfälle aufmerksam. Der Stellenplan muss die Ausfallzeiten wegen Erkrankungen inkl. Reha-Maßnahmen ebenso wie tariflich (z.B. Urlaub, Sonderurlaub, Bildungsurlaub, Fort- und Weiterbildung, etc.) und gesetzlich (z.B. Elternzeit, Bildungsurlaub, Personalratsarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten, etc.) begründete Abwesenheiten einkalkulieren.

Die Stadt hat hier eine doppelte Verantwortung. Einmal ist sie der Bevölkerung der Stadt in allen öffentlichen Bereichen eine leistungsfähige Verwaltung schuldig. Es geht hierbei nicht nur um die Beseitigung der unzumutbaren Zustände wie z.B. bei der Ausländerbehörde, im Gesundheitsamt oder der Branddirektion, sondern auch um den Umgang mit öffentlichen Mitteln. Weil viele Ämter und Eigenbetriebe unterbesetzt sind, können zum Beispiel Bauprojekte nicht adäquat kontrolliert und begleitet werden. Mit der Folge, dass immense Mehrkosten entstehen. Die Stadt trägt auch Verantwortung für ihre Beschäftigten. Es darf nicht sein, dass die Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Gesundheit und der Arbeitnehmer*innenrechte der städtischen Mitarbeiter*innen erreicht wird.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff
Stv. Dominike Pauli
Stv. Daniela Mehler-Würzbach
Stv. Eyup Yilmaz
Stv. Michael Müller
Stv. Monika Christann